neue

Die neue Radikalität / Welche praktische Solidarität erfordert die Konfrontation mit der Justiz? / Elmar Altvater - Christel Neusüss - Bürokratische Herrschaft und gesellschaftliche Emanzipation / Volkard Mosler - Zur Reaktion der britischen Linken auf Versuche staatlicher „Einkommenspolitik" / Wolfgang Müller - Marxistische Wirtschaftstheorie und Fetischcharakter der Ware / Wolfgang Fritz Haug - Sexuelle Verschwörung des Spätkapitalismus

kritik

Februar 1969 51/52

3		Die neue Radikalität
10		Welche praktische Solidarität erfordert die Konfrontation mit der Justiz?
19	*Elmar Altvater* *Christel Neusüss*	Bürokratische Herrschaft und gesellschaftliche Emanzipation
52	*Volkard Mosler*	Zur Reaktion der britischen Linken auf Versuche staatlicher „Einkommenspolitik" (Teil II)
69	*Wolfgang Müller*	Marxistische Wirtschaftstheorie und Fetischcharakter der Ware
87	*Wolfgang Fritz Haug*	Sexuelle Verschwörung des Spätkapitalismus
109	*Dokumentation*	Wichtige Materialien, Fragen der Einheitsfront betreffend

NEUE KRITIK - Zeitschrift für sozialistische Theorie und Politik
Nr. 51/52, Februar 1969, 9. Jahrgang
Herausgegeben vom Bundesvorstand des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) in Zusammenarbeit mit dem Verlag Neue Kritik KG
Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion
Verlag und Redaktion: 6 Frankfurt 1, Wilhelm-Hauff-Straße 5
Telefon (0611) 778670
NEUE KRITIK erscheint jeden zweiten Monat. Jahresabonnement (6 Ausgaben): DM 18,— zuzüglich DM 1,50 Porto, Einzelheft DM 3,— zuzüglich Porto
Postscheckkonto: Ffm 150774. Dresdner Bank Ffm 282680
Umschlagentwurf: Eberhard Fiebig. Druck: Alfred W. Dunker, Frankfurt/M.

Die neue Radikalität

„Gelingt es, ein Seminar oder Institut der spätkapitalistischen Hochschule plebiszitärer Kontrolle zu unterwerfen und Wissenschaft an ihm aus dem kapitalistischen Verwertungszusammenhang zu desintegrieren mit dem Ziel, Wissenschaft in revolutionäre Praxis einzubringen, ist diese Institution ein befreites Gebiet!"
Ein Mitarbeiter am befreiten Psychologischen Institut Hannover.

Die Mobilisierung der Studenten an den westdeutschen Universitäten vollzog sich in erster Linie über die vom SDS als Avantgarde dieser Bewegung artikulierte Identifizierung mit den Befreiungsbewegungen in der III. Welt. In dieser Identifizierung fand der SDS zu jener Kompromißlosigkeit seiner Aktionen und Forderungen, die die Voraussetzung jener Mobilisierung waren.
In den Aktionen gegen den Vietnamkrieg, ebenso in den Kämpfen gegen den Springerkonzern und die Verabschiedung der NS-Gesetze war die Universität selbst nur der Ort an dem die Verweigerung als Befreiung zum politischen Engagement sich vollzog. Diese Verweigerung, die die Studenten erstmals aus dem Ausbildungsprozeß herausbrach, wurde von wenigen Autoritäten im SDS interpretiert und organisiert. Der politische Konflikt, der außerhalb der Universität ausgetragen wurde, wurde an die Universität herangetragen, wuchs gleichsam über sie hinaus, in dem er die Studenten aus ihr herauslöste, in Aktionen und Demonstrationen zusammenführte, sie schließlich aber wieder der Vereinzelung und Isoliertheit in ihrem Studium an der Universität überließ.
Diese Politik der Verweigerung an der Hochschule hatte im wesentlichen Mobilisierungsfunktion für einzelne Aktionen. Das Kontinuum dieser Aktionen waren keine klar kodifizierten Ziele; das Kontinuum war einerseits die Mobilisierung selbst, andererseits eine radikale Kritik an der Entwicklung der BRD zum autoritären Staat und nicht die Organisierung der Mobilisierten.
Diese Mobilisierung war indessen notwendig, um der Studentenbewegung zum Bewußtsein ihrer Existenz und ihrer Kampffähigkeit zu verhelfen. Gerade aber die im Augenblick sich abzeichnende Entfunktionalisierung derjenigen, die die Politik der Verweigerung im SDS durchsetzten, sowie

die offenbar erreichte, sicher vorläufige Grenze der Mobilisierung, deutet das Ende der Auseinandersetzung mit den Herrschenden auf einer allgemeinen Ebene an. Es verdeutlicht die Notwendigkeit der Stabilisierung der Bewegung an ihrer Basis in der Universität selbst.

Die Notwendigkeit einer solchen Neubestimmung der Politik an der Hochschule zeigt sich auch daran, daß es bisher nicht möglich war für den einzelnen Studenten den Widerspruch zwischen seiner Existenz als politisch Handelndem auf der einen und der Notwendigkeit des bürgerlichen Studiums als Voraussetzung seiner materiellen Reproduktion auf der anderen Seite zu lösen. Die in dieser Situation überall praktizierte Trennung von Studium und Politik führte entweder zur Aufgabe des Studiums und zu unbestimmtem Berufsrevoluzzertum oder zu völliger Reprivatisierung, Resignation und Vereinzelung ins bürgerliche Studium. Das „Bedürfnis der Studenten an ihrem Arbeitsplatz" war von der Auflösung dieses Widerspruches zugunsten eines Studiums, das selbst die Verwirklichung ihres politischen Kampfes wäre, bestimmt. Hier gingen die Studenten — über die bloße Verweigerung hinaus — dazu über, in Teilbereichen den regulären Ausbildungsprozeß selbst der Bestimmung durch die Bedürfnisse derjenigen Studenten zuzuführen, die in ihrem spezifischen Studium Elemente des Kampfes zur revolutionären Umgestaltung dieser Gesellschaft entwickeln.

Die sozialistische Politik an der Hochschule kann darum nicht von der Notwendigkeit der Reform des bürgerlichen Studiums ausgeben, sondern trägt die Bedürfnisse der Revolte nach grundsätzlicher Veränderung der Gesellschaft, die ihr eigentliches Feld nach wie vor außerhalb der Universität hat, in die Universität hinein.

Sie benutzt die Universtiät, genauer, sie gebraucht die Wissenschaft, um ihren Kampf zu stabilisieren und zu organisieren.

Diese Politik an der Hochschule ist gekennzeichnet durch:

— das systematische Stören des Lehrbetriebes als beständiges Problematisieren der Verwertungszusammenhänge von Wissenschaft;
— den Kampf um den Abbau der irrationalen Herrschaftsansprüche der Ordinarien in der Aufhebung der autoritären Arbeitsweise in den Seminaren und bei Forschungsprojekten;
— die Initiierung von Satzungsdiskussionen mit dem Ziel, effektive Mitbestimmungsformen der Studenten (mindestens Halbparität) zu erkämpfen und gleichzeitig „befreite Gebiete" in den Universitäten zu schaffen, in denen eigene Lehr- und Forschungsvorhaben durchgeführt werden können, die sowohl den Kampf außerhalb der Universität intensivieren, als auch innerhalb der Universität die Revolte stabilisieren;
— die Organisation von aktiven Streiks und die Aussperrung sich der Reform entziehender Professoren als Kampfmaßnahmen zur Durchsetzung der studentischen Forderungen.

Diese Politik, die im Augenblick an den meisten Universitäten vorangetrieben wird und die Entfunktionalisierung der Autoritäten im SDS selbst haben eine neue organisatorische Realität SDS geschaffen. Die Entscheidungsprozesse über den einzuschlagenden Weg wurden aus den Mitgliederversammlungen und Beiräten weg in die Basisgruppen an den Instituten verlagert. Diese Basisgruppen versuchten den Konflikt zwischen den theoretischen Prinzipien der Revolte und den praktischen Schwierigkeiten ihrer Realisierung in kollektiven Lernprozessen und Aktionen zu überwinden.

Die Inhalte und Formen der Arbeit dieser Gruppen sind bestimmt von den politischen Ansprüchen der Studentenrevolte. In diesen Gruppen ist es zum ersten Mal durch die Aufnahme der individuellen emanzipatorischen Bedürfnisse der Genossen und Symphatisanten gelungen, deren ansatzweise Erfüllung im politischen Kampf und die Auseinandersetzung mit den Herrschenden aus der vorpolitischen Antihaltung herauszuführen. Hier wurden individuell die Konsequenzen realisiert, die dieser Kampf für die weitere Organisation des Studiums sowie der persönlichen Lebensperspektive jedes Einzelnen hat.

Die Beteiligung an der Revolte wird so, ist sie sich aller dieser Konsequanzen bis hin zum Gefängnis bewußt, rationaler und entschiedener.

Die Dezentralisierung der Auseinandersetzung bedeutet dann keine Entpolitisierung, wenn sie als der Ansatz zur Selbstorganisation der Studenten zum wirkungsvollen Kampf gegen die Herrschenden verstanden wird.

Es besteht dennoch, das zeigt sich an allen Universitäten, die Gefahr, daß die Basisgruppen den Ausgangspunkt ihre Arbeit in der Revolte gegen den autoritären Staat verdrängen und beginnen, reformistische Studienreformpolitik zu betreiben. Dies hat seine Ursache in der Isolierung dieser Gruppen von der Revolte selbst.

Hier muß der SDS seine Kaderfunktion, die er bisher nur informell wahrgenommen hat, organisiert gebrauchen und garantieren, daß die Basisgruppenarbeit nur als ein Teil der umfassenden politischen Auseinandersetzung mit dem Staat und der Gesellschaft des Spätkapitalismus und nicht als diese selbst verstanden wird. Dabei ist besonders die Organisation des Kampfes gegen die Klassenjustiz sowie der Kampf gegen die technokratische Hochschulreform, die Notstandsgesetze für die Universität in Angriff zu nehmen.

Nicht von ungefähr ist diese Auseinandersetzung erst jetzt massenhaft zu führen, war doch das bundesrepublikanische Machtkartell gezwungen, die Reform der Universitäten von oben, die nach der Ausrufung des Bildungsnotstandes Mitte der 60er Jahre bereits geplant war, vorerst aufzuschieben. Am Ende der bundesrepublikanischen Wiederaufbauphase, angesichts der wirtschaftlichen Rezession und der Krise der Staatsfinanzen bei gleichzeitigem Vertrauensschwund ins parlamentarische System kam

die Sanierung des Ausbildungssektors zu kurz. Die Wiederankurbelung der Wirtschaft durch staatliche Investitions- und Planungshilfe und durch die sogenannte konzertierte Aktions- und Lohnleitliniepolitik, die Kontrolle der öffentlichen Haushalte durch die Mittelfristige Finanzplanung, nicht zuletzt die politische Herrschaftssicherung durch die Verabschiedung der NS-Gesetze gingen vor.

Nach der vorläufigen Stabilisierung der Krise beginnt die Staatsbürokratie nun — unterstützt von den Interessen des Kapitals — die Behebung des Bildungsnotstandes auf dem Verwaltungswege, da die Ordinarienuniversität offensichtlich nicht in der Lage war, sich selbsttätig zur effektiveren Lernfabrik zu verändern. *Auf die verfassungsändernden NS-Gesetze folgt jetzt die Einleitung der technokratischen Hochschulreform, die objektiv die Funktion von Notstandsgesetzen für den Ausbildungssektor hat:* die bestehenden Widersprüche sollen autoritär kanalisiert und in Verwaltung genommen werden, nicht aber gelöst werden. Was die „ohnmächtige Universität" der Ordinarien (vgl. die FAZ, v. 14. 12. 68, S. 1) nicht leistete, sollen nun die diversen Hochschulgesetze, die partiellen Institutsreformen, die Verkürzung und Verschulung elitär gestufter Ausbildungsgänge, der Numerus clausus, die Einschränkung der Grundwissenschaften an den PHs, die Verweigerung der umfassenden Ingenieurschulreform, nicht zuletzt aber die Haus- und Disziplinarordnungen für die Universitäten einlösen: die kostensparende Reglementierung und Instrumentalisierung der Ausbildung und der Forschung im Interesse von Staat und Wirtschaft. Produziert werden sollen Hochschulabsolventen, „die in der Lage sind, sich die für ihre Arbeit erforderlichen Spezialkenntnisse am Arbeitsplatz rasch anzueignen. Durch diese Art der Ausbildung — so heißt es im Bundesforschungsbericht II (1967, S. 14) — kann zudem eine erhebliche Senkung der Ausbildungskosten erreicht werden: an Fachhochschulen, wo die Studenten rascher zum Abschluß geführt werden, weniger Studenten das Studium ohne Examen abbrechen und keine kostspielige Forschung betrieben wird, kostet ein Absolvent die öffentliche Hand nur etwa den fünften Teil dessen, was der Absolvent einer Wissenschaftlichen Hochschule kostet. Die wachsenden Studentenzahl und die Bedürfnisse von Staat und Wirtschaft werden es notwendig machen, daß ein immer größerer Teil der Studenten derartige Ausbildungsgänge durchläuft."

Wissenschaftliche Ausbildung und Forschung sind den technokratischen Hochschulreformkonzept nur in Hinblick auf deren unmittelbare Verwertbarkeit im kapitalistischen Reproduktionsprozeß relevant. Die Hochschulen sollen — im übrigen ohne nenneswerte Erhöhung der Personal- und Sachmittel — effektiviert werden als Lernfabriken des Systems. Ihr Betriebsfrieden soll — „und zwar ganz schnell" — ein „neues Ordnungsrecht" (vgl. FAZ v. 14. 12. 68), das die Aussperrung kritischer Studenten ermöglicht, gewährleisten.

Die Hochschulrevolte der radikalen und sozialistischen Studenten läßt sich aber, vor allem auch nachdem die gesellschaftskritische Politisierung weiter Teile der Studentanschaft nicht mehr rückgängig zu machen ist, in die Pläne der Bildungsnotstandsplaner und Technokraten des Großkapitals nicht mehr integrieren.
Die Notstandspläne für die Universitäten werden — das läßt sich angesichts der neuen — mit den Emanzipationsinteressen der Studenten verbundenen Radikalität der 2. Phase der Hochschulrevolte unschwer feststellen — scheitern.
Streiks, d. h. die Befreiung der Wissenschaft aus den bisherigen Herrschafts- und Verwertungszusammenhängen, bei gleichzeitiger Selbstorganisation, d. h. der Intensivierung der inhaltlichen gesellschaftsverändernden wissenschaftlichen Arbeit in autonomen Lehr- und Forschungsgruppen, deren institutionelle Absicherung das Ziel der Auseinandersetzung um demokratisierte Institutssatzungen mit der Ordinarienuniversität ist, sind die Formen des Kampfes gegen die Notstandsuniversität.

Die Revolte der sozialistischen Studenten fiele jedoch hinter ihren eigenen Anspruch zurück, wenn sie den Kampf gegen die technokratische Hochschulreform nicht als den Kampf gegen nur *einen Teil* einer Gesamtstrategie zur autoritären Absicherung des spätkapitalistischen Systems begriffe.
Das umsomehr, als zur Zeit offensichtlich versucht wird, die Basis des spätkapitalistischen Systems — über die NS-Gesetze hinaus — zu stabilisieren.
Das, was Eschenburg ohne jede Verscheierung eine notwendige „Ersatzdiktatur" des parlamentarischen Systems nennt, macht nun den bisher umfassendsten Versuch, die über die Studentenbewegung hinausgreifende Opposition zu zerschlagen.
Ermutigt durch die politische Frustration vieler Genossen, die die Chancen im Kampf gegen die NS-Gesetze falsch eingeschätzt hatten und ermutigt durch die Schwierigkeiten, die sich für die sozialistischen Studenten und den SDS als Organisation durch den Übergang von Formen des antiautoritären Protests zu Kampfformen des antikapitalistischen Widerstands ergaben, ermutigt durch die Nachrichtendienste und publizistischen Institutionen, die einerseits diese organisatorischen Schwierigkeiten nur in ihren eigenen Kategorien als Paralyse des SDS begreifen konnten und andererseits die Fiktion vom Ende des SDS zur Manipulation und zur Demoralisierung des oppositionellen Potentials unter den Studenten, Schülern und Jungarbeitern gebrauchten, setzte in der zweiten Hälfte des Jahres eine Großoffensive gegen den SDS und die linken Studenten ein, die gekennzeichnet ist durch die ungeheure Verschärfung der Disziplinierungsversuche innerhalb aud außerhalb der Hochschule und durch die Einbeziehung aller Herrschaftsinstitutionen in diese Offensive.

Publizistisch vorbereitet, z. B. durch Meldungen über den Einsatz internationaler Studentenbrigaden, die angeblich in verschiedenen westdeutschen Städten bereits Waffenlager angelegt hätten und deren Kader im Sommer auf Cuba als Guerilleros ausgebildet worden seien, soll der Einsatz von brutal vorgehenden Kampftruppen der verschiedenen Polizei-Organisationen und das von der Bundes-Polizei-Konferenz im November in Frankfurt beschlossene präventive Zuschlagen bei möglichen Demonstrationen legitimiert werden und der Boden für ein Gesetz über Vorbeugehaft für Demonstranten, wie es der designierte westberliner Polizeichef und SPD-MdB Hübner forderte und ebenso für die Kriminalisierung der studentischen Bewegung durch die Justiz, eine dritte Gewalt, die den Herrschenden zur Aufrechterhaltung ihrer Ordnung zur Verfügung steht, bereitet werden.
Dieses Pazifizierungsprogramm, das selbst die Farce eines Verbotsantrags gegen den SDS beim Bundesverfassungsgericht[1] miteinbezieht, versucht die Herrschaftspositionen der westdeutschen Machtcliquen (bis hin zu den Liberalen) abzusichern und befriedete Regionen für ungestörte Scheingefechte um die Mandate des westdeutschen Parlaments zu schaffen.
(Dazu wird faktisch selbst das KPD-Verbot aufgehoben und der DKP, die, wie Reimut Reiche zu Recht bemerkt, die kläglichste kommunistische Partei ist, die es je gab, die Möglichkeit gegeben, den Herrschenden in der westdeutschen Bundesrepublik „zur rechten Zeit den besten Dienst"[2] zu erweisen, indem sie sich zum einen objektiv zum Alibi des westdeutschen Kapitals macht und zum anderen eine nicht unwichtige Funktion in der Disziplinierung der lohnabhängigen Massen dadurch einnimmt, daß sie diesen weismacht, die Veränderung der Gesellschaft werde auch durch das Parlament bewirkt.)
Mit der Verabschiedung der NS-Gesetze hat das spätkapitalistische System der Bundesrepublik die Transformation zum autoritären Staat auch legalistisch abgesichert.
Gleichzeitig jedoch hat die Kampagne gegen die NS-Gesetze ein „Widerstandspotential"[3] geschaffen, das zwar im Gesamtverband (und das gilt umsomehr für Studenten, Schüler und Jungarbeiter außerhalb des Verbandes) eine „Planung von Widerstandsperspektiven ... organisatorisch-relevant"[4] noch nicht genügend reflektiert hat, sich in einzelnen Aktionen jedoch schon artikulierte, so z. B. in der Besetzung des Luftschutz-Hilfsdienst-Büros im Juni 1968 in Tübingen, die den Protest der Psychologie-

[1] so Strauß auf dem CSU-Parteitag im Dezember 1968, laut „Stuttgarter Zeitung" vom 14. 12. 1968.
[2] Reimut Reiche, 5 Thesen und eine Schlußfolgerung zur DKP. In: Diskus, Nr. 8 (Frankfurt a. M. 1968), S. 8 ff.
[3] so formulierte die Notstands-Resolution der 21. o. DK 1966 das strategische Ziel der Kampagne.
[4] so Wolff/Wolff im Rechenschaftsbericht des Bundesvorstandes auf der 23. o. DK 1968 (frankfurter Teil), abgedruckt in der nk 50, S. 68 ff.

Studenten gegen die Verhältnisse an ihrem Institut im Widerstand gegen Disziplinierungs-Institutionen des Notstands-Staates konkretisierte.
Die Möglichkeiten, an den Hochschulen befreite Gebiete zu schaffen, das Eingreifen in den Bundestagswahlkampf 1969, die Destruktion der Bundeswehr, die Kampagne gegen die westdeutsche Klassenjustiz und der Kampf gegen Institutionen der imperialistischen Allianz (von den Amerika-Häusern bis hin zu den diplomatischen Agenturen in der Bundesrepublik) wird die theoretische Diskussion und die praktische Durchführung dieser Aktionen bestimmen und zeigen, inwieweit sich eine neue Militanz in der westdeutschen Widerstandsbewegung strategisch konstituiert.

SDS-Bundesvorstand

Welche praktische Solidarität erfordert die Konfrontation mit der Justiz?

Der folgende Artikel wurde von einigen Berliner Genossen geschrieben. Da er die ungleichzeitige Entwicklung von SDS-Gruppen nicht diskutiert, können die vertretenen Thesen nicht einfach verallgemeinert werden.

Es ist symptomatisch für die Studentenbewegung, daß sie sich die Notwendigkeit ihrer Justizkampagne erst so spät ins Bewußtsein gehoben hat. Bis Ostern schien der Kampf gegen die Justiz noch kein Problem für uns zu sein. Darum waren wir der Prozeßlawine, die nach den spontanen massenhaften Osteraktionen auf uns zurollte, in keiner Weise gewachsen, obwohl wir sie abstrakt erwarten mußten und erwartet hatten. Zwar entstanden in den meisten Orten regionale Rechtshilfeausschüsse, doch wurden zumindest in den größeren Städten ein nicht geringer Teil der Genossen schon in den Sommermonaten vereinzelt abgeurteilt. Die Versuche, über Veranstaltungen in der Universität Solidarisierung zu erreichen, erwiesen sich als weitgehend untauglich. Die meisten Genossen und Sympatisanten waren zwar immer bereit, militante solidarische Demonstrationsformen zu praktizieren, wir hatten aber noch nicht praktisch begriffen, daß der Kampf der Polizei, der Universitätsbürokratie etc. gegen uns mit anderen Mitteln von der Justiz fortgesetzt wird und daß darum unsere Solidarität mit jenen Genossen, die — durch Fehler, die nicht sie selbst individuell verursacht hatten, sondern die in den kollektiven Kampfformen insgesamt begründet lagen — herausgegriffen und abgeurteilt wurden, über die Demonstrationen hinaus gehen muß.
In unserer anfänglichen Bewußtlosigkeit gegenüber der Justiz reflektierte sich ein Moment bürgerlicher Ideologie, demnach die Justiz eine von der staatlichen Exekutive unabhängige Gewalt sei. Die Funktion der Justiz als der letzte und — vorerst noch — nachhaltigste Ausputzer des Klassenstaates zu begreifen, so zeigte sich, ist für uns nicht ein theoretisches Problem (denn die theoretische Einsicht hatten wir schon lange). Die Frage stellt sich uns vielmehr praktisch, und zwar fragt sich erstens, wie wir uns in die Lage versetzen, unsere bisherigen Ein-Punkt-Kampagnen, aus denen wir uns immer ohne großen Schaden zurückziehen konnten, tendenziell mit zu überführen in eine *permanente*, und nicht mehr nur punktuelle Kampagne gegen die Klassenjustiz. Und es fragt sich zweitens, in-

wieweit das Bewußtsein, das dieser permanenten Justizkampagne angemessen ist, zurückwirft auf unsere übrige Praxis, besonders auf unsere Demonstrations- und Kampfformen.
Die geringste Form der Solidarität über die Demonstrationen hinaus, ist die Herstellung einer Prozeßöffentlichkeit. Gerade in Strafprozessen ist die Herrschaftsfunktion der Justiz unmittelbar sinnlich wahrzunehmen. Im ritualisierten Spiel von Beweiserhebung, Plaidoyers und Urteilsspruch wird der Angeklagte in einer fest fixierten Rollenkonstellation aus den sozialen Bezügen, die ihn motiviert hatten, herausisoliert und individuell abgeurteilt. Der psychische Ausdruck der Klassenjustiz ist, daß die Menschen, die ihr unterworfen sind, die Vereinzelungsstrategien verinnerlichen und die Wundmale der Klassengesellschaft, die sie selber sind, als eigene individuelle Schuld erfahren. In vielen Fällen haben anfangs auch Genossen und sympatisierende Mitdemonstranten Strafbefehlen nicht widersprochen und haben, wenn es zum Prozeß kam, noch privatistisch versucht, die Sache möglichst schnell und ohne Aufsehen über die Bühne zu bringen.
Eine Prozeßöffentlichkeit, die nicht nur in bloß abstrakter Anwesenheit besteht, sondern die inhaltlich die Solidarität mit dem Angeklagten artikuliert und praktiziert, ist darum schon eine (wenn auch noch bescheidene) Offensive gegen die Justiz, weil sie die normalen Rollendefinitionen zerstört.
Dies setzt zuerst einmal voraus eine systematisch organisierte Agitation besonders der Studenten über anliegende Prozesse. Die Aufforderungen, in Gerichte zu Verhandlungen zu gehen, geraten dabei, wie sich gezeigt hat, oftmals als moralische, den Bedürfnissen der Studenten noch abstrakte Ansprüche. Es muß dagegen, sei's in Flugblättern, Informationsveranstaltungen, mit Wandzeitungen oder wie immer, statt unvermittelter Forderungen aufzuzeigen versucht werden, daß es nicht primär darum gehen kann, dem Angeklagten, weil er nun mal Pech gehabt habe, zu helfen, daß der Kampf gegen die Justiz nicht eine praktikulare Aktivität sein kann, daß er nicht bestehen kann in einer punktuellen Unterstützung von individualisierten armen Schweinen, sondern daß er nur geführt werden kann als ein permanentes Moment unseres Kampfes gegen den bürgerlichen Staatsapparat überhaupt.
Und erfahrungsgemäß ist für die auf den Zuschauerbänken bei einer guten Agitation zusammen mit dem Angeklagten (und in günstigen Fällen auch dem Verteidiger) der Lern- und Solidarisierungseffekt nicht geringer als der der Aktionen, deretwegen die Gerichtsverhandlung stattfindet. Wer einmal mit anderen Genossen im Publikum verhaftet wurde, weil er bei einer Vereidigung nicht aufstand, und dann drei Tage in Ordnungshaft verbrachte, der weiß weit mehr von dem was wir meinen, wenn wir die Justiz dieses Staates als eine Klassenjustiz bezeichnen, als diejenigen, die nur das dicke Buch von Otto Kirchheimer gelesen haben.

Darum waren auch unsere Aufklärungsveranstaltungen falsch. Lange Ausführungen über die Sozialbiographien von Oberlandesgerichtsräten, über die Harmoniemodelle in der Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts und über die Nazivergangenheit hoher Richter, all dies ist nicht der Hebel, Einsicht in die Funktion der Klassenjustiz zu vermitteln. (Gleichwohl müssen die theoretischen Einsichten mit den praktischen einhergehen, aber es kommt ihnen nicht die Funktion einer primären Mobilisierung zu.) Und diese Erfahrung, die wir jetzt wieder mit der Justiz machen, machen wir ja schon seit Jahren: daß nämlich das antiautoritäre Bewußtsein nicht zuerst geschärft wird durch kritische Theorie, durch Referat plus Koreferat, sondern daß wir von dem letzten Glauben an das Gute in diesem System befreit worden sind durch unmittelbare, sinnlich erfahrene praktische Konfrontation mit den Agenturen des Staatsapparates.

Aber die unmittelbare Offensive gegen die Justiz ist nur ein Moment der Justizkampagne. Ein zweites ist das praktische Bewußtsein der Solidarität, die über Aktionen und noch über die Konfrontation mit der Justiz hinausgeht und erst da endet, und das heißt: wieder anfängt, wenn die Genossen aus den Gefängnissen entlassen werden. Auch das ist abstrakt klar. Wenn wir aber unser Verhalten gegenüber den Genossen, die Frankfurter Kaufhäuser in Brand gesetzt haben sollen, reflektieren, dann ist es auch klar, daß unser Bewußtsein praktisch noch nicht soweit ist. Die vier Frankfurter Genossen, die seit inzwischen 10 Monaten in U-Haft sitzen, hatten in der studentischen Linken mit uns zusammen gearbeitet. Während der Dauer ihrer U-Haft haben sie wochenlang kaum Besuch bekommen, obwohl dies objektiv möglich war. Nicht nur reden von der unpolitischen und präjudizierenden Presseerklärung des Bundesvorstandes nach der Verhaftung; nicht zureden von Briefen, die nicht geschrieben wurden, von wenigem Geld, das ihnen, umgesetzt in Gebrauchsgüter, geholfen hätte, von Büchern etc.

Unschwer, darin Verdrängungsstrategien zu erkennen, die für die Studentenbewegung noch symptomatisch sind. Sie reflektieren nicht nur die Rückständigkeit eines Momentes unseres Bewußtseins, sondern vielmehr einen wesentlichen Mangel unserer Praxis insgesamt. Auf das anfängliche Desinteresse an den Justiz-Verfolgten, den Inhaftierten zumal, reimen sich die groben Fehler, die wir permanent in unseren Aktionen machen. Zu diesen Fehlern zählt, daß wir auf Demonstrationen erfahrungsgemäß nicht dann geschlagen und verhaftet werden, wenn wir gemeinsam (mit „harten Kadern") Offensiven machen, sondern vielmehr dann, wenn die Demonstration nach solchen Offensiven ausfranzt, wenn einzelne sich zu weit vorwagen etc. Es zählt dazu, daß viele von uns identifiziert werden auf Grund von Photomaterial, wogegen wir noch keine angemessenen Abwehrmittel entwickelt haben. Es zählt dazu das unvorsichtige, dilletantische, manchmal schon fast auf Entdeckt-Werden gerichtete Verhalten bei

Aktionen, die ihrer Natur nach nur von einigen ausgeführt werden können und das gefährliche Geschwätz, das darüber oftmals in den Lokalen der linken Subkultur geführt wird.
Erst das Bewußtsein, daß Aktionen nicht nur ein paar Stunden dauern, sondern daß sie sich notwendig fortsetzen über die Justiz bis hin zu den Gefängnissen und Zuchthäusern, würde uns auch dazu bringen, eine *Praxis* zu machen, die das Verhältnis von Effektivität und Risiko maximieren würde. Und wenn dies erreicht wäre, könnten wir auch sagen, daß unsere Arbeit mit dem dann in der Tat unvermeidlichen Preis einer vielleicht auch längeren Gefängnisstrafe nicht zu hoch bezahlt wäre, weil der lange Marsch durch die Institutionen dieser Gesellschaft notwendig auch durch die Institutionen des Strafvollzugs führt.
Die ansatzweise Organisation von Briefkorrespondenzen und Besuchen der in Frankfurt zu Zuchthaus verurteilten 4 Genossen ist der historische Beginn einer von uns systematisch zu organisierenden praktischen Solidarität mit unseren Genossen, die in den Haftanstalten dieses Staates sitzen werden, solange er als bürgerlicher Staat überhaupt existiert.
Diese Solidarität wird keine bloß caritative sein. Sie wird diejenigen praktisch mit einbeziehen, die es schon unternommen, gegen ihre Unterdrückung in den Zuchthäusern und Gefängnissen selbst Widerstand zu leisten. Hier hätte sich zu erweisen, was wir damit meinen, daß es keine andere als politische Justiz gibt. Was die meisten von denen, die in den Haftanstalten sitzen, von uns unterscheidet, ist, daß sie nicht wissen, warum sie sitzen, und daß sie darum weit schlechter dran sind als wir, wenn wir drin sein werden. Daß sie zwar, und dies ist uns bekannt, nicht nur aus eigener Erfahrung, sondern auch aus empirischen kriminologischen Untersuchungen, so sehr wie zu großen Teilen die Arbeiterklasse, weitgehend das richtige Bewußtsein haben, daß die Justiz, die sie verurteilt hat, nicht die ihre ist; daß sie aber andererseits keinen praktischen Weg sehen, diesen manifesten unmittelbaren Unterdrückungszusammenhang anzugreifen, geschweige denn zu zerschlagen.
Unsere Aufgabe läge darin, durch die Propaganda der Tat das verschüttete Klassenbewußtsein partiell wieder zu mobilisieren. Zu zeigen, daß es nicht sinnlos ist, offensiv Widerstand zu leisten, daß es möglich ist, in zuerst schwächere Bereiche dieser Gesellschaft einzudringen und sie für die bürgerliche Gesellschaft unbrauchbar, ja renitent zu machen, so wie wir es in den letzten drei Jahren in tendenziell zunehmender Schärfe an den Universitäten, wie wir es an uns selbst erfahren haben.
Und wenn der Anschein nicht täuscht, dann zählen zu denen, die potentiell aus dem System herausgebrochen werden können, jene über 100 000, die jährlich zu Gefängnis und Zuchthaus verurteilt werden und dies auch absitzen müssen. Wir wissen, daß bei den Häftlingen äußerst subtil die geringste Solidarisierung realisiert wird. Als am 24. Dezember 1968 150 Demonstranten vor das Gefängnis und Zuchthaus Tegel in Berlin zogen,

flogen aus den Fenstern spontan brennendes Mobiliar, brennende Matratzen etc. Und die Gründe dafür begreift, wer weiß, mit welchen Mitteln in den Strafvollzugsanstalten die Repression in Balance gehalten wird zwischen totaler individueller Neurotisierung und der potentiellen kollektiven Revolte.
Die Arbeit in den Haftanstalten ist zunächst mit ungeheurer Kleinarbeit verbunden. Jede der im Zuchthaus Tegel in den letzten Monaten auf Klopapier gemachten Zeitungen wurde einzeln Buchstabe für Buchstabe gedruckt, irgendwann nachts unter größter Geheimhaltung. Fritz Teufel hat für die von ihm mitinszenierte Vietnam-Demonstration im U-Gefängnis Moabit über 300 Flugblätter einzeln mit der Schreibmaschine geschrieben. Ein politischer Kontakt nach außen ist schwierig, aber es gibt Wege, wie wir wissen, und es ist möglich, auf ihnen systematisch Informationsmaterial in die Gefängnisse reinzubringen und auch wieder rauszutragen.
Es ist darum an der Zeit, daß wir im Rahmen der Justizkampagne größere Aktionen initiieren, die nicht mehr einen Studentenprozeß zum Anlaß haben, sondern einen Prozeß gegen jemanden, der zB. wegen Diebstahls im 2. Rückfall Zuchthaus erwartet, vielleicht einen Rocker-Prozeß oder einen ganz alltäglichen Kündigungsprozeß vor einem Arbeitsgericht. Das muß natürlich gut vorbereitet werden, theoretisch und auch agitatorisch, z. B. durch Informationen, die man aus den Betrieben hat etc. Wir werden Veranstaltungen an den Universitäten machen und diskutieren mit sogenannten Schwerverbrechern, mit den Rockern, mit einer der vielen Hausfrauen, die täglich in Selbstbedienungsläden klauen. Denn jedes kriminelle Delikt enthält nicht nur die gegebenen gesellschaftlichen Verhältnisse in sich, sondern zugleich Momente von Gegengesellschaft und Antizipation. Und das bezieht sich keineswegs nur auf unsere relativ massenhaften und solidarischen Aktionsformen im unmittelbaren Kampf. Antizipation ist auch, wenn auch in entstellter Weise, in den vielen noch individuellen Delikten, wie zB. dem Diebstahl. Wer nämlich, wie es nachweislich hunderte gutbürgerlicher Hausfrauen, und wie es eine nicht geringe Zahl von Studenten macht, regelmäßig in Selbstbedienungsläden klaut, der tut das ja nicht nur, vielleicht nicht einmal vor allem deshalb, weil man auf diese Weise Geld spart; bloße Tauschwerte, Geld, würden sie ja wahrscheinlich garnicht klauen (zumindest nicht in so geringen Mengen). Vielmehr liegt in diesen noch in Individualität befangenen Akten die Antizipation einer Gesellschaft, in der die Mittel der sinnlichen Bedürfnisbefriedigung nicht mehr unter dem Tauschgesetz stünden, sondern dann unmittelbar — und das heißt gleichzeitig auch universell — frei disponibel angeeignet werden könnten.
In unseren kollektiven Aktionen haben wir diese gegengesellschaftlichen Momente solidarisch herausgeschafft. Sie wären noch um ein Bewußtsein zu bereichern, das der notwendigen *Permanenz* des revolutionären Kampfes gänzlich angemessen wäre.

Anhang zur Arbeit an den juristischen Instituten

Nach der Straßenschlacht mit der Polizei vor dem Berliner Landgericht am 4. November trat in einer Diskussionsveranstaltung im Audimax der FU als Redner u. a. der Sprecher der juristischen Fakultät auf, der dem SDS nahesteht und an der Fakultät gut gearbeitet hatte. Er kritisierte die militante Gewaltanwendung der Aktion, weil sie besonders die Arbeitsmöglichkeiten an der studentischen Basis verschlechtert hätte. Es seien nun auch die nicht wenigen reformwilligen, gar linksliberalen Juristen verprellt, mit denen man doch kooperieren müsse. Was folgt aus diesen richtigen Feststellungen für unsere Arbeit an den juristischen Seminaren, Instituten, Fakultäten?

Es gibt, im Gegensatz zu einer landläufigen Meinung durchaus einige linkskritische Juristen, die, wie z. B. Ridder, von den Zitierkartellen der bürgerlichen Professoren-Jurisprudenz zumindest in Fußnoten gewürdigt werden. Und es hat sich sogar in den letzten paar Jahren eingebürgert, daß in Seminaren zu Ko-Referaten Vertreter der kritischen Theorie geladen werden. Sie erzählen dort, und verbreiten das dann auch in Form von papers und Zeitschriftenaufsätzen, daß z. B. die „Meinungsfreiheit" vom Strukturwandel der Öffentlichkeit her interpretiert werden muß, daß im Sozialstaat, der aus der Verschränkung von Staat und Gesellschaft hervorgegangen sei, das Bildungswesen besser gefördert werden müsse und daß das Recht auf Eigentum im Grunde nicht so wichtig sei wie die Sozialbindung des Eigentums. Es soll nicht dagegen polemisiert werden, daß es Juristen gibt, die mehr tun, als die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs auswendig zu lernen. Letztendlich sind die jüngeren wirklich linken Juristen auch durch diese rechtskritischen Vorarbeiten dazu gekommen, etwas von der Funktion der Gesetze, der Justiz, der Juristen überhaupt in der spätbürgerlichen Gesellschaft zu begreifen. Zu kritisieren ist aber, wer meint, daß mit kritischen papers, mit habermasoiden Seminarbeiträgen, daß, kurz, mit aufklärerischen Konzepten alleine schon irgendwas gewonnen sei; wer meint, daß es uns darauf ankommen müsse, kritische Juristen herauszuschaffen.

Nicht zufällig sind nämlich die Rollenzwänge, die ein Verwaltungsjurist, ein Richter, ein Staatsanwalt im Laufe seiner Ausbildung erfahren hat, nicht zufällig ist der Spielraum, den er objektiv und institutionell wie auch psychisch in diesen Funktionen hat, so eng, daß ihm das kritische Denken, sollte er wirklich während seiner Studienzeit davon etwas mitbekommen haben, spätestens vor der ersten Beförderungsstufe ausgetrieben wird. Im Studium hat er fünf Jahre gelernt, wie man soziale Sachverhalte formal unter unbestimmte Rechtsbegriffe subsumiert. Da schon wurde ihm systematisch seine Funktion als eine wertneutrale eingebildet. Jede Würdigung der verfassungsrechtlichen Erwägungen bei der Verurteilung von Demonstranten zeugt heute von dieser Ideologisierungsstrategie im juristischen Studium. Warum im klassischen Land der

Ungleichzeitigkeiten die Justiz bruchlos von der bürgerlich-parlamentarischen Weimarer Formal-Demokratie überführt werden konnte in den Faschismus und aus diesem ebenso bruchlos wieder hervorging, hatte seinen Grund keineswegs darin, daß auch nur eine große Zahl der Juristen offene Faschisten gewesen wären; der Grund liegt vielmehr in jenem juristischen Positivismus, dessen politische Funktion es ist, als unpolitische, bloß formal-juristische Würdigung zu erscheinen.

Es gilt für die Rehses wie für die Oskes, daß es ihr einziger Fehler war, judiziert zu haben, wie das Gesetz in der herrschenden Auslegung es befahl. Nach dem Studium ein Examen, für das man sich eineinhalb Jahre lang acht Stunden täglich völlig schwachsinnige Details hat einbimsen müssen. Dann eine Referendarzeit, deren substantiellen Gehalt man, immanent geredet, in zwei Wochen lernen kann, in dem man aber zweieinhalb Jahre seinen Ausbildern Akten ordnen und Zucker in den Tee tun muß. Dann ein weiteres, das zweite Staatsexamen, für das man all das wieder lernen muß, was man nach dem ersten richtigerweise wieder systematisch verdrängt hatte, dies alles ist für die Richter und Staatsanwälte noch ein Zuckerschlucken gewesen gemessen an dem, was sie erwartet an tertiärer Sozialisation in ihrer Staatsanwalts- und Richteradeptenzeit. Hier spätestens wird die letzte Spur des ehemals vorhandenen individuellen Anspruchs auf Weltverbesserung in die Sphäre des Privaten und Innerlichen verbannt. Drum liegt auch gar kein Widerspruch darin, daß der Staatsanwalt Griebel aus Frankfurt sich nach Prolls Aussage als aufgeklärten Marxisten bezeichnet, und andrentags für jeden der 4 Genossen im „Brandstifterprozeß" 6 Jahre Zuchthaus fordert. Und darum ist es auch gar kein Widerspruch, daß die empörendsten Urteile der letzten Monate nicht von „alten Nazis" gefällt wurden, sondern vom jüngeren Richter-Nachwuchs. Die drei Berufsrichter, die Rehse freisprachen sind 42, 39 und 37 Jahre alt; Amtsrichter Drygalla, der Beate Klarsfeld verurteilte, ist Mitte 30; der Richter Schwalbe, der den Gießener Genossen Paar wegen seiner Beteiligung an einer Springer-Demonstration zu einem Jahr Gefängnis (ohne Bewährung) verurteilte, ist kaum über 30.

Wenn wir die Entwicklung, die die spätkapitalistischen Länder und die speziell die Bundesrepublik in den letzten Jahren erfahren haben, und wenn wir den Weg, den sie unserer Voraussicht nach in den nächsten Jahren nehmen werden, wenn wir dies kühn und ohne Verschönerungen ins Auge fassen, dann muß uns klar werden, daß wir nicht darauf warten können, daß die nächste Generation von Richtern im Bundesgerichtshof um die nächste Jahrhundertwende den Landfriedensbruchparagraphen verfassungkonform auslegt, und daß dann die übernächste Richtergeneration, agitiert von unseren Aufklärungspapers, in offenen Widerspruch zur Staatsgewalt sich stellen würde. Die idealistischen Stufenleitertheorien haben schon immer nicht geklappt. Und nichts spricht

dafür, daß die objektive Funktion, die die Justiz für diesen Staat hat, vom Juristennachwuchs gerade jetzt, am Vorabend seiner eigenen Abschaffung, zersprengt würde. Und deshalb kann es uns nicht darum gehn, mit einem ständigen Kotau vor den Kritikern der radikalen Linken die Basis liberaler Juristen zu verbreitern. Und es kann uns nicht darum gehen, an Stelle der konservativen, nun linkskritische Juristen zu schaffen, ohne deren bloße Existenz auch nur in Frage zu stellen: wir brauchen keine liberalen Juristen, sondern wir brauchen überhaupt keine Juristen. Diese These ist natürlich etwas verkürzt, und sie muß in dreifacher Weise enigeschränkt werden. Erstens wird auch eine sozialistische Gesellschaft auf nicht absehbare Zeit genötigt sein, in abnehmendem Maße soziale Sachverhalte formal zu regeln. Aber das ist für uns jetzt nur ein abstraktes Problem. Denn die Spekulation darüber, ob die kommunistische Weltgesellschaft im Jahre 1989 oder erst im Jahre 2013 den letzten Juristen abschaffen wird, gibt uns noch keine Handlungsanweisung, wie wir hier und jetzt der bürgerlichen Klassenjustiz adäquat zu begegnen haben.

Und diese Frage stellt sich uns konkret und hinsichtlich unserer Agitation an den juristischen Seminaren und Fakultäten so, daß wir, mindestens solange es uns überhaupt als politisch relevante Größe gibt, in der Tat darauf angewiesen sind, mit einer nicht geringen Zahl von Juristen zusammenzuarbeiten, und zwar konkret mit unseren Verteidigern, besonders Strafverteidigern. Aber es gehören auch dazu die Genossen in den Ermittlungs- und Rechtshilfekomités etc. Und weil das so ist, weil wir von liberalen Juristen, was immer das sein mag, nichts erwarten können, müssen wir auch bei unseren Aktionen in den juristischen Instituten das Risiko einer Polasirierung in Kauf nehmen, in der, wie z. B. bei einer Invasion in die juristischen Institute von außen her, der größte Teil der Juristen relativ nach rechts getrieben würde. Und wir müssen entschieden eine Praxis kritisieren, die unter sozialdemokratischer Verflachung des verschärften Bewußtseins ständig auf die liberale Massenbasis schielt, wo wir doch genau wissen, daß in den entscheidenden Situationen die Liberalen und die Sozialdemokraten (dadurch ist ihre historische Rolle geradezu definiert) immer auf der falschen Seite der Barrikaden anzutreffen sind.

Die dritte, allerdings winzige Einschränkung der These ist die, daß es schon jetzt im Justizapparat so etwa wie immanente Widersprüche gibt, zB. die Urteile des Amtsrichters Möller aus Frankfurt, die Urteile aus Eßlingen und aus Bremen. Hier wurde in der Tat, entgegen allen Subsumtionstechniken, kritisch politisch argumentiert. Die Folgen waren aber auch entsprechend. Das Bremer und das Eßlinger Urteil wurden schon in der 2. Instanz aufgehoben.

Die Folgerungen, die aus alledem für die Arbeit an den juristischen Instituten zu ziehen sind, sind diese: es kann nicht darum gehn, aus unkriti-

schen Juristen immanent kritische zu machen, sondern einzig darum, die (vielleicht wenigen) potentiell radikalen Juristen aus dem Betrieb wirklich herauszubrechen und mit den restlichen (von Sozialdemokraten an abwärts) und ihren Ausbildungsstätten so zu verfahren, wie es für den Nachwuchs der Justiz und anderer von Juristen vindizierter Repressionsinstitute in der spätbürgerlichen Gesellschaft angemessen ist.

Elmar Altvater/Christel Neusüss

Bürokratische Herrschaft und gesellschaftliche Emanzipation

Zur Dialetik sozioökonomischer Reformen in der Übergangsgesellschaft

Vorbemerkung

Die Ereignisse in der CSSR — insbesondere seit Januar 1968 — hatten der Linken in Westeuropa willkommene Argumente für die Möglichkeit politischer Demokratie und gesellschaftlich emanzipativer Entwicklungen in sozialistischen Gesellschaften[1] geliefert. Umso schockierender war für sie die Intervention der fünf Warschauer Pakt-Staaten in der CSSR. In der Leichtigkeit, mit der die sozialistischen Bewegungen diesen Schock des 21. August aber überwanden — die Rede Fidel Castros vom 23. August hatte hier eine wichtige Funktion als erste Orientierungshilfe —, wird die neue Qualität dieser Linken deutlich. Formen und Inhalte ihres eigenen politischen Kampfes hatten sie von der Politik der UdSSR und damit auch den traditionellen kommunistischen Parteien emanzipiert. Der Einmarsch der Vereinigten Stalinisten konnte der neuen Linken deshalb nicht mehr als Gegenargument für die eigenen politischen Zielsetzungen entgegengehalten werden. Sie hatte aus ihrer Praxis Urteilskriterien entwickelt, die ihr eine kritische Analyse der Widersprüche in sozialistischen Gesellschaften ermöglichte und durch die es ihr gelang, eine selbständige Plattform sowohl gegen die stalinistischen Bürokratien als auch gegenüber liberalem und konservativ-reaktionärem Antikommunismus zu formulieren. Bei dieser Analyse ist ein zentraler Begriff derjenige der Bürokratie. Folgender Versuch entstand aus dem Interesse, die Widersprüche in sozialistischen Gesellschaften, wie sie sich bis zur militärischen Intervention zugespitzt haben, zu erfassen. Die Intervention hatte gezeigt, daß gängige Sozialismus-Kritik zumindest teilweise obsolet geworden und daß daher auch zur Fundierung sozialistischer Praxis in den kapitalistischen Staaten theoretisches Durchdringen der sozioökonomischen Tendenzen in den Gesellschaften der Übergangsperiode dringlich geworden war. Da die Widersprüche, insbesondere auch bürgerliche Tendenzen, allge-

[1] Genauer müßten die osteuropäischen Gesellschaften, die sich ihrem Selbstverständnis nach als sozialistisch definieren, als „Gesellschaften der Übergangsperiode" bezeichnet werden. Sie befinden sich auf dem Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus, wobei erster Schritt auf dem Übergang die politische Revolution und die Nationalisierung der Produktionsmittel gewesen ist und der Übergang zum Sozialismus dann zu Ende ist, wenn — wie es Marx in der Kritik des Gothaer Programms formulierte — die Verteilung des gesellschaftlichen Produkts nach den Bedürfnissen der gesellschaftlichen Individuen erfolgt.

meiner sind, als es in der Begründung der Interventionsstaaten erscheint, kann sich die Analyse auch nicht auf die Entwicklung in der CSSR begrenzen. Wenn daher im folgenden vor allem Beispiele aus der CSSR zitiert werden, so sind dafür ähnliche Gründe maßgebend wie sie Marx veranlaßt haben, die Bewegungsgesetze des Kapitalismus am Beispiel des damals entwickeltsten kapitalistischen Landes, nämlich Englands, zu studieren. Die Analyse hat, sofern sie sich auf Material aus der CSSR bezieht, demnach exemplarischen Charakter für die osteuropäischen sozialistischen Länder (wobei natürlich mechanische Analogien zu vermeiden sind!).

Bürokratie im Kapitalismus und in der Gesellschaft der Übergangsperiode

Bürokratie, von Max Weber als geregelte, überprüfte und nach Kompetenzen aufgeteilte Organisation von Verwaltungstätigkeiten durch eine öffentlich besoldete, ausgewählte Spezialistenhierarchie gekennzeichnet, ist im Verlauf der gesellschaftlichen Entwicklung in den sozialistischen wie in den kapitalistischen Ländern in je verschiedener Weise über diese Definition hinausgewachsen. Auch ist sie heute weniger denn je ein Apparat, der, wie Max Weber noch als Korrektur einer bedrohlichen Entwicklung postulieren konnte, von politischen Führern als zweckrationales Instrument zur Durchsetzung der von ihnen gesetzten Ziele verwendet werden kann. In den gegenwärtigen kapitalistischen Gesellschaften ist die Funktion der Bürokratie dadurch gekennzeichnet, daß sie auf staatlicher und privatwirtschaftlicher Ebene in steigendem Maße den gesellschaftlichen Charakter der Produktion und Reproduktion zu organisieren hat, um die private Aneignung des Produktionsergebnisses beim gegenwärtigen Stand der Produktivkräfte überhaupt noch zu ermöglichen. So wie ‚freies Unternehmertum' und ‚parlamentarischer Verfassungsstaat' Herrschaftsmechanismen im Konkurrenzkapitalismus waren, so ist die Bürokratie im monopolkapitalistischen Stadium die Organisationsform von Herrschaft des „ideellen Gesamtkapitalisten. [2] Als quasi objektives Instrument, das über den divergierenden Interessenkomplexen zu stehen scheint, hat sie die Funktion, den ‚Sachzwang' des gesellschaftlichen Gesamtinteresses — Aufrechterhaltung des Systems der Kapitalverwertung — gegen die Partialinteressen durchzusetzen. Indem die Bürokratie die „Vernunft" in der Gesellschaft für sich beansprucht und usurpiert, leitet sie daraus nicht nur den Anspruch auf Durchsetzung dieser „Vernunft" mit den ihr adäquat erscheinenden Machtmitteln ab; sie manifestiert sich im höchstentwickelten Stadium des Kapitalismus tatsächlich als Inbegriff der darin möglichen „gesellschaftlichen Rationalität" — und zugleich als Index der Irrationalität des Systems. Denn indem die Bürokratie die Regulierung der Produktions-, Konsumtions-, Distributions-

[2] Der Begriff wird von Engels im Anti-Dühring zur Kennzeichnung des „modernen Staates" gebraucht, Friedrich Engels, Herrn Eugen Dührings Umwandlung der Wissenschaft, Berlin 1959, S. 345.

und Austauschprozesse in wachsendem Umfang zur Aufgabe hat, wird sie auch den wachsenden Konflikten in und zwischen den Regulierungsbereichen unterworfen.[3] Die einzige Lösung dieser Widersprüche, nämlich den ideellen zum materiellen Gesamtkapitalisten zu transformieren, ist ihr verwehrt, da ja der materielle Gesamtkapitalist die Aufhebung des kapitalistischen Systems implizieren würde.[4] Wenn aber die Bürokratie nicht in der Lage ist, in sich und aus sich heraus zweckrational die Konfliktregulierung zu meistern, dann muß sie versuchen, die Konfliktregulierung außer sich zu betreiben: Durch Einebnung gesellschaftlicher Interessendivergenzen mittels manipulativer Formierungsmaßnahmen durch wohlfahrtsstaatliche Korrumpierungsmanöver oder — wenn die Mittel zur indirekt repressiven Befriedung ausgehen — auch durch terroristische Gewaltausübung. Die Aufrechterhaltung des Reproduktionsprozesses im Monopolkapitalismus kann also nur noch durch Verstärkung und Verschärfung bürokratischer Herrschaft gegen die aus der Entwicklung der Produktivkräfte sich ergebenden Möglichkeiten verlängert werden.

Dies aber gilt für das System der Produktion und Reproduktion der Übergangsgesellschaften gerade nicht. Denn die Bürokratie ist hier nicht funktional den Bedingungen der sozioökonomischen Prozesse unterworfen, sie ist vielmehr in der Lage, diese Bedingungen weitgehend selbst zu setzen. Die Vergesellschaftung der Produktionsmittel hat ihr die Möglichkeit zur Steuerung der Produktion in die Hand gegeben, während die kapitalistische Bürokratie den privaten Verwertungsbedingungen immer untergeordnet bleibt. Die Merkmale für bürokratische Herrschaftsausübung in den sozialistischen Ländern, wie sie von Trotzki, Deutscher, Marcuse, Hofmann angeführt werden — Nichtbesitz an Produktionsmitteln, Nichtvererbbarkeit von Macht und Besitz, Unabhängigkeit von einer herrschenden Klasse — sind nichts anderes als soziale und juristische Ausdrucksformen für die Tatsache, daß die gesellschaftlichen Entscheidungsorgane nicht mehr an den naturwüchsigen Prozeß der Kapitalverwertung gebunden sind, sondern gewollte gesellschaftliche Entwicklungen organisieren können. Ihren manifesten Ausdruck gewinnt diese neue

[3] Dieser Konflikt findet einen klassischen Ausdruck in der Wirtschaftspolitik, wenn die Einhaltung des sogenannten „magischen Dreiecks" angestrebt wird. In der Wirtschaftspolitik der großen Koalition zeigt sich ganz deutlich, daß zwar nach der Rezession von 1966/67 relativ hohe Wachstumsraten bei relativ stabilem Preisniveau zumindest kurzfristig erzielt werden konnten, aber gleichzeitig das „außenwirtschaftliche Gleichgewicht" so sehr gestört wurde, daß eine Weltwährungskrise (November 1968) die Folge war. Die Krisenfaktoren wurden von der Staatsbürokratie lediglich „externalisiert" und wirkten via Welthandels- und Weltwährungsmechanismus zurück.

[4] So schreibt Engels an der zitierten Stelle: „Der moderne Staat ... ist eine wesentlich kapitalistische Maschine, Staat der Kapitalisten, der ideelle Gesamtkapitalist. Je mehr Produktivkräfte er in sein Eigentum übernimmt, desto mehr wird er wirklicher Gesamtkapitalist, desto mehr Staatsbürger beutet er aus ... Das Kapitalverhältnis wird nicht aufgehoben, es wird vielmehr auf die Spitze getrieben. Aber auf der Spitze schlägt es um ..."

Qualität vor allem in der Möglichkeit zentraler Planung, da die „Kommandohöhen der Wirtschaft" zur Disposition der Bürokratie stehen. Aber gegenüber den ursprünglichen Zielen und Möglichkeiten der Revolution bedeutete die Herausbildung einer Bürokratie den Rückschritt von der intendierten Vergesellschaftung zur Verstaatlichung der Produktionsmittel „durch politische Expropriation des Proletariats" (Trotzki)[5] Mit dieser Entwicklung konstituierte sich aber der Widerspruch zwischen den Inhabern monopolistischer Macht und den Massen. Die Macht der Bürokratie „ist so außergewöhnlich, weil sie zur gleichen Zeit ökonomisch, politisch und kulturell ist. Doch paradoxerweise hat jedes dieser Machtelemente seinen Ursprung in einem Befreiungsakt ... der Konflikt zwischen den Ursprüngen der Macht und ihrem Charakter, zwischen den befreienden Aufgaben, die sie sich selbst stellte, und den Zwecken, denen sie dienstbar wurde, hat ständig hohe politische Spannungen und periodisch wiederkehrende Säuberungen erzeugt. Die Bürokratie ist nicht imstande gewesen, die Massen — oder auch nur sich selbst — davon zu überzeugen, daß sie die Macht im Einklang mit jenen Taten gebrauchte. Mit anderen Worten, die ‚neue Klasse' hat nicht die Sanktion gesellschaftlicher Legitimität erlangt."[6]

Die darin begründete Unsicherheit der bürokratischen Machtbasis im Sozialismus erzeugt den Zwang permanenter Rechtfertigung bürokratischer Machtentfaltung durch die forcierte Entwicklung der Produktivkräfte. Aus dieser Legitimationsbasis heraus ist zu verstehen, daß Bürokratien im Sozialismus mehr als im Kapitalismus gezwungen sind, ihre gesellschaftlich relevante Effizienz zu betonen: Ihre Erfolgsmeldungen beziehen sich auf hohe wirtschaftliche Wachstumsraten, schnelle Industrialisierung, Bildungsmöglichkeiten für alle Bevölkerungsschichten, Erfolge auf wissenschaftlich-technischem Gebiet usw. Die Gleichsetzung ökonomischer Effizienz mit dem Aufbau des Sozialismus, d. h. die Integration des revolutionären Ziels, für das die Massen den Kapitalismus gestürzt haben, ins bürokratisch verkürzte Effizienzkalkül, stellt den Versuch der Bürokratie dar, sich der aus ihrem revolutionären Ursprung sich ergebenden Gefährdung zu entziehen.

Je weiter aber die Entwicklung der Produktivkräfte durch bürokratische Effizienz getrieben wird, desto irrationaler wird die Aufrechterhaltung bürokratischer Macht und desto notwendiger wird die geschichtliche, ökonomische und politische Selbsttätigkeit der Menschen. Das bedeutet aber, daß Bürokratie im Sozialismus — und darin besteht der fundamentale Unterschied zur Bürokratie im Kapitalismus — im Verlauf der von ihr organisierten Entwicklung der Produktivkräfte überflüssig wird und abgebaut werden kann. Das bedeutet nicht, daß sie automatisch abstirbt oder freiwillig die Bühne der Geschichte verläßt; vielmehr tut sie alles, ihre Herrschaft zu verlängern. Die darin angelegte Widersprüchlichkeit

[5] Leo Trotzki, Verratene Revolution, Zürich o. J., S. 242.
[6] Isaac Deutscher, Die unvollendete Revolution, 1917—1967, Frankfurt 1967, S. 70 f.

führt aber zu politischen, wirtschaftlichen, auch militärischen Konflikten, wie es im Falle der Intervention deutlich sichtbar geworden ist. Die Handlungen der seit dem Januar 1968 in der CSSR in Bewegung geratenen Massen der Bevölkerung, die ihre höchste Stufe politischer Phantasie und spontaner, unorganisierter Selbsttätigkeit im Widerstand gegen den rigidesten Akt der Bürokratie, die militärische Besetzung, fanden, sind Ausdruck dafür, daß auch in den Gesellschaften der Übergangsperiode das politische Bewußtwerden der Massen Bedingung der Transformation dieser Gesellschaften in eine höhere Stufe der Entwicklung ist.
Sowohl in den kapitalistischen, als auch in den sozialistischen Ländern stehen sich also heute Bürokratie und Massen gegenüber. Der wesentliche Unterschied, der für Inhalt, Form und Dynamik dieses Widerspruches entscheidend ist und sein wird, liegt jedoch darin, daß die Bürokratie und ihre Machtentfaltung zur Erhaltung des gesamtgesellschaftlichen Systems im Kapitalismus unerläßlich ist, während sie sich in den Gesellschaften der Übergangsperiode selbst überlebt hat.

Die Ungleichzeitigkeit der Entwicklung und die Einheit des sozialistischen Blocks

Als im Jahre 1948 die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei die Macht übernahm, waren dort die Bedingungen für die Transformation der Gesellschaft in eine sozialistische weitaus günstiger, als im nachrevolutionären Rußland und den anderen Ländern, in denen im Zuge ihrer Befreiung vom Faschismus durch die rote Armee der Sozialismus unmittelbar eingeführt worden war. Das relativ hohe Niveau der Industrialisierung (1948 betrug der Anteil der Industrieproduktion 58,6 %; 1964 waren es erst 64,4 %), und der Qualifikation der Arbeiterschaft, die breite Zustimmung der Bevölkerung zum Sozialismus, die feste Verankerung der KPC innerhalb der Arbeiterschaft[7], eine starke, bereits sozialistisch denkende Intellektuellenschicht[8], das Fehlen von Ressentiments gegenüber der Sowjetunion — all das waren Faktoren, die eine positive Basis für eine sozialistische Entwicklung bildeten. Bereits im Akt der Machtübernahme durch die KPC im Februar 1948 kam der besondere Charakter der Revolution in der CSSR zum Ausdruck. Es ist das einzige Land, in dem in der Periode der Kooperation von antifaschistischen Bürgertum, kommunistischer Partei und Sozialdemokratie auf parlamentari-

[7] Die Mitgliederentwicklung der KPC verlief von ca. 1 Mio. Mitgliedern im April 1945 über 1,25 Mio. im November 1947 bis 2,3 Mio. im Juli 1948. Die KPC erzielte bei Parlamentswahlen im Februar 1946 mit 38 vH aller Stimmen den höchsten Anteil. Zahlenangaben nach: SDS Marburg, Basisgruppe AGIT, CSSR, Marburg 1968, hektographiertes Manuskript. Die in diesem Manuskript gesammelten Materialien und ihre analytischen Ansätze gehen in die folgenden Überlegungen mit ein. Da die Marburger Analyse beim dortigen SDS (Postfach 1727) erhältlich ist, verzichten wir weitgehend auf Ausbreitung von Material, das dort zu finden ist.

[8] Vgl. Stanley Riveles, Die Intellektuellen in der KP, in: Osteuropäische Rundschau, Jg. 8, 1967, Heft 1, S. 3 ff.

schem Wege die Sozialisierung der „Kommandohöhen der Wirtschaft" durchgeführt worden war, wo die Arbeiterschaft aktiven Widerstand gegen Ansätze bürgerlicher Restauration leistete und die KP ohne aktive Unterstützung der UdSSR an die Macht kam[9].

Unter all diesen Bedingungen mußte die Transformation der sozialistischen CSSR in ein stalinistisches Herrschaftssystem besonders verhängnisvolle Folgen haben. Konnte die politische und ökonomische Rigidität dieses Systems für die sowjetische „Ökonomie des Mangels" auch teilweise gerechtfertigt werden, so mußte sie sich in einer Gesellschaft, die durch breite Massenaktivitäten zu einer sozialistischen geworden war, doch dysfunktional auswirken. Wenn André Gorz meint: „Bisher hat sich der Sozialismus als eine Methode der Akkumulation gezeigt, deren Wirksamkeit und Überlegenheit in der umfasenden zentralgesteuerten Wirtschaftslenkung zu suchen ist. Deshalb ist die Errichtung der Grundlagen des Sozialismus notwendig begleitet von einem Niedergang der direkten Demokratie und der Macht des Volkes, wie sie während der revolutionären Eroberung der Macht bestanden haben",[10] so verfällt er dem Vorurteil, daß das, was sich historisch entwickelt hat, zugleich auch absolut notwendig sei.

Ergab sich die vorrangige Entwicklung der Schwerindustrie mittels zentralistisch-bürokratischer Planung in der UdSSR aus der Notwendigkeit der sozialistischen Primärakkumulation, so mußte die Übertragung dieses ökonomischen Prinzips auf die tschechoslowakische Gesellschaft sich als Friktion von Möglichkeiten herausstellen, die bereits durch die Nationalisierung der Produktionsmittel vor 1948 angelegt waren. Auch die Übertragung des Prinzips der Alleinherrschaft einer von jeder Opposition gesäuberten KP mußte die politisch-gesellschaftliche Basis des Sozialismus in der CSSR schwächen.[11]

[9] Die Besonderheit gegenüber Ländern wie Italien und Frankreich, wo ebenfalls nach 1945 KPen an der Regierung beteiligt waren, ist vorwiegend auf die unterschiedliche Stellung des Landes in der weltpolitischen Machtkonstellation zurückzuführen.

[10] André Gorz, Der schwierige Sozialismus, Frankfurt 1968, S. 117.

[11] Gerade das Selbstverständnis der kommunistischen Partei, die Führungsrolle in der gesellschaftlichen Klassenauseinandersetzung während der Übergangsperiode zu übernehmen, erfordert ihre Kontrolle durch die Arbeiterschaft, d. h. auch die Möglichkeit von Opposition. Sonst wird der Führungsanspruch der Partei zu einem abstrakten Prinzip, das auch dann noch geltend gemacht wird, wenn die Politik der Partei bereits nachhinkend und nicht mehr führend ist. Alleinherrschaft der Partei und Führungsrolle der Partei widersprechen sich somit. „Lenin hatte den Wunsch, daß es für die Revolution nur die Partei gebe. Für alle Menschen, die die Revolution wollten, sollte nur sie in Betracht kommen. Alle Mißstände sollten nur von ihr aus betrachtet werden. Alle Schritte zu ihrer Beseitigung sollte nur sie ergreifen. Da muß die Partei aber auch alles enthalten können, was Mißstände feststellt und zu ihrer Beseitigung revolutionäre Schritte ergreift!" B. Brecht, Die Partei, in: ges. Werke, Bd. 20, Ffm. 1967, S. 98 f. Vgl. als typisches Beispiel, wo das Nichtbegreifen dieses Zusammenhangs in Infamie umschlägt: Dr. Johannes Heiseler, Zu Ursachen der Entwicklung in der CSSR, in: Martistische Blätter, 6. Jahrg., Nov./Dez. 1968.

Als einziger Grund für die Errichtung stalinistischer Herrschaft in der CSSR läßt sich die Situation des kalten Krieges anführen, in der die Sowjetunion den Expansionsbestrebungen des Imperialismus einen militärisch und politisch kompakten Block stalinistisch regierter Staaten entgegensetzen zu müssen glaubte. Die Unterwerfung der nationalen kommunistischen Parteien in den Ostblockländern unter diese Politik zerschlug die historische Chance, die sich aus der Ungleichzeitigkeit der Entwicklung zwischen der bereits industrialisierten CSSR und den überwiegend agrarischen anderen sozialistischen Ländern (mit Ausnahme der DDR) ergeben hatte.[12]

Der tiefe Widerspruch zwischen sozioökonomischer Entwicklung und Stalinismus in der CSSR scheint uns neben anderen ein wichtiger Grund für die Intensität der ökonomischen und politischen Krise der CSSR seit Beginn der 60er Jahre zu sein. Im Gegensatz zu den anderen sozialistischen Ländern ist es in der CSSR den alten Führungskadern nicht gelungen, die notwendig gewordenen ökonomischen Reformen so zu manipulieren, daß ihre Macht hätte erhalten und verstärkt werden können: Im Laufe der Jahre 1967/68 wurde nahezu die ganze Führungsschicht in Partei, Wirtschaft und Politik ausgetauscht. Die Entfremdung zwischen Bürokratie und Bevölkerung war so groß, daß die bürokratischen Reformpläne nicht widerspruchs- und widerstandslos durchgeführt werden konnten, wie bisher in den anderen sozialistischen Ländern. Daraus wird heute der KPC ein Vorwurf gedrechselt: „Die KPdSU vervollkommnet ständig den Stil, die Formen und Methoden des Staatsaufbaus ... Die gleiche Arbeit wird auch in den anderen sozialistischen Ländern geleistet. Sie vollzieht sich ruhig, ausgehend von den Grundlagen des sozialistischen Systems."[13]

Im folgenden ist zu untersuchen, ob die „ruhige" Entwicklung in den anderen sozialistischen Ländern als widerspruchsfreies Gelingen einer Selbstheilung der Bürokratie gewertet werden kann, oder ob sich hinter der gegenwärtigen Ruhe Konflikte verbergen, für die der Einmarsch der Warschauer Pakt Staaten nur erstes Signal ist. Was die Tschechoslowakei selbst angeht, so müssen die konkreten Bedingungen ihrer „unruhigen Entwicklung" analysiert werden.

Ziele und Effizienz ökonomischer Entwicklung in der Übergangsperiode

Ökonomisch drückte sich die Übertragung stalinistischer Herrschaftsstrukturen in der Anwendung zentralistisch-bürokratischer Planung aus. Im

[12] Die „Ungleichzeitigkeit der Entwicklung" ist nicht nur eine Kategorie, mit der Widersprüchlichkeit und Konflikt im Imperialismus erklärt werden kann; sie bezeichnet auch nicht nur die Notwendigkeit „nachholender Industrialisierung", d. h. ursprünglicher sozialistischer Akkumulation in armen Gesellschaften der Übergangsperiode; sie kennzeichnet auch die positiven Möglichkeiten sozialistischer Entwicklung in relativ entwickelten Ländern.

[13] Juri Schukow in der „Prawda", Zusammenfassung nach TASS vom 22. 8. 68, zit. nach Osteuropäische Rundschau, 9/10, 1968, S. 43.

Gegensatz zur Auffassung sehr vieler osteuropäischer Ökonomen handelt es sich hierbei nicht nur um ein isoliert-ökonomisches Problem des wirtschaftlichen Leitungsmechanismus, sondern um gesellschaftliche Fragen der Zielsetzung von Produktion und Konsumtion der Bevölkerung sowie der Herrschaftsübung. Zentralistische Planung impliziert notwendig bestimmte gesellschaftliche Zielsetzungen und schließt andere aus; mit ihr können in relativ kurzer Zeit relativ weitgehende Strukturwandlungen in der Ökonomie und hohe Wachstumsraten erreicht werden; darin liegt auch ihre historische Rechtfertigung. So ist es eine Leistung von weltgeschichtlicher Bedeutung, daß die Sowjetunion aus „asiatischer Rückständigkeit" innerhalb von noch nicht einmal zwei Jahrzehnten (die Kriegsjahre und die unmittelbare Nachkriegszeit muß man aus der Berechnung ausklammern) zur zweitstärksten Industriemacht der Welt wurde, die vorwiegend agrarischen Staaten Osteuropas nach dem zweiten Weltkrieg innerhalb kürzester Zeit die Basis für die Industrialisierung legten und weit höhere Wachstumsraten als die kapitalistischen Länder erzielten.
Folgende Zahlen können als Anhaltspunkt für die Effizienz der zentralistischen Planung dienen:

Industrielle Weltproduktion 1950 bis 1962 (1950 = 100)

	Welt	UdSSR und Osteuropa	übrige Welt	davon EWG	davon USA
1950	100	100	100	100	100
1952	116	133	113	119	112
1954	129	168	121	138	115
1956	152	203	141	165	133
1958	161	250	143	180	126
1960	192	310	169	214	145
1962	216	370	184	243	158

Quelle: UNO, Neue Zürcher Zeitung, 15. 8. 1963.

Während sich die industrielle Weltproduktion im Zeitraum von 1950 bis 1962 etwas mehr als verdoppelt hat, wurde die industrielle Produktion in den osteuropäischen Staaten mehr als verdreieinhalbfacht. Selbst die Länder der EWG, die immerhin die höchsten Wachstumsraten über den längsten Zeitraum in der Geschichte des Kapitalismus realisierten und euphorisch das „Wirtschaftswunder" ausriefen, bleiben um 127 Punkte unter dem Ergebnis der sozialistischen Staaten.
Zentrale, bürokratische Planung war in der Lage, große Industrieprojekte in Angriff zu nehmen, die Qualifikationstruktur der Arbeiterschaft umzustellen, technischen Fortschritt zu entwickeln und anzuwenden, die aus der Landwirtschaft abwandernden Arbeitskräfte industriell ohne größere Friktionen zu beschäftigen, regionale Unterschiede zwischen hoch- und schwach entwickelten Regionen einzuebnen. Die Verstaatlichung

der Produktionsmittel ermöglichte eine Mobilisierung von Ressourcen und ihren rationellen Einsatz unter dem Gesichtspunkt quantitativer Produktionssteigerung, wie sie von kapitalistichen Ländern unter gleichen Bedingungen nie erreicht wurde.

Die quantitativen Erfolgsmeldungen der Partei- und Planbürokratie, die zugleich als Fortschrittskriterium für die Entwicklung zum Sozialismus ausgegeben wurden, sind jedoch insofern einseitig, als Fortschritt zum Sozialismus alle gesellschaftlichen und ökonomischen Dimensionen betrifft und nicht nur das quantitative Wachstum des Nationalprodukts.

Prinzipiell könnte Grundlage wirtschaftlicher Entwicklung, wobei Entwicklung und Fortschritt koninzidieren können, die „Schöpfung von viel disposable time außer der notwendigen Arbeitszeit für die Gesellschaft überhaupt und jedes Glied derselben, d.h. Raum für die volle Entwicklung der Produktivkräfte der einzelnen, daher auch der Gesellschaft“[14] sein. Diese Bestimmung ökonomischer Rationalität unter sozialistischen Bedingungen hat insofern große Bedeutung, als darin der komplexe Charakter der Rationalitätskriterien zum Ausdruck kommt, der, wie noch näher zu zeigen sein wird, in den ökonomischen Modellen der Wirtschaftsreformen keine Beachtung findet.

Die Erhöhung und entscheidende Ausdehnung arbeitsfreier Zeit kann jedoch nicht in einer Gesellschaft erfolgen, die sich noch nicht aus der „Ökonomie des Mangels“ hat emanzipieren können. Arbeitsfreie Zeit setzt gesellschaftlichen Reichtum voraus; und gesellschaftlicher Reichtum setzt arbeitsfreie Zeit voraus. Denn „was ist Reichtum anders, als die im universellen Austausch erzeugte Universalität der Bedürfnisse, Fähigkeiten, Genüsse, Produktivkräfte etc. der Individuen? Die volle Entwicklung der menschlichen Herrschaft über die Naturkräfte, die der sogenannten Natur sowohl, wie seiner eignen Natur?“[15] Aber andererseits: Der Reduktion der Arbeit und der Schaffung von disposable time muß Arbeit und „die Industrialisierung muß der Entwicklung menschlicher Bedürfnisse und Befriedigungen“ vorausgehen.[16]

Den Anspruch sozialistischer Rationalität (nicht im undialektisch entscheidungstheoretischen Ziel-Mittel-Verhältnis, sondern unter dem umfassenden Gesichtspunkt von Fortschritt und menschlicher Emanzipation) einzulösen, konnte in einer armen, ja sogar rückständigen Gesellschaft, wie die Sowjetunion nach der Revolution von 1917 es war, nicht unmittelbares Ziel sein. Der sozialistische Staat mußte sich seine ökonomische Basis durch forcierte Industrialisierung schaffen und das erforderte: angestrengte Arbeit aller Mitglieder der Gesellschaft, Arbeitsteilung mit der Tendenz zur Herausbildung von Herrschaftsteilung, Ungleichheit der Entlohnung usw. Es sind demnach objektive Bedingungen, die eine Affi-

[14] Karl Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, Berlin 1953, S. 595.
[15] Karl Marx, Grundrisse . . ., S. 387.
[16] Herbert Marcuse, Der eindimensionale Mensch, Neuwied und Berlin 1967, S. 38.

nität zwischen sozialistischer Akkumulation und gesellschaftlicher Bürokratisierung konstituieren. Dennoch kann aus diesen objektiven Bedingungen keine unausweichliche Notwendigkeit abgeleitet werden. Denn auch in der Phase der ursprünglichen sozialistischen Akkumulation kann der historische Stellenwert von Arbeit überhaupt bewußt werden: als produktive Arbeit nicht nur zum „Aufbau des Sozialismus in einem Lande" sondern als produktive Arbeit zur Konsolidierung von, im Weltmaßstab betrachtet, „befreiten Gebieten", von denen aus der antiimperialistische Kampf forciert werden kann. Mit der Verkündung der „Trostlehre" (Eugen Varga) oder der „Glanzleistung der Mythenschöpfung" (Leo Trotzky) vom „Sozialismus in einem Land" wurde aber gerade das transitorische Moment der sowjetischen Revolution verdrängt: ihr von Lenin ständig betonter Charakter als Beginn der Weltrevolution.

Bürokratische Machtausübung, friedlicher Wettbewerb mit dem Kapitalismus, Steigerung ökonomischer Effizienz als Inhalt sozialistischer Rationalität fallen heute in eins zusammen. Das Ziel der Befreiung von nicht notwendiger Arbeit ebenso wie die Aufgabe der Weltrevolution können erst dann wieder in den Gesellschaften der Übergangsperiode formuliert werden, wenn die selbstbewußt-selbsttätigen Massen die Bestimmung ihrer Ziele übernommen haben.

Bei der Beurteilung des ökonomischen Wachstums in einer Gesellschaft kommt es nicht allein auf die absolute und relative Größe des Nationalprodukts, sondern auch auf seine materielle Zusammenetzung an. In ihr, d.h. letztendlich in der Verteilung der Produktion auf Konsumtion und Akkumulationsfonds sowie in der Richtung von Akkumulation und Konsumtion spiegeln sich die gesellschaftlichen Präferenzen wider. Diese Präferenzen brauchen nicht den Bedürfnissen der Massen kongruent zu sein, wenn der Plan durch eine Bürokratie erstellt wird und die Gesellschaft von seiner inhaltlichen Bestimmung und Kontrolle ferngehalten wird. Allerdings müssen die Inhalte bürokratischer Planung nicht notwendigerweise mit den gesellschaftlichen Interessen konfligieren. Das gilt für eine Periode, in der gesellschaftliche Interessen dergestalt divergent sind und so unzureichend artikuliert werden, daß bewußte ökonomische Entwicklung nur durch bewußte Aktivität einer substitutionalistischen Gruppe ermöglicht wird. Eine solche Gruppe trägt allerdings die Tendenz in sich, sich gegenüber den gesellschaftlichen Interessen zu verselbständigen, Gesellschaft zum Objekt ihrer Behandlung im Sinne der Realisierung von Partialinteressen zu degradieren.

Die Bürokratie in der Übergangsgesellchaft kann ihre Rechtfertigung vor allem aus von ihr organisierter ökonomischer Effizienz gemessen in wirtschaftlichen Wachstumsraten ableiten. Hohe Wachstumsraten lassen sich aber in der Periode sozialistischer Akkumulation vor allem durch Entwicklung der Produktionsmittel produzierenden Abteilung erreichen.[17]

[17] Diese Aussage gilt lediglich in der langen Frist. Die wirtschaftliche Wachstumsrate ist abhängig von der Kapitalproduktivität der investierten Fonds,

Die damit notwendigerweise verbundene Einschränkung und Vernachlässigung der Konsumtion wird heute als historische Rechtfertigung für den autoritären Charakter zentralistischer Wirtschaftsplanung in der UdSSR und den Ländern des Ostblocks zitiert (vgl. Zitat von Gorz). Die vorrangige Entwicklung der Abteilung I, von der Bürokratie heute zum Gesetz erklärt („Gesetz der vorrangigen Entwicklung der Abteilung I") ist somit Methode auch zur Perpetuierung und Stabilisierung ihrer Herrschaft. Eine Gesellschaft aber, die auf die aktive Mitwirkung aller Produzenten angewiesen ist, kann die „vorrangige Entwicklung" nicht zum Gesetz erklären, da solidarische Aktivität der Individuen nur zu erwarten ist, wenn die Produzenten auch ihre Bedürfnisse direkt formulieren können und deren Befriedigung durch eine den Möglichkeiten entsprechende Konsumtionsstruktur gesichert ist. Das heißt aber, daß in der Phase sozialistischer Akkumulation und der historisch bedingten vorrangigen Entwicklung des Produktionsmittelsektors, tendenziell der „Vorrang" eingeschränkt werden muß und in einem dem Stand der Produktivkräfte entsprechenden Umfang die Konsumtionsmittel gemäß der Bedürfnisstruktur der gesellschaftlichen Individuen produziert werden müssen.

So wie die gesellschaftliche Effizienz lediglich quantitativ anhand von Produktionskennziffern gemessen wird, so werden die Individuen dem Prinzip quantitativer Leistungssteigerung unterworfen. Für die Arbeiter wurde daher ihre Arbeitsleistung Bewertungskriterium, vor allem was ihren gesellschaftlichen Status anbelangt: Stachanov und Hennecke erhielten sowohl überdurchschnittlichen Lohn als auch Orden. Materielle und Prestigeanreize summierten sich zu den einzigen Leistungsstimuli, da gesamtgesellschaftliche Bezugspunkte, Bewußtsein und Praxis als *gesellschaftliches* Individuum fehlten. Für die Bürokratie zählte die Bruttoproduktion — all die langweiligen Rechenschaftsberichte auf diversen Parteitagen und die Parteipropaganda mit Wachstumsraten legen davon trostloses Zeugnis ab —, wobei es der Bürokratie solange relativ gleichgültig war, zu welchen Kosten Produktionssteigerungen erziehlt wurden, wie hohe Wachstumsraten überhaupt gewährleistet werden konnten [18].

bzw. der Rückflußfrist der Investitionen. Sie ist umso höher, je geringer die Rückflußfrist; aber die Rückflußfrist, bzw. der Kapitalkoeffizient (der lediglich Ausdruck für die Rückflußfrist ohne Zeitdimension ist) ist abhängig von der Struktur aller produktiven Fonds einer Volkswirtschaft. Daraus läßt sich ableiten, daß die Produktivität eines Einzelprojekts nicht ohne Rückgriff auf die Komplementärprojekte kalkuliert werden kann. Wenn Komplementarität der Produktionsstruktur nicht bereits aufgrund hohen Industrialisierungsgrades existiert, dann muß der Komplementaritätszusammenhang erst hergestellt werden. Das aber erfordert Entwicklung der Produktionsmittel erzeugenden Industrien.

[18] Josef Goldmann schreibt, daß in der Sowjetunion „Maximierung des Ausstoßes eher als Minimierung der Einsätze die vorherrschende Überlegung wurde. Das Erreichen bestimmter Produktionsziele und der Aufbau der erforderten industriellen Kapazität, gleichgültig zu welchen Kosten und in der kürzest mögli-

Die ökonomischen Grenzen bürokratisch-zentralistischer Planung

So erfolgreich unter den selbstgewählten Kriterien die bürokratisch-zentralistische Leitung auch zeitweise ist, so ist in ihr heute bereits die Tendenz zum Überflüssigwerden der Bürokratie, ausgedrückt in wachsender Ineffizenz, angelegt. Es kommt der Moment, wo sie selbst ihrem eigenen Rechtfertigungskriterium, den hohen wirtschaftlichen Wachstumsraten, nicht mehr gerechnet wird. Seit 1960 etwa zeigt sich in allen osteuropäischen Ländern eine auffällige Abnahme der rasanten Steigerungsraten und das Einschwenken auf einen niedrigeren Wastumstrend.

Jährliches Wachstumstempo der industriellen Bruttoproduktion in den COMECON-Ländern in vH.

Jährliches Wachstumstempo der industriellen Bruttoproduktion in den COMECON-Ländern in vH

Jahr	Alb.	Bulg.	DDR	Mong.	Pole	Rum.	CSSR	UdSSR	Ungarn
57	26	16	7	—	10	8	10	10	16
58	20	20	12	—	9	10	11	11	10
60	11	13	8	27	11	16	12	10	13
61	7	12	7	25	10	16	9	9	10
62	7	11	6	14	9	14	6	10	8
63	—	11	4	7	5	12	—0,6	9	7

Quelle: Statistisches Jahrbuch der DDR, 1965.

Die in den späten 50er Jahren einsetzende Wachstumsverlangsamung in den osteuropäischen Ländern ist einerseits der systemindifferenten Erscheinung des Endes der Rekonstruktionsperiode nach dem zweiten Weltkrieg [19], andererseits aber spezifischen Faktoren, die sich aus der bürokratischen Struktur ökonomischer Leitung ergeben, zuzuschreiben. Dafür sind vor allem zwei Tendenzen verantwortlich, die sich immer mehr als negative herausgestellt haben: 1. Mit der Entwicklung der Produktivkräfte durch zentrale Planung entstanden Bedingungen, die die Durchsetzung von bürokratisch fixierten Zielsetzungen immer ungünstiger gestalteten. Zentralistische Planung ohne Produzentendemokratie d. h. Arbeiterselbstverwaltung der einzusetzenden Mittel auf betrieblicher Ebene und Kontrolle zentraler Entscheidungsträger und ihrer Entscheidungen auf allen betroffenen Ebenen der Wirtschaft und Gesellschaft reduziert sich notwendigerweise auf die Vorgabe von Bruttokennziffern,

chen Zeit, waren Kriterien von höherem Rang als ökonomisches Kalkül wie es gewöhnlich unter normalen Bedingungen angewendet wird." Josef Goldmann, Short- and Long-term Variations of Growth Rate and the Model of Functioning of a Socialist Economy, in: Czechoslovak Economic Papers, Nr. 5, Prague 1965, S. 36.

[19] Franz Jânossy, Am Ende der Wirtschaftswunder, Budapest 1965 (Manuskript); erscheint demnächst im Verlag neue kritik.

die von den Betrieben zu erfüllen sind, wobei der Autonomiebereich der Betriebe möglichst gering sein muß. Jede Vorgabe von Nettowerten — etwa Surplus zwischen Aufwand und Ertrag, um es betriebswirtschaftlich auszudrücken, — hätte einen so großen Autonomiebereich der Betriebe erfordert, daß der zentralistisch vorgegebene Plan nicht hätte realisiert werden können[20]; die Möglichkeiten der selbsttätigen Gestaltung von Produktionsinputs und auch -outputs wäre zu groß gewesen, um in einem zentralistischen, alle Größen umfassenden Plan integriert werden zu können. Mit der Entwicklung der Produktivkräfte im Verlauf sozialistischer Akkumulation aber mußte die bürokratische Kennziffernvorgabe von zentraler Stelle aus zu Fehlleitungen der ökonomischen Ressourcen führen, die sich als wachstumsretardierend herausstellten.

2. Die Vergeudung produktiver Ressourcen innerhalb des Systems zentraler Planung, zwar als Problem auch von den Bürokratien gesehen und beklagt und in den Zeitungen kritisch karikiert, konnte innerhalb des zentralistischen Systems nicht aufgehoben werden trotz exemplarischer Bestrafungen der für Vergeudung verantwortlichen Betriebsdirektoren oder immer schärferer Kontrollbestimmungen. Denn zentrale Planvorgaben, an deren Erfüllung zwar die Bürokratie, nicht aber das betriebliche Management und die Arbeiter unmittelbar interessiert sind, ziehen ein ganzes Kontrollsystem hinterher. Sie weiten sich zu einem immer unübersichtlicher und kostspieliger werdenden Kennziffernsystem aus, das schließlich in der Sowjetunion in den betrieblichen Plänen zum Teil 40 000 bis 60 000 verschiedene Kennziffern umfaßte[21] und damit zu einem Hemmnis nicht nur der Produktion sondern auch der bürokratischen Kontrolle wurde, die es eigentlich gewährleisten sollte. Das Kontrollsystem der Bürokratie verwandelte sich so in ein System, mit dem Kontrolle unwirksam und schädlich wurde. Diese Entwicklung stand sowohl dem Kriterium sozialistischer Rationalität als auch dem bürokratischen Effizienzkriterium entgegen. Sie wurde auslösendes Moment für die schon lange schwelende ökonomische Debatte über die Adäquanz des zentralistischen Leitungsmodells.

[20] Denn nur wenn bereits in der inhaltlichen und formalen Planaufstellung die Bedürfnisse der Bevölkerung durch ihre Beteiligung daran impliziert sind, kann der zentrale Plan auf rigide Vorgaben verzichten. Die Notwendigkeit von Autonomiebegrenzungen zur Durchsetzung zentraler Vorgaben ist immer ein Indiz für das nicht-demokratische Zustandekommen von Plänen. Autonomie der Betriebe ist somit auch nicht in jedem Fall kapitalistisches Prinzip, wie Paul M. Sweezy in Monthly Review, Oktober 1968, S. 6 behauptet, da Autonomie gegenüber einer bürokratischen Zentrale demokratisches Prinzip im Sozialismus sein kann und eine ganz andere Qualität hat als die kapitalistische Unternehmerautonomie, die lediglich die Möglichkeit des Kapitalisten bezeichnet, mit dem Kapital entsprechend den Verwertungsnotwendigkeiten gegenüber allen Eingrenzungen sowohl von staatlicher Seite als auch gegenüber den Arbeitenden zu verfahren.

[21] W. Dadajan, J. Tschernjak, Was ist ökonomische Kybernetik?, in: Ökonomie und Mathematik, Sonderheft von Sowjetwissenschaft — Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge, Juli 1964, S. 769 ff.

Im September 1962 erschien in der Prawda der berühmt gewordene Artikel von Jevsej Liberman „Plan, Gewinn, Prämie", 1963 veröffentlichten in der CSSR Eugen Löbl und Radoslav Selucky ihre liberalistischen Aufsätze zur ökonomischen Krise und wie man sie beheben könne. Im Juni 1963 verabschiedete man in der DDR die Richtlinien für das NÖSPL. Die ungarische Reformdiskussion, die schon 1959 zur Einführung von Zinsmechanismen, Profit als synthetischer Kennziffer, und relativer Autonomie der Unternehmen im Außenhandel geführt hatte, wurde neu belebt. 1965 verabschiedete das Septemberplenum des ZK der KPdSU „neue Methoden zur Leitung der Wirtschaft" und seit 1966 sind in allen osteuropäischen Ländern Wirtschaftsreformen im Gange, die auf gemeinsamen Prinzipien aufbauen.

Die zentralistische Wirtschaftleitung wurde in dem Augenblick kritisch diskutiert, als offensichtlich wurde, daß mit zentralistischen Methoden die Macht der Bürokratien in den sozialistischen Staaten ökonomisch nicht mehr reproduziert werden konnte. Die Ineffizienz wurde phänomenologisch dargestellt und theoretisch diskutiert, ohne daß die Grundstruktur des gesellschaftlichen Herrschaftssystems problematisiert worden wäre. Es wurde etwa das Anreizsystem für die „sozialistischen Unternehmensleiter" diskutiert, das zu horrender Ressourcenvergeudung geführt hatte: Wenn es nämlich die Hauptaufgabe des sowjetischen Managers war, den Plan zu erfüllen, wobei er nach einer Anzahl von Planindikatoren beurteilt und belohnt wurde, dann hatte der Manager ein naturwüchsiges Interesse daran, einen möglichst „leichten" Plan zu erhalten, um auf diese Weise leichter in den Genuß von Prämien für Planübererfüllung zu gelangen. Es ist evident, daß diese Situation, die von der Planbürokratie induziert wurde, nicht nur zur Vergeudung von produktiven Möglichkeiten, sondern vor allem zur Korrumpierung (des Bewußtseins) geführt hat. Der Plan, der zwar immer noch ein gesellschaftliches Interesse ausdrückte, wurde partialisiert und mit den individuellen Interessen des Managements dergestalt verbunden, daß antisoziales Handeln und Verhalten noch durch die Gesellschaft mittels Prämien belohnt wurde. Es sei ausdrücklich betont: dieser Skandal ist sicher nicht dem Prinzip zentraler Planung anzukreiden, wie es viele der Reformtheoretiker heute versuchen, sondern dem Mangel an Produzentendemokratie, durch die allein es möglich gewesen wäre, sowohl Planbürokratien bei der Festlegung unrealistischer Kennziffern als auch Betriebsbürokratien bei der Aufstellung von „leichten" Plänen zu kontrollieren. Diese Mechanismen verstärkten bereits das in jeder Bürokratisierung angelegte Moment der „sozialen Desintegration"[22], d. h. sie bestärkten die aus der kapitalistischen Gesellschaft überkommenen Strukturen der „Gesellschaft vieler Einzelner". Solidarität wurde als abstraktes Prinzip gefeiert, während in der Produktion ein irrationales Leistungsprinzip seine Herrschaft über den

[22] So Paul M. Sweezy und Leo Huberman, in Monthly Review, 1965, S. 812 f.

Menschen konsolidieren konnte und ihn permanent in den gesellschaftlichen Zustand des einzelnen zurückwerfen mußte. Aber auch hier wurde aus der Not der Industrialisierung und der angestrengten Arbeit eine Tugend gemacht durch einfache Beifügung eines Attributs: sozialistischer Wettbewerb.

Aber die bürokratische Wirtschaftsplanung und ihre ideologischen Implikationen zeitigten noch weit groteskere Irrationalitäten, die selbst innerhalb bürokratischer Begrifflichkeit als irrational eingestuft werden mußten: Werden nämlich die Bruttokennziffern mengenmäßig (z. B. in Tonnen) den Betrieben vorgegeben, dann liegt das Interesse der Betriebe daran, möglichst schwere Güter zu erzeugen. Wo der technische Fortschritt die Verwendung von leichten Metallen fordert, da wurden schwere Stahl- und Eisenplatten verwendet. „Eisenfresserei" nannte man in der Sowjetunion diese Erscheinung. Wurden die Bruttokennziffern aber wertmäßig vorgegeben, dann war die Erzeugung möglichst teurer Produkte, die Verwendung möglichst teurer Materialien die Konsequenz. Und das alles nicht aus Böswilligkeit irgendwelcher betrieblichen Entscheidungsgremien, sondern weil die Planerfüllung gesellschaftlich irrationales Verhalten erzwang. Auf einen kurzen Nenner gebracht: Die Bruttoproduktion ließ sich auf sehr einfache Weise steigern: durch Verwendung von mehr und kostspieligem Material.

Damit war der Nebeneffekt verbunden, daß die Betriebe keinen Ansporn zur Förderung neuer technischer Verfahren hatten. Manfred Rexin gibt dafür ein Beispiel[23]: „Seit vierzehn Jahren lieferte das (Lichatschow-Automobilwerk — d. Verf.) einen Vier-Tonnen-Lastwagen, der nur geringfügig modernisiert worden war. Der Betrieb erfüllte alle Jahre seine Pläne, nahm in Wettbewerben einen führenden Platz ein und schüttete an seine Arbeiter regelmäßig Prämien aus. Auf dem XXII. Parteitag im Oktober 1961 erregte sich Chruschtschow darüber, daß seit sechs Jahren ein neuer Wagentyp vorbereitet werde, ohne daß ein Ende der Projektierung abzusehen war. Aufgeschreckt durch Chruschtschows scharfen Tadel machten sich die Ingenieure des Lichatschow-Werkes daran, den neuen Typ in die Serienproduktion aufzunehmen. Alsbald änderte sich die wirtschaftliche Lage des Betriebes völlig. Die Pläne wurden nicht mehr erfüllt, der Wettbewerb versagte, die Löhne sanken beträchtlich ab — und das, obwohl im Werk auf Hochtouren gearbeitet wurde ... Warum? Weil in der Zeit der Vorbereitung einer neuen Produktion lediglich die Ergebnisse der laufenden Produktion, der Ausstoß von Kraftfahrzeugen, berücksichtigt wurde." Die Rate des technischen Fortschritts in den sozialistischen Ländern blieb daher, obwohl immer noch sehr hoch, unter den Möglichkeiten. Die wachsende Divergenz zwischen Möglichem und Wirklichem ist von der bürokratischen Leitung verursacht.

[23] In: atomzeitalter, Heft 6/7, 1965, S. 179 f. Vgl. auch Alec Nove, Die sowjetische Wirtschaft, Wiesbaden o. J., insbesondere S. 174 ff.

Die sozial desintegrierende Konsequenz des bürokratisch-zentralistischen Leitungsmodells hat der sowjetische Ökonom W. W. Nowoshilow zusammengefaßt: „Die einseitige Orientierung der Produktion auf die Erhöhung der Quantität löst ... im Gesamtmaßstab Kräfte aus, die dieser Erhöhung entgegenstehen; denn während ein einzelner Betrieb seinen Plan der Brutto- oder Warenproduktion durch überhöhten Materialverbrauch und auf Kosten der Qualität der Erzeugnisse übererfüllen kann, ist die Gesamtproduktion in der Volkswirtschaft eng mit den Kennziffern der Ausnutzung der Ressourcen verbunden. Hieraus folgt, daß Betriebe, die ihr Produktionsprogramm ohne Rücksicht auf die qualitativen Kennziffern bewältigen, die Erfüllung des Produktionsprogramms der Volkswirtschaft insgesamt erschweren oder unmöglich machen. Überflüssiger Arbeitsaufwand und unnötiger Verbrauch von Produktionsmitteln in dem einen Betrieb bedeutet doch, daß in anderen Betrieben diese Kräfte und Mittel für die Erfüllung ihrer Produktionspläne fehlen. Das Bestreben, den Plan der Bruttoproduktion, der Warenproduktion oder des Produktionsumfangs durch einen erhöhten Materialverbrauch zu erfüllen, führt daher letztlich zur Nichterfüllung der quantitativen Kennziffern des Volkswirtschaftsplanes."[24] Hier wird in der ganz an ökonomisch-isolierten Rationalitätskriterien orientierten Sprache der Hauptaspekt der Kritik am zentralistischen Modell formuliert: Obwohl die zentralistische Planung schon vom Begriff her gesamtgesellschaftliche Ansprüche durchzusetzen intendierte, erwies die Realität bürokratischer Monopolisierung zentraler Entscheidungen die Illusion dieses Anspruchs: Wenn einerseits vorgegeben wird, im gesamtgesellschaftlichen Interesse zu entscheiden und zu handeln, andererseits aber der Gesellschaft verwehrt ist, an Entscheidungen teilzunehmen, dann herrschen partielle Interessen vor, die einerseits das gesamtgesellschaftliche Interesse zu vertreten beanspruchen, andererseits aber die Irrationalität dieses Anspruchs selbst verursachen.

Wirtschaftsreformen als Bürokratiereformen

Da das zentralistische System für die negativen Erscheinungen im Verlauf des wirtschaftlichen Wachstumsprozesses verantwortlich gemacht, der bürokratische Charakter dagegen nicht oder nur am Rande in Frage gestellt wurde und mit dem Konzept der extensiven und intensiven Periode noch eine Rechtfertigungsideologie für die vergangene Periode geliefert wurde, konnte die isolierte Reform des Wirtschaftsmechanismus[25]

[24] W. W. Nowoshilow, Gesetzmäßigkeiten bei der Entwicklung des Leitungssystems in der sozialistischen Wirtschaft, in: Sowjetwissenschaft — Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge, Jahrg. 1966, Heft 5, S. 467.

[25] Allein der Ausdruck „Wirtschaftsmechanismus" ist bereits bezeichnend; in Ungarn heißen denn auch die Reformen „neuer Wirtschaftsmechanismus" und die elf Kommissionen, die sich mit Einzelproblemen beschäftigen „Mechanismuskommissionen". Die isoliert-ökonomische Problemstellung und die Ausklammerung gesellschaftlicher Problematik wird in den Begriff hineingelegt.

in Angriff genommen werden. Die gegebene gesellschaftliche Machtverteilung und Struktur sollte grundsätzlich unangetastet bleiben; ihre Krise sollte überwunden werden. Man unternahm Wirtschaftsreformen, um die anhängige Gesellschaftsreform nicht vollziehen zu müssen. Die herrschenden Gruppen konnten Reformen nur als isolierte Wirtschaftsreformen initiieren, da sie sonst die Basis ihrer Herrschaft selbst in Frage gestellt hätten.

Das Grundprinzip der Wirtschaftsreformen besteht darin, daß die Bürokratie sich „dezentrailsiert", wenn sie ihre Ineffizienz in ihrer zentralistischen Form konstantieren muß. Diese Dezentralisierung ist das Substrat der Wirtschaftsreformen. Das zeigt sich im Wirtschaftsmechanismus der neuen ökonomischen Systeme übereinstimmend in allen sozialistischen Ländern — was auf die Gemeinsamkeit der Grundproblematik verweist —, während die jeweiligen Ausprägungen und Probleme nationalen Besonderheiten, der Ungleichzeitigkeit der Entwicklung zuzuschreiben sind.

Wenn die zentrale Bürokratie sich dezentralisiert[26], dann erfordert das die Abstimmung relativ autonomer dezentraler Entscheidungen, denn „kleine" Entscheidungen dezentraler Entscheidungsträger müssen sich gesamtgesellschaftlich so zu „großen" Entscheidungen mit „großen" Ergebnissen aggregieren, daß die gesellschaftliche Zielfunktion realisiert wird. Da es bei zentralistischen Entscheidungen das Problem der „kleinen" Entscheidung formell nicht gibt, bedarf die Gesellschaft auch keines zusätzlichen Mechanismus der Abstimmung vieler Entscheidungen. Vielmehr wird diese Abstimmung in den Entscheidungen ex ante bereits vollzogen.[27] Dezentrale Entscheidungsträger mit der Möglichkeit autonomer Handlungsweisen dagegen müssen durch einen Mechanismus ex post, d. h. aber durch den Markt, abgestimmt werden. Je größer die Autonomie, desto größer auch die Bedeutung des ex post-Abstimmungsmechanismus. Die Einführung marktwirtschaftlicher Prinzipien in Gesellschaften der Übergangsperiode hat somit seine Ursache nicht in der Überlegenheit kapitalistischer Prinzipien sondern in der bürokratischen Struktur der Gesellschaften der Übergangsperiode. Die als Fortschritt gepriesene Anwendung „sozialistischer Marktbeziehungen", die angeblich den Plan vervollkommnen soll, ist also nichts anderes als Konsequenz der dezentralisierten Bürokratie mit den Weiterungen, die sich aus dem Marktprinzip wiederum ergeben.

[26] Auch die zentralistische Planbürokratie hatte dezentralisierte Ausleger; aber diese Ausleger waren voll in eine einheitliche Hierarchie integriert und nicht relativ autonom, wie es innerhalb der neuen ökonomischen Systeme heute der Fall ist.

[27] Vgl. dazu vor allem das erste Kapitel von Maurice Dobb, Ökonomisches Wachstum und Planung, Frankfurt und Wien 1968. Auch Alfred A. Kahn, The Tyranny of Small Decisions: Market Failure, Imperfections, and the Limits of Economics, in: Kyklos, 19, Fasc. 1, S. 23 ff.

Die mit der Dezentralisierung der bürokratischen Entscheidungsträger in den betrieblichen Managements verbundene Institutionalisierung marktwirtschaftlicher Steuerungsprozesse soll erklärtermaßen die individuellen, die einzelwirtschaftlichen und die gesellschaftlichen Interessen in Kongruenz bringen. Stellvertretend soll Nemčinov zitiert werden: „Das Gesamtsystem der Modellierung ökonomischer Prozesse muß insgesamt folgendes wichtige Prinzip verwirklichen: Alles das, was der Gesellschaft insgesamt nützlich und von Vorteil ist, muß auch für die einzelnen Produktionszellen, d. h. für die Betriebe und deren Produktionskollektive nützlich und von Vorteil sein."[28] Die Anwendung des Marktmechanismus soll demnach gesellschaftliche Interessendivergenzen, die im bürokratischen Plansystem aufgrund der zugrundeliegenden bürokratischen Sonderinteressen nicht behoben werden konnten, ausschalten; genau wie einst die Liberalen davon ausgingen, daß die invisible hand die natürliche Ordnung der private vices = public benefits (Bernard de Mandeville) herstellt. Das System ökonomischer Hebel und die materielle Interessiertheit sollen im Sinne einer solchen invisible hand funktionieren. Das System ökonomischer Hebel — es umfaßt das System der Preise, Löhne, Kredite, Zinsen, Produktionsfondsabgaben, Gewinne usw. — soll den betrieblichen Managements „richtige Informationen" für „richtiges Handeln" vermitteln. Damit sie auch „richtig handeln", ist das System materieller Interessiertheit eingerichtet, das eine Methode darstellt, „richtiges Handeln" mittels Prämien, Sozialeinrichtungen und dergleichen zu honorieren. Dazu müssen auf der institutionellen Ebene die Unternehmensleitungen relativ autonom sein, um aufgrund der Informationen mittels der auf der funktionellen Ebene wirkenden ökonomischen Hebel Entscheidungen treffen zu können.

Relative Autonomie des Managements impliziert die Notwendigkeit, daß die Orientierung nicht mehr an direkten Bruttokennziffern, sondern an Nettowerten, an einer „synthetischen Kennziffer", wie der polnische Ökonom W. Brus sie nennt, erfolgt. Diese „synthetische Kennziffer" ist der Gewinn, der auf betrieblicher Ebene zu maximieren ist bei grundsätzlicher Manipulierbarkeit diverser Entscheidungsparameter durch das Management. In der mehr oder weniger strengen Eingrenzung dieser Entscheidungsparameter unterscheiden sich die neuen ökonomischen Systeme in den einzelnen osteuropäischen Ländern. Damit wird zugleich der Autonomiebereich[29] der Unternehmen abgegrenzt. Dabei ist von besonderer Wichtigkeit, ob die Produktpreise zentral vorgegeben werden, oder die Festsetzung — nach bestimmten Kalkulationsvorschriften — dem Unternehmen überlassen bleibt. Während in der Sowjetunion, der DDR, Bul-

[28] W. S. Nemčinov, Die Modellierung ökonomischer Prozesse, in: Mathematik und Kybernetik in der Ökonomie, Teil I, Berlin 1965, S. 30.

[29] Vgl. zu den Gemeinsamkeiten und Unterschieden im Autonomiebereich Jerzy Kleer, Polityka (Warschau), 17. 7. 65, 24. 7. 65, 28. 8. 65, 25. 9. 65, 9. 10. 65 und 23. 10. 65.

garien und Polen die Preise zwar reformiert, aber zentral festgelegt werden, ist man in der CSSR und in Ungarn zu einem drei- bzw. vier Kategorien erfassenden Preissystem übergegangen. Neben Festpreisen soll es freie Preise, Maximalpreise und Limitpreise geben.
In der Tschechoslowakei haben die Anteile der festen, freien und Limitpreise folgende Werte:

Tschechoslowakische Einzelhandelspreise 1966 (in Prozent)

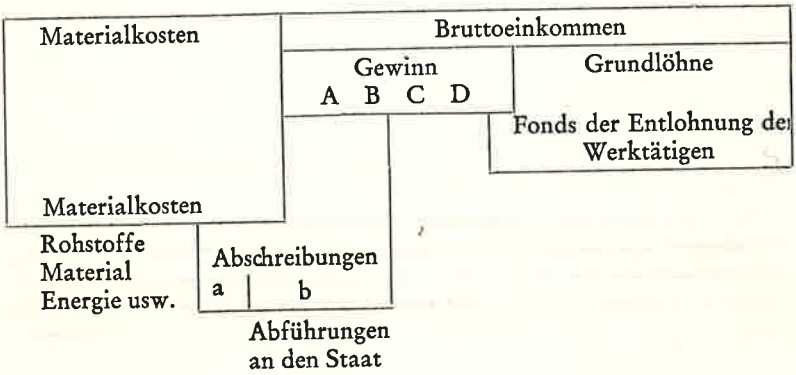
	Festpreise	Limitpreise	freie Preise
Nahrungsmittel	92	5	3
Industriewaren	59	19	22
Dienstleistungen	0	73	27

Quelle: Reporter, 30. 9. 1966, zit. nach Neue Zürcher Zeitung, 1. 4. 1967

Nach Aussage von Ota Šik sollen am Ende der Reform durchschnittlich 40 Prozent aller Preise frei sein[30].
Autonomie und Preisgestaltung bedeutet tatsächlich weitgehende Aufhebung gesellschaftlicher Kontrolle über die Unternehmensstrategien. Nur so konnte es passieren, daß im Gefolge der tschechoslowakischen Preisreform des Großhandels vom Jahre 1967 die Preise nicht um die ursprünglich geplanten 19 vH. sondern im Durchschnitt um 30 vH. heraufgesetzt worden sind und die Betriebe dadurch, ohne ihre Produktivität zu erhöhen, „ungerechtfertigte Gewinne" machten, die auch durch Androhung von Strafen nicht voll vom Staate erfaßt werden konnten.
Ein weiterer wichtiger Parameter, der über den Autonomiegrad der Unternehmen Aufschluß gibt, ist der Lohnfonds. Auch hier ist die CSSR von allen sozialistischen Ländern am weitesten gegangen, indem die Festsetzung der Löhne durch Prämienvergabe auf der Basis garantierter Mindestlöhne dem Unternehmen überlassen wurde. Das Unternehmen sollte den Prämienfonds allerdings erst einmal „verdienen", bevor Prämien an die Werktätigen verteilt werden. Eine nach individueller Leistung differenzierte Prämienaufstellung sollte die materielle Interessiertheit des individuellen Werktätigen mit der materiellen Interessiertheit des Managements und dem System ökonomischer Hebel verknüpfen. Die Integration von ökonomischem Anreizsystem und Leistungsprinzip ist das neue gegenüber der Form des Leistungsprinzips in der zentralen Planung, die ökonomisch nicht integriert war; Hennecke und Stachanow wurden moralische Vorbilder und ihre Leistung diente dazu, auf administrativem Wege die Normen insgesamt zu verändern. Da alle Werktätigen davon betroffen wurden, konnte die Normerhöhung auch keine größeren deni-

[30] In Ungarn sollten nach Ende der Preisreform 1968 der Anteil der Festpreise von 85 Prozent auf 22 Prozent gesenkt werden. Preise mit oberer Grenze sollten für 20 Prozent aller Waren gelten, Limitpreise mit oberer und unterer Grenze betreffen 29 Prozent und freie Preise ebenfalls 29 Prozent aller Waren.

vellierenden Effekte haben. Anders unter dem NÖS, wo Leistungsdifferenzierung unmittelbar zu Lohndifferenzierung, d. h. Denivellierung mit all den daraus sich ergebenden sozialen Konsequenzen führt.
Ähnliche Selbstständigkeit sollte das Unternehmen in der CSSR in bezug auf die Investitionsplanung haben. Nurmehr 25-30 vH. der Industrieinvestition sollten zentral festgelegt werden, der Rest sollte entweder von den Branchenorganisationen geplant werden und die Betriebe, die sie durchzuführen haben, sollten dafür Kredite erhalten oder die Betriebe finanzierten betriebliche Investitionen aus eigenen Mitteln. Die „materielle Interessiertheit" des Unternehmens kann am besten anhand folgenden Schemas verdeutlicht werden, dem der Mechanismus der CSSR zugrundeliegt[31]:



A = Abführungen vom Bruttoeinkommen an den Staat
B = Abführungen an den Grundlagenfonds
C = Kreditzahlungen usw., Eigeninvestitionen
D = Prämienfonds
a = Abschreibungen, die im Unternehmen verbleiben
b = Abschreibungserlöse, die an den Staat abgeführt werden
a und C = Mittel für Eigeninvestitionen
Nach Abführung der Materialkosten vom Umsazerlös verbleibt das Bruttoeinkommen, von dem ein Teil für die garantierten Grundlöhne aufzubringen ist. Der Rest des Bruttoeinkommens ist der Gewinn, der, wie aus dem Schema hervorgeht, an die verschiedenen Fonds und an den Staat aufgeteilt wird. Der Teil D (Prämienfonds) vermittelt die materielle Interessiertheit der Werktätigen, die Teile a und C umschreiben den Investitionsspielraum des Managements. Die sozial ambivalente

[31] Nach einem Schema von Josef Toman, Einführung in die Grundsätze des neuen Systems der planmäßigen Leitung, Prag, März 1965 (hektographiertes, deutschsprachiges Manuskript).

Struktur dieser materiellen Interessiertheit kommt schon darin zum Ausdruck, daß der Gewinn auch dadurch erhöht werden kann, daß der Grundlohnfonds etwa durch Entlassungen verringert wird. Allerdings ist dabei durch administrative Regelungen die Autonomie des Unternehmens eingeschränkt.

Die große Selbständigkeit der Unternehmen hatte für den Plan Konsequenzen, die Ota Sik folgendermaßen umschreibt: „Die Jahrespläne sollen nur in den Betrieben aufgestellt werden, dann zum Zentrum geleitet werden, um zu kontrollieren, ob sie mit dem Fünfjahrplan wirklich übereinstimmen. Wenn jedoch keine Übereinstimmung besteht, soll das zentrale Organ nicht die Möglichkeit haben, die Pläne der Betriebe administrativ zu ändern. Das Zentrum soll lediglich versuchen, durch ökonomische Hebel auf die Betriebe einzuwirken, und nur im Notfall administrativ eine Aufgabe stellen, aber es muß dann auch die ökonomischen Konsequenzen tragen. Wenn das Zentrum etwas von einem Betrieb verlangt, was gegen dessen Interesse gerichtet ist, dann muß das Zentrum für einen etwaigen Verlust des Betriebes aufkommen . . ."[32] Die Priorität der dezentralen Einheit vor der Zentrale kommt hier sehr deutlich zum Ausdruck und in dem Maß der Autonomie der Unternehmen war die CSSR tatsächlich im gesamten Ostblock „führend".

Das System „administrativer Kontrollen", wie die zentralistische Planung häufig genannt wird, wird durch ein System „ökonomischer Mechanismen" ersetzt, weil sich administrative Kontrolle als dysfunktional für schnelles wirtschaftliches Wachstum herausgestellt hat. Eine Alternative gesellschaftlicher, nichtadministrativer, demokratischer Kontrollen auf allen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entscheidungsebenen gerät nicht ins Blickfeld möglicher Reformen. Statt dessen greift die Bürokratie, nachdem sie das sozialistische Prinzip zentraler Planung administrativ als Ausdruck gesellschaftlicher Bewußtheit nicht hat entwickeln können, zur verstärkten Anwendung des Wertgesetzes und nimmt auch die sich daraus ergebenden Konsequenzen in Kauf: Fluktuationen ökonomischer Abläufe in Form von Konjunkturschwankungen, Ablösungen des Prinzips sozialer und individueller Bedürfnisse durch das Prinzip der kaufkräftigen Nachfrage, Denivellierungstendenzen in der Gesellschaft und damit Verstärkung sozialer Ungleichheit, ex post-Anpassung von Produktion und Konsumtion mit allen Konsequenzen nicht-absetzbarer Produktion.

Zwar konnten in allen sozialistischen Ländern durch die Einführung der neuen ökonomischen Systeme die retardierenden Wachstumsraten wieder angehoben werden, wie folgende kleine Tabelle zeigt, aber daraus läßt sich noch keine grundsätzliche Rechtfertigung des NÖS ableiten, wie dies die Bürokraten in Osteuropa tun:

[32] Ota Šik, Das neue Verhältnis zwischen Wirtschaftsplanung und Marktmechanismus in der CSSR, in: Probleme zentraler Wirtschaftsplanung, hrsg. von Kurt Wessely, München 1967, S. 60.

Jährlicher Zuwachs des Nationaleinkommens

	1960	1963	1964	1965	1966	1967
Sowjetunion	8,0	4,2	7,0	6,0	7,5	6,7
CSSR	8,8	—2,1	0,9	2,5	7,0	8,0
Polen	2,5*	5,5	5,0	6,0	6,0	6,0

* 1962

In den Wachstumserfolgen nach der zentralistischen Phase kommt weniger der Erfolg der NÖS als der Mißerfolg der zentralistisch-bürokratischen ökonomischen Leitung zum Ausdruck.

Extensive und intensive Entwicklungsphase

Zur Rechtfertigung sowohl des zentralistischen Leitungssystems als auch der Notwendigkeit seiner gegenwärtigen Ablösung durch dezentrale Leitung sowie zur Reduzierung der gesamten Problematik, die mit bürokratischer Herrschaftsausübung in der Ökonomie verbunden ist, wird die Wirtschaftsgeschichte der osteuropäischen Länder nach dem zweiten Weltkrieg in eine extensive und in eine intensive Entwicklungsphase eingeteilt. In der extensiven Phase war demnach zentralistische Planung das einzig adäquate Mittel zur schnellen Mobilisierung der Ressourcen, in der darauf folgenden intensiven Phase aber müssen dezentrale Leitungsmethoden angewendet werden, um der wachsenden ökonomischen Kompliziertheit gerecht werden zu können.

Die Begriffe gehen auf Karl Marx zurück, der im zweiten Band des Kapital schreibt, „daß die Akkumulation, die Verwandlung von Mehrwert in Kapial, ihrem realen Gehalt nach Reproduktionsprozeß auf erweiterter Stufenleiter ist, ob diese Erweiterung extensiv in Gestalt der Zufügung neuer Fabriken zu den alten, oder in der intensiven Ausdehnung der bisherigen Stufenleiter des Betriebs sich ausdrücke“[33]. Während hier die Begriffe lediglich mikroökonomisch angewendet werden, dienen sie heute als makroökonomische Erklärungsmuster: intensiv ist wirtschaftliches Wachstum, wenn es durch einfache *quantitative* Erweiterung der Wachstumsressourcen (Arbeitskräftezustrom aus der Landwirtschaft, Kapitalerweiterung ohne technische Methoden zu ändern) erfolgt; extensiv ist es, wenn die Wachstumsressourcen *qualitativ* sich ändern und durch Produktivitätsfortschritt Wachstum erzielt wird (Veränderte Qualifikationsstruktur der Arbeitskräfte; technisch verbesserte Produktionsmittel[34].)

[33] Karl Marx, Das Kapital, Bd. II, Berlin 1961, S. 320.

[34] Die Begriffe entsprechen somit den in der Nationalökonomie gebräuchlichen Begriffen des „capital widening“ und des „capital deepening“. Vgl. dazu auch Charles Bettelheim, Problèmes théoriquies et pratiques de la planification, Paris 1966, S. 166.

Gerade aber die Anwendung des Konzepts auf volkswirtschaftliche Größen ist äußerst problematisch. Denn eine Phase, in der Wachstum nur extensiven oder nur intensiven Faktoren zu verdanken ist, gibt es nicht. Zwar läßt sich statistisch mittels Faktorenanalyse das Wachstum ungefähr den verschiedenen Wachstumsfaktoren „zurechnen", aber damit ist noch nichts bewiesen: abgesehen von der Problematik der Zurechnung durch Aufgliederung einer synthetischen, komplexen Größe wie es die wirtschaftliche Wachstumsrate ist, in einzelne Komponenten, wird so lediglich ein tatsächlicher Ablauf der wirtschaftlichen Entwicklung gekennzeichnet. Was bewiesen werden soll, nämlich die Abhängigkeit zentralistischer Planung von der „natürlichen" extensiven Periode, kann nämlich auch in umgekehrtem Zusammenhang gesehen werden: Die extensive Weise wirtschaftlichen Wachstums mit den seit Jahren in den sozialistischen Ländern sichtbar werdenden negativen sozioökonomischen Folgen als Ergebnis und nicht als Ursache zentralistisch-bürokratischer Planung. Wird diese Dimension bei der erwähnten Periodisierung nicht berücksichtigt, dann erhält das Konzept apologetische Züge.

Eine lediglich ökonomisch und nicht sozioökonomisch begründete Scheidung in eine extensive und eine intensive Phase kann auch in der ökonomischen Argumentation nicht durchgehalten werden. Denn die Unangemessenheit von zentralistischer Planung gegenüber den Wachstumserfordernissen einer entwickelten Volkswirtschaft ist nicht Ursache für ökonomische Ineffizienz, sondern der Widerspruch zwischen bürokratischer Herrschaft und der notwendigen Aktivität und Beteiligung der Produzenten zur Erweiterung der Produktion. Dieser Widerspruch findet im zentralistischen Leitungssystem lediglich *einen* Ausdruck. Der Versuch der Heilung durch Dezentralisierung oder Übergang zu Methoden der Vermittlung von Markt und Plan bedeutet eine bloße Heilung an der Oberfläche, die zu neuen Widersprüchen und Fehlfunktionen Anlaß geben muß. Eine mechanische Abhängigkeit von Wirtschaftsstruktur und Wachstumsfaktoren einerseits und der Planmethode andererseits ist nicht vorhanden. Das kommt übrigens auch in Äußerungen zum Ausdruck, wie etwa der folgenden: „Natürlich sollte extensives und intensives Wachstum nicht mechanisch aufgefaßt werden; es sollte auch nicht auf der Grundlage formaler Logik interpretiert werden, daß also das eine oder das andere die ausschließliche Charakteristik einer gegebenen Phase der wirtschaftlichen Entwicklung ist"[35]; oder auch Ota Šik: „Begreiflicherweise handelt es sich nie um eine rein quantitative oder rein qualitative Entwicklung, weil sich beide Arten des Wachstums ergänzen und einander durchdringen ..."[36]. Wenn aber eine genaue Peridiodisierung nicht

[35] Reszö Nyers, in Tarsadalmi Szemle, Juli 1965. Nyers ist Leiter der Mechanismuskommissionen in Ungarn.

[36] Ota Sik, Ein Beitrag zur Analyse der tschechoslowakischen ökonomischen Entwicklung, in: Neue Richtungen in der tschechoslowakischen Ökonomie, Prag, März 1966, S. 4 f. Vgl. auch Ota Sik, Plan und Markt im Sozialismus, Wien 1967, insbes. S. 43 ff.

möglich ist, wenn nicht begründet werden kann, von wann ab intensives Wachstum überwiegt, welchen Wert hat dann eine solche Einteilung als Begründung für den Übergang zu einem „neuen ökonomischen System" gerade Anfang der 60er Jahre?

Die Widersprüche bürokratischer Wirtschaftsreformen

Der bürokratische Glaube an die Möglichkeit, sozialökonomische Probleme durch isolierte Sanierung der Ökonomie lösen zu können, muß sich, wie das Beispiel der CSSR bisher am deutlichsten gezeigt hat, als illusorisch herausstellen. „Wenn Lenin die Poltik als den konzentrierten Ausdruck wirtschaftlicher Prozesse verstand, so folgt daraus, daß Widersprüche auf dem wirtschaftlichen Sektor ihren konzentrierten Ausdruck besonders in der Politik finden können"[37]. Die Widersprüche, von denen hier die Rede ist, ergeben sich aus der Konstruktion des neuen Wirtschaftsmechanismus selbst. Die Abhängigkeit der ökonomischen Effizienz von der materiellen Interessiertheit der Werktätigen impliziert nämlich die Abhängigkeit der Funktionsfähigkeit der Wirtschaft vom Interesse der Massen daran. Damit ist aber in den nach kybernetischen Prinzipien konstruierten Wirtschaftsmechanismus ein Faktor eingebaut, der der bürokratischen Manipulation Grenzen setzt. Die Anstrengung der Bürokratie — das geht auch in unreflektierter Weise aus den Stellungnahmen der Reformer hervor — zielt somit dahin, diesen Unsicherheitsfaktor „Massen" voll in den Wirtschaftsmechanismus zu integrieren. Die bürokratische Integrationsstrategie steht vor folgendem Dilemma: Sie kann die Massen nicht weiterhin in Passivität halten, als willenlose Objekte ihrer Behandlung, da ja das materielle Interesse der Massen Voraussetzung für die Funktionsweise des ökonomischen Systems ist. Es ist schließlich die Erkenntnis aus der administrativ-zentralisierten Phase, daß ohne partielle Aktivierung der Massen auch der ökonomische Prozeß nicht mehr entsprechend den an ihn gestellten Anforderungen funktionieren kann. Die „Massen" können aber auch nicht als selbstbewußt-selbsttätige Massen aktiviert werden, da dadurch bürokratische Herrschaft grundsätzlich in Frage gestellt wird.

Die in den neuen ökonomischen Systemen und den darauf basierenden gesellschaftlichen Modellen diskutierten Lösungen spiegeln diese Problematik exakt wider; die Werktätigen sollen nicht als Massen, sondern als Einzelne aktiviert werden. So schrieb Zdenek Mlynaf[38]: „Ist die Autonomie der Arbeiter durchführbar? Das neue System ist darauf ausgerichtet, den arbeitenden Menschen im Verhältnis zu seiner eigenen (!) ökonomischen Aktivität anzusprechen . . . Daher ist es nur natürlich, daß jedes Individium (!) eine Chance haben sollte zu beurteilen, ob der mit der

[37] Julius Strinka, in Kulturny Zivot, 26. 11. 1965.

[38] In der Pravda (Bratislava), 25. 10. 1967. Vgl. auch den Aufsatz von Mlynaf in nk 48/49, der ebenso widerspiegelt, wie der Theoretiker von der gesellschaftlichen Entwicklung weitergetrieben wird.

Leitung beauftragte ihn gut oder schlecht einsetzt. Wenn zum Beispiel ein Dreher gut arbeitet, die angemessene Zeit einhält, keinen Ausschuß produziert, aber trotzdem Produkte herstellt, die unverkäuflich sind und die die Läger über den Normalstand anwachsen lassen, bezahlen wir ihn, obwohl er keine gesellschaftlich notwendige und nützliche Arbeit leistet. Irgend jemand sollte dafür verantwortlich sein, daß dieser Dreher unnütze Produkte herstellt. Daher muß eine Beziehung dargestellt bestehen, daß die Arbeiter bei der Kontrolle des Managements ein Wort mitzureden haben. Das gilt beispielsweise für die Verantwortlichkeit des leitenden Arbeiters eines Kollektivs. Das sind die Probleme einer sogenannten Produktionsdemokratie, oder der Autonomie der Arbeiter in der Produktion".

Und in dem Aktionsprogramm der KPC vom April heißt es[39]: „Die kommunistische Partei wird sich auch weiterhin auf die Arbeiterklasse verlassen, insbesondere (!) aber auf jene Arbeiter, die durch ihr politisches Bewußtsein, d. h. dadurch daß sie die wirklichen Interessen der Arbeiterklasse tiefgründig begreifen, durch ihre Qualifikation, ihr Verhältnis zur neuen Technik, durch die Rentabilität ihrer Arbeit (!) und durch ihre gesellschaftliche Aktivität zur weiteren Entfaltung unserer Produktion und unserer gesamten Gesellschaft beitragen".

Daraus geht hervor, daß die Rationalität des im Mechanismus angelegten Gesamtprozesses durch die Aktivierung der Arbeiter *mittels* „Produktionsdemokratie" erreicht werden soll. Produzentendemokratie wird also im neuen ökonomischen System instrumentalisiert. Das individuelle Bedürfnis des Arbeiters an der Nützlichkeit des Ergebnisses seiner individuellen Arbeit (innerhalb des arbeitsteiligen Produktionsprozesses) wird als Hebel zur intendierten Gewährleistung der Rationalität des Gesamtsystems in den Mechanismus eingebaut. Das Interesse der Individuen an der Organisierung des Produktionsprozesses entsprechend den von ihnen selbst formulierten Bedürfnissen wird auf diese Weise segmentiert zu einem Interesse an einer vorgegebenen, fremdbestimmten Rationalität. Der Segmentierung der Interessen entspricht die Atomisierung der Arbeiterklasse in Arbeiter verschiedener Qualifikation und Leistung. Zwar wird die Einheit der Arbeiterklasse nach wie vor postuliert, aber durch Lohndifferenzierung, die sich aus dieser spezifischen Form des Leistungsprinzips notwendig ergibt, wird in der postulierten abstrakten Einheit de facto die Konkurrenz zwischen den Werktätigen — individuellen Arbeitern und Kollektiven — herbeigeführt.

Die Widersprüchlichkeit zwischen segmentiertem Arbeiterinteresse und Rationalitäts-, d. h. hier: bloßen Effizienzbestrebungen der Staats- und Wirtschaftsbürokratie reproduziert sich in der Rolle der Gewerkschaften im neuen ökonomischen System. Sie haben in den Jahren seit 1965 in der CSSR Produktionskomitees organisiert, in denen auf betrieblicher Ebene

[39] Zitiert nach: Tschechoslowakische Gewerkschaften, deutschsprachige Monatszeitschrift, Prag, Nr. 6, 1968 (künftig zit. als TG).

die Interessenvertretung der Werktätigen vollzogen wurde[40]. Diese Interessenvertretung ist wiederum funktional auf die Funktionsweise des Systems bezogen, wie es auch aus der Gewerkschaftsideologie selbst hervorgeht: „Das neue System schafft verbesserte Bedingungen, die es den Gewerkschaften erlauben, als eine Übungsschule der Verwaltung und der Durchführung von Operationen, als Schule des Sozialismus (!) zu funktionieren und in immer größerem Maße zu funktionieren[41]." Die Instrumentalisierung der Aktivität wird ideologisch reflektiert, indem Verwalten innerhalb des bürokratischen Systems mit Sozialismus gleichgesetzt wird. Die Programmierung des Interesses an Emanzipation und Sozialismus auf die Rationalität des Wirtschaftsmechanismus hat bereits die veraltete Funktion der Gewerkschaften, als „Transmissionsriemen" des Willens der Parteibürokratie auf die Massen zu dienen, abgelöst. Der Transmissionsriemen ist nicht mehr notwendig, da das herrschaftlich-hierarchische System der zentralistischen Phase dem herrschaftlich-kybernetisch-technischen System intendierter Selbstregulierung des neuen ökonomischen Modells hat weichen müssen.

Bei all seinen zugestandenen Freiheitsbereichen in Ökonomie und Gesellschaft ist das NÖS deshalb nach wie vor ein bürokratisches Herrschaftssystem, weil es tendenziell Individuen und Gesellschaft auf die Herrschafts- und Legitimationsbasis der Bürokratie hin ausrichtet: die Steigerung der ökonomischen Effizienz. Als im Grunde passives, nur begrenzt und kontrolliert aktiviertes Objekt erscheinen die „Werktätigen" im neuen Modell des ökonomischen, politischen und gesellschaftlichen Mechanismus als Einzelne.

Wenn bei einer solchen Umwandlung des sozialistischen Systems von der Ablösung bürokratischer durch technokratische Herrschaft gesprochen wird, so kann damit nur eines gemeint sein: Die Eliminierung der Kategorien von Klassenkampf und Diktatur des Proletariats aus der Selbstdefinition der Bürokratie: „Der Klassenkampf hat aufgehört, das inhärente Motiv für die Kraft der Entwicklung zu sein ..." Es ist jetzt die Aufgabe, „herauszufinden, was das Interesse der Bevölkerung unter dem Aspekt der Gesellschaft als eines Ganzen ist."[42]

Der Versuch der Herrschenden in den sozialistischen Ländern, ihrer Herrschaft den Charakter als Ausführungsinstrument der Diktatur des Proletariats abzustreifen und ihre Legitimationsbasis auf die zweckrationale Einrichtung ökonomischer und gesellschaftlicher Mechanismen zur Entwicklung der Produktivkräfte einzuschränken, hat einen doppelten Effekt.

[40] Im Jahre 1966 gab es mehr als 5500 solcher Komitees mit mehr als 50.000 Mitgliedern, nach Rudé Pravo, 1. Dezember 1966.

[41] So der Sekretär des Zentralrates der Gewerkschaften Hamernik in einem Interview mit Rudé Pravo, 23. 5. 67.

[42] Zdenek Mlynaf, Demokratie heute und morgen, in: Pravda (Bratislava), 25. 10. 1967. Hier reproduziert sich die Theorie vom „Volksstaat", die seit 1961, seit dem 12. Parteitag der KPdSU, in allen sozialistischen Ländern in jeweils modifizierter Fassung offiziell akzeptiert ist.

Mit ihr wird in der Tat etwas von nichtnotwendiger, irrationaler Unterdrückung aufgegeben, da Diktatur des Proletarits als Diktatur der Bürokratie das Leben der Gesellschaft zur Stagnation gebracht hatte. Gleichzeitig versucht die Bürokratie damit auch ihren revolutionären Ursprung und die darin enthaltenen utopischen Momente als Maßstab, an dem ihre gesellschaftliche Realität kritisch zu messen wäre, abzubauen und damit dauerhaft nicht-notwendige, irrationale Unterdrückung verfeinert aufrechtzuerhalten. Die „Technokraten" haben einen neuen, zeitlosen Begriff von Sozialismus definiert: „Jedem nach seinen Leistungen, jedem nach seiner Arbeit[43]". Mit dieser Losung bemühen sie sich um das Interesse und die Aktivität einer Arbeiterschaft, für die „soziale Sicherheit, Gleichmacherei und kärgliche Pflichterfüllung ... synonym für Sozialismus sind[44]." Aber die Reduzierung des emanzipatorischen Interesses der Werktätigen am Produktionsprozeß auf ein materielles Eigeninteresse an der vorgegebenen Rationalität des Systems kann nur so weit gelingen, wie es möglich ist, das materielle Interesse auch zu befriedigen. Die Rationalität des Gesamtsystems muß außer Frage stehen, damit die Aktivierung der Werktätigen partialisiert bleibt. Hier zeigt sich ein eigentümlicher circulus vitiosus, der die eruptive Entwicklung in der CSSR vor allem seit Januar 1968 mitverursacht hat: Der Wirtschaftsmechanismus kann nur funktionieren, wenn die Massen partiell aktiviert und an seiner Effizienz materiell interessiert sind; die Massen sind jedoch auf die Dauer materiell am neuen Wirtschaftsmechanismus nur zu interessieren und partialisierter Aktivität zu halten, wenn der Wirtschaftsmechanismus funktioniert.

Das gleichzeitige Interesse der Bürokratie an einem Funktionieren des Wirtschaftsmechanismus und an *kontrollierter* Aktivität der Arbeiterschaft produziert folglich einen Widerspruch. Wenn es der Bürokratie nicht gelingt, diesen Widerspruch mit hohen wirtschaftlichen Wachstumsraten, d. h. mit garantierten Einkommenszuwächsen zuzudecken (d. h. die Arbeiter zu „bestechen"), dann durchbrechen die geforderten Arbeiteraktivitäten tendenziell die bürokratischen Kontrollen und formieren sich zu tatsächlicher Produzentendemokratie. Die andere Alternative aus der Funktionsunfähigkeit des neuen Mechanismus — nämlich Rückkehr zum administrativ-zentralistischen System — ist historisch nicht mehr möglich. Das hat sich in der CSSR seit 1963 in aller Deutlichkeit gezeigt.

Das Scheitern Novotnys bei seinen Versuchen, das neue ökonomische System auf administrativem Wege verwirklichen, ist weitgehend begründet durch die Skepsis der Bevölkerung gegenüber den Reformen. Denn aufgrund der besonders schweren ökonomischen Krise der CSSR war es der Bürokratie nicht möglich, mit einem schnellen Wirtschaftsaufschwung bei gleichzeitiger Verbesserung der materiellen Lage der Bevölkerung die entstandenen und offenbar gewordenen Widersprüche zu überdecken. Die

[43] A. Frydrich, Die Wirtschaft und das Volk, in: Reportér, 17. 11. 67.
[44] Vaclav Müller, Was ist Sozialismus?, in: Literarni Listy, 23. 5. 1968.

Denivellierungstendenzen der Einkommensstruktur, wobei die Kriterien der Lohndifferenzierung unklar blieben[45], die Stagnation der Reallöhne[46], die Verunsicherung der Arbeitsplätze[47] all das waren Faktoren, die die Massen der Bevölkerung immer mehr in Gegnerschaft zur alten stalinistischen Bürokratie brachten.

Novotny selbst sah nur eine Lösung der ökonomischen und gesellschaftlichen Konflikte: Die Verbesserung der Transmissionsriemen der Macht von oben nach unten, eine bessere Ausbildung der Parteikader, schnelle

[45] Aus einem Brief an die Zeitschrift Reportér, 17. 11. 67: „Wer ist überhaupt in der Lage, auf verantwortliche Weise darüber zu entscheiden, wer mehr und wer weniger verdienen soll?"

[46] In den Jahren 1961—1963 sind die Reallöhne nahezu konstant geblieben, während sie von 1964 bis 1967 um rund 14 Prozent gestiegen sind (nach TG, 6/68). Das Verhältnis von Lohn- und Preissteigerungen wird als Manipulationsinstrument in Erwägung gezogen; die Geldillusion der Arbeiter soll als Stimulus für erhöhte Arbeitsleistungen dienen. So heißt es in einem Artikel von Rudé Pravo, 4. Februar 1968: „Anders als das Konzept fester Löhne und Preissenkungen ist das Konzept steigender Preise und schneller steigender Nominallöhne viel dynamischer. Die Regulierung des Lebensstandards durch parallele Lohn- und Preisteigerungen ist psychologisch viel effektiver als die Politik linearer Preissenkungen. Ein Mann sieht in der Lohnerhöhung eine Anerkennung und Bewertung seiner Arbeit und seiner persönlichen Verdienste, während Preissenkungen eher als ein Geschenk der Regierung an eine anonyme Bevölkerung betrachtet werden."

[47] In den Jahren 1964 und 1965 sind insgesamt 1300 Produktionseinheiten mit 33.000 Beschäftigten geschlossen worden. Von den verbleibenden 10.000 Einheiten waren weitere 1400 mit 60.000 Beschäftigten zur Schließung in den Jahren 1966 bis 1967 bestimmt (Vgl. Rudé Pravo, 24. März 1966). Die Zeitschrift Nova Mysl, Nr. 21, 1967 weist auf Überlegungen hin, „bezüglich der Schaffung einer Reservearmee, deren Zweck in der automatischen Eliminierung aller negativen Symptome exzessiver Beschäftigung besteht, so des Mangels an Disziplin, des Absinkens der Arbeitsmoral, des schlechten Verhältnisses zum sozialistischen Eigentum." Betriebsleitungen mit solchen Überlegungen stießen aber auf den Widerstand der Arbeiter und der Gewerkschaften, die sich auf das Arbeitsgesetzbuch vom Jahre 1966 berufen können: „Eine Organisation kann nur mit der zuvor eingeholten Zustimmung des Betriebskomitees einen Angestellten entlassen oder die sofortige Annulierung seines Arbeitsverhältnisses herbeiführen. Ohne die zuvor eingeholte Zustimmung des Betriebskomitees ist eine solche Auflösung des Arbeitsverhältnisses ungültig ... Wenn das Betriebskomitee es ablehnt, der Organisation die Zustimmung zur Auflösung des Arbeitsverhältnisses mit dem Angestellten durch Entlassung oder sofortige Annulierung zu erteilen, kann die Organisation das entsprechende höhere Gewerkschaftsorgan ersuchen, den Standpunkt des Betriebskomitees zu überprüfen. Wenn das höhere Gewerkschaftsorgan feststellt, daß die Ablehnung des Betriebskomitees im Gegensatz zu den Interessen der Gesellschaft steht, kann es dessen Entscheidung für nichtig erklären und an Stelle des Betriebskomitees der Auflösung des Arbeitsverhältnisses zustimmen." Entlassungen im „Interesse der Gesellschaft" sind also möglich, ohne daß aber die Gesellschaft ausreichende Sicherungsmaßnahmen für die Entlassenen getroffen hätte. Zwar ist aufgrund einer Verordnung vom August 1967 die Zahlung einer Arbeitslosenunterstützung von ca. 60 Prozent des letzten Lohnes geregelt, aber abgesehen von dieser materiellen Verschlechterung impliziert Arbeitslosigkeit zugleich die Einweisung in ein neues Arbeitsverhältnis. Es ist aus diesem Grunde in der CSSR seit 1965 auch zu Streiks gekommen.

Information von oben nach unten, Verstärkung der ideologischen Bearbeitung der Bevölkerung, vor allem der Jugend, Appelle in proletarische Solidarität und Verbundenheit mit der brüderlichen Sowjetunion[48]. Durch Intensivierung der administrativen und manipulativen Tätigkeit der Partei sollten die Widersprüche gelöst werden. Der ökonomische Mechanismus, dessen Prinzip in der kontrollierten Selbsttätigkeit der Werksleitungen und Werktätigen bestand, mußte administrativ von oben befohlen werden. Die autoritäre Fixierung der Betriebsleitungen auf die zentralen Planbehörden stand jedoch dem Befehl, sich nun zu „Managern neuen Typs"[49] zu entwickeln, entgegen. Die Flut von Gesetzen und Verordnungen, die seit der Einführung des neuen ökonomischen Systems die von oben verordnete Selbsttätigkeit des betrieblichen Managements in Gang setzen sollte, schuf eher Verwirrung und demzufolge Inaktivität, statt eine schnelle Belebung der Produktion. Die „Reformer" in der Partei beklagten sich deshalb über die Zunahme der staatlichen Administration[50]. Auch die Manipulierbarkeit der Bevölkerung stieß auf Grenzen: „Wie viele Seiten sind gefüllt worden mit der Erklärung des Neuen Systems. Für euch (!) ist alles fortschrittlich, neu, nützlich. Aber ich weiß nicht, was wirklich fortschrittlich und neu ist, wie es meine Arbeit beeinflussen wird, mein Einkommen, das Leben meiner Familie"[51].

Die Negation der Selbstbestimmung der Arbeiterklasse, die substitutionalistische Wahrnehmung, bzw. Manipulation ihrer Interessen durch den bürokratischen Apparat hatte die Eliminierung der Kategorie gesellschaftlicher Entwicklung und ökonomischen Fortschritts aus dem Bewußtsein der Arbeiter bewirkt. Die Journalisten, die das NÖS propagieren sollten, beklagen sich: „Die Leute reagieren heute mit Gleichgültigkeit oder zumindest Laxheit auf alles, was ihnen die Journalisten erklären wollen über Ökonomie ..." und der Verfasser folgert daraus „wir müssen schwere Fehler gemacht haben bei dem Versuch, die Prinzipien des Neuen Systems des Managements zu erklären"[52]. Das administrative Durchsetzen der ökonomischen Reformen durch die alten Führungskader ist in der CSSR — im Gegensatz zur DDR und der UdSSR — nicht gelungen. Das Scheitern dieses Versuchs durch die alte, personell ungebrochene stalinistische Bürokratie schlug zunächst als interner Konflikt in die KPC zurück. In dieser Situation gewann die Gruppe in der Partei die Ober-

[48] Antonin Novotny, in: Zivot Strany, Nr. 21, November 1967.
[49] In den TG, Nr. 12, 1966 heißt es: „Die tschechoslowakische Ökonomie geht auf das neue Leitungssystem über, von dem wir unserern Lesern laufend berichten. Einen wichtigen Bestandteil dieses neuen Systems bildet die Unternehmungslust, die Kunst vorauszusehen und zu wagen, die Notwendigkeit, elastisch zu reagieren und überdies die Geschicklichkeit, Menschen richtig einzuschätzen und an entsprechende Arbeitsplätze zu verteilen." Diese Aufzählung könnte einem westdeutschen Handbuch für „Führungskräfte" der Wirtschaft entnommen sein.
[50] Vgl. Neue Zürcher Zeitung, 31. 10. 1967.
[51] Brief eines Arbeiters an Reportér, 17. 11. 1967.
[52] A. Frydal, in: Reportér, 17. 11. 1967.

hand, die nur noch einen Weg zur Durchsetzung der notwendigen ökonomischen, gesellschaftlichen und politischen Reformen sah: Vergrößerung des Entscheidungsspielraums der Betriebe in allen ihren ökonomischen und gesellschaftlichen Beziehungen, Mobilisierung der Öffentlichkeit zum Kampf gegen die abgewirtschafteten alten Kader durch immer weitergehende Aufhebung der Pressezensur und Änderungen im „politischen Mechanismus“[53]. Die von den Reformern im Rahmen ihrer Auseinandersetzung mit der alten Bürokratie betriebene Mobilisierung der tschechoslowakischen Bevölkerung mündete zwangsläufig in eine Politisierung dieser Bevölkreung. Die Politisierung wiederum implizierte, daß sich die innerparteiliche Auseinandersetzung zu einer gesamtgesellschaftlichen Auseinandersetzung mit der Entwicklung seit 1948 ausweitete. Zwar versuchten die Reformer, diese Auseinandersetzung auf der personalistischen Ebene zu lokalisieren, um sie auf diese Weise unter Kontrolle zu behalten, aber für die Bevölkerung wurde sie immer mehr zu einem Prozeß kollektiver Aufarbeitung der Vergangenheit, und damit zu einem kollektiven Befreiungsprozeß, der den instrumentalen Charakter, welcher der öffentlichen Auseinandersetzung mit der Vergangenheit von den Reformern zugedacht war, sprengte, und nun wiederum auf die KPC selbst zurückwirkte. Dieser von den Reformern nicht beabsichtigte Rückwirkungsprozeß zwischen den Bewegungen der aktivierten Bevölkerung und den Bewegungen des Parteiapparats — ein Prozeß, der innerhalb der kapiatlistischen Gesellschaften undenkbar wäre — ist mit den Denkkategorien der Bürokraten in der UdSSR nur als unaufgelöster Widerspruch erfaßbar. In ihren Rechtfertigungsversuchen nach dem 21. August werfen sie einer KPC, die sich „in eine amorphe und unfähige Organisation, in eine Art Diskussionsclub“ verwandelt habe, vor, daß sie die „führende Rolle der Partei, die volle Kontrolle der Entwicklung der Ereignisse durch die Partei“, das Prinzip des „demokratischen Zentralismus“ nicht wahrgenommen habe.[54]
Die Auflösung des auf Manipulation basierenden Herrschaftsverhältnisses zwischen Partei und politisierter Öffentlichkeit ist vom Kategorienapparat der KPdSU nicht mehr adäquat zu erfassen. So war es den Bürokraten in der UdSSR auch unmöglich, diejenigen Momente des Prozesses der politischen Entwicklung in der CSSR wahrzunehmen oder

[53] Die personelle Substitution innerhalb der Bürokratie, kulminierend in der Ablösung Novotnys durch Dubček, war zugleich verbunden mit der Absicht, auch institutionelle Substitutionen vorzunehmen: „Auf den ersten Blick scheint es so, als ob Fehler der politischen Führung ein Resultat falscher Entscheidungen seien und daß die Garantie gegen einen Mißbrauch der politischen Macht schon mit der Korrektur dieser fehlerhaften Entscheidungen durch neue und bessere Entscheidungen gegeben sei. In Wirklichkeit geht es ... primär nicht um die Fehler im Inhalt des politischen Lebens sondern um die Fehler in seinen Methoden, im politischen Prozeß, um die Art und Weise, in der die grundlegenden politischen Entscheidungen gesucht und herbeigeführt werden ...“ Vladimir Klobočka, Demokratischer Sozialismus, Hamburg 1968, S. 44.
[54] Juri Schukow, nach OER, Heft 9/10, 1968, S 41 f.

gar zu begreifen, die einer Konterrevolution oder einer Rückkehr zum Kapitalismus diametral entgegenstanden. Kennzeichnend und bestimmend für die tschechoslowakische Entwicklung war nämlich nicht das partielle Auftreten von Gruppen und Organisationen mit rückhaltlos reaktionärer Programmatik, sondern der Prozeß der Annäherung und zuletzt (beim Einmarsch der Truppen) Identifizierung zwischen den Massen und einer Partei, die in diesem Prozeß selbst eine andere Qualität angenommen hatte. So entpolitisiert die Inhalte der aktivierten öffentlichen Diskussion auch schienen, so abstakt oft das Bekenntnis zum Sozialismus bei gleichzeitiger Propagierung bürgerlicher Pluralismusvorstellungen war, so führt eine Loslösung dieser Inhalte von ihrer gesellschaftlichen Funktion und Erscheinungsweise in der konkreten historischen Situation der CSSR nach dem Januar doch notwendig in Fehlbeurteilungen. Die emanzipativen Gehalte einer „Totenbeschwörung des Liberalismus" nach einer Phase stalinistischer Entpolitisierung der Bevölkerung hat Jürgen Krahl in seinem Aufsatz „Zur historischen Dialektik nachstalinistischer Reform in der CSSR"[55] aufgezeigt. Es ist eben ein grundlegender Unterschied, ob eine Ideologie von einer herrschenden Klasse als Mittel der Rechtfertigung und Verhüllung ihrer Herrschaft gegen die Massen der Gesellschaftsmitglieder eingesetzt wird, oder ob diese Ideologie auch unbeholfenes und ambivalentes Ausdrucksmittel einer politisierten Öffentlichkeit zur Auseinandersetzung mit einer autoritär verfaßten Gesellschaft und als Mittel der eigenen Befreiung verwendet wird. Die Rekonstituierung des Kapitalismus als Ergebnis eines kollektiven Emanzipationsprozesses der Massen der Bevölkerung ist ein historisches Unding. Auch wenn man davon ausgeht, daß die Politisierung primär die Intellektuellen, die Jugendlichen und die Partei betraf, daß die Arbeiter sich zunächst passiv verhielten, so ist doch keine gesellschaftliche Entwicklung vorstellbar, in der sich diese Gruppe als herrschende gegenüber den übrigen Teilen der Gesellschaft hätte herausbilden können. Dies wird im kurzen Entwicklungsprozeß, den die CSSR durchmachen konnte, schon in der spontanen Organisation von Räten in einzelnen Fabriken und in der Reaktion der Reformer auf diese Erscheinungen deutlich. Wenn die Reformer Mitte 1968 die Forderung nach Bildung von Arbeiterräten aufgreifen[56] und als Mittel zur

[55] in: Deppe, Heinrich, Bärmann: Die Tschechoslowakei von 1945 bis 1968, Frankfurt/M. 1968.

[56] In einem Artikel von Robert Kalivoda in Rudé Pravo vom 3. Mai 1968 heißt es: „Und schließlich die letzte Frage, vielleicht in der heutigen Zeit die wichtigste: Es ist die Frage der direkten Leitung und Verwaltung unserer sozialistischen Betriebe von Kollektiven der Werktätigen, die Frage der Betriebs- und Arbeiterräte. Ich stimme völlig mit dem Standpunkt überein, daß die Werktätigen aus den Betrieben in den Betriebsräten, die die Unternehmen verwalten sollen, das entscheidende Übergewicht haben sollten. Meines Erachtens kann kein neues ökonomisches System ohne Selbstverwaltung der Betriebe, ohne das System der Betriebs- und Arbeiterräte entwickelt werden. Sonst könnte das neue ökonomische System in ein Managersystem entarten, in eine ökonomische Vor-

Realisierung direkter Demokratie in ihr Gesetzesprogramm aufnehmen, dann dokumentiert sich darin ihre Doppelrolle als Reformierende und Reformierte zugleich. Um den Prozeß der Veränderungen überhaupt noch im Griff halten zu können, mußten sie sich der Richtung des Politisierungsprozesses angleichen; die Ambivalenz der Politiker — einerseits mit bürgerlich-liberalen Vorstellungen versetzt, andererseits sozialistisch-emanzipativen Frotschritt freisetzend — hat darin ihre Ursache. Sofern die verstreuten Inhalte dieses Prozesses betrachtet werden, ist es nicht unschwer, reaktionäre, antisozialistische Positionen zu entdecken; die diversen Dokumentationen aus den Okkupationsstaaten haben solche Positionen mit Akribie gesammelt. Wenn aber auch die Form dieses Politisierungsprozesses mitanalysiert wird, dann muß eine mögliche Ausdehnung bürgerlich-kapitalistischer Formen über das Maß dessen, was in den sozialistischen Ländern Osteuropas generell und selbstverständlich praktiziert wird, weitgehend ausgeschlossen werden: weder war die Außenpolitik der CSSR mehr von nationalstaatlichen Erwägungen und weniger von sozialistisch-internationalistischen Prinzipien geleitet als die Außenpolitik etwa der UdSSR, noch waren die sozialistischen Eigentumsverhältnisse stärker als in anderen Ostblockländern gefährdet[57].
Die Bewegung, in die vielmehr die tschechoslowakische Bevölkerung vor allem in den ersten acht Monaten 1968 geraten war und die im Widerstand gegen die Besatzungstruppen kulminierte, war lediglich manifester Ausdruck schlummernder Potenzen, die im Verlauf der sozioökonomischen Entwicklung in der Übergangsperiode akkumuliert worden sind, in den anderen sozialistischen Ländern aber noch keinen so beredten Ausdruck wie in der CSSR gefunden haben. Genauere Aussagen würden hier aber eine Analyse der anderen sozialistischen Länder und deren Entwicklung voraussetzen, die wir an dieser Stelle nicht leisten können. Die Intervention kann schließlich auch als ambivalenter Versuch interpretiert werden, einerseits bürgerliche Tendenzen konterrevolutionären Inhalts tatsächlich zurückzuwerfen, andererseits aber die in der CSSR

herrschaft der Technokratie. Es könnte seinen sozialistischen Inhalt verlieren. Darin bestehen wahrscheinlich auch manche spontanen Befürchtungen der Arbeiterschaft vor dem neuen ökonomischen System."

[57] Nach M. Gamarnikow, Chancen für Privatunternehmer, in: Osteuropäische Rundschau, Nr. 9/1967 ist der Privatisierungstrend in Polen am stärksten. Während in der CSSR Verkaufsstellen für Souvenirs, Wäschereien, kleine Dienstleistungen, der Wartungsdienst für öffentliche Bedürfnisanstalten reprivatisiert werden — was schlimm genug in bezug auf das Problem der „sozialistischen Desintegration" und des Klassenbewußtseins sein dürfte, sind in Polen derzeit mehr als 15.000 Einzelhandelsläden und 147.000 Handwerksbetriebe privat. Dem Plan gemäß sollen 1970 315.000 Beschäftigte im Privatsektor arbeiten gegenüber 158.000 im Jahre 1961. 7000 kleinere Fabriken sollen ebenfalls reprivatisiert werden. Wenn man weiterhin bedenkt, daß in Polen 85 Prozent der Landwirtschaft privat ist und nur 13,4 Prozent auf das Konto von Staatsgütern und nur 1,1 Prozent auf das Konto von Kollektivwirtschaften geht, muß die Frage wohl gestellt werden, warum die Interventen gegen die Konterrevolution gegen die CSSR und nicht gegen Polen zu Felde zogen.

offensichtlich erfolgte Schwächung der Machtbasis der Bürokratie rückgängigzumachen und die Ausweitung der im Reformmechanismus angelegten Ausweitung der Massenaktivitäten über das ihnen zugestandene instrumentelle Maß hinaus zu verhindern. Auch die hier notwendige Analyse der Konsequenzen des internationalen Klassenkampfes, in den die sozialistischen Länder unmittelbar einbezogen sind, kann hier nicht geleistet werden.

Die These, die in diesem Versuch entwickelt worden ist, kann nun verkürzt folgendermaßen formuliert werden: Die Übergangsgesellschaften heute sind nach wie vor bürokratische Gesellschaften. Bürokratisierung ist zwar eine vorherrschende Tendenz, jedoch nicht naturnotwendig, wie von vielen Autoren behauptet wird. Im Verlauf der sozioökonomischen Entwicklung gerät die Bürokratie nicht nur mit der Gesellschaft, sondern mit sich selbst in Konflikt, indem sie ihrem immanenten Legitimationskriterium, hoher Effizienz, nicht mehr gerecht werden kann. In einer solchen Situation versucht die Bürokratie sich zu „reformieren". Die „neuen ökonomischen Systeme" können als solche Bürokratiereformen interpretiert werden. Da aber mit der darin vorgenommenen Dezentralisierung der Bürokratie gleichzeitig der Widerspruch zwischen Bürokratie und Massen, bzw. der Widerspruch zwischen bürokratischer Herrschaft und gesellschaftlicher Emanzipation konstituiert wird, weil nun die Bürokratie zur Funktionsfähigkeit des Wirtschaftsmechanismus auf kontrollierte Massenaktivitäten angewiesen ist, können Konflikte entstehen, wie sie in der CSSR offenbar geworden sind.

Eine ausführlichere Arbeit der Verfasser zur Dialektik sozialistischer Entwicklung in der Übergangsgesellschaft wird im Herbst (in Frankfurt) erscheinen.

Volkard Mosler

Zur Reaktion der britischen Linken auf Versuche staatlicher „Einkommenspolitik" (Teil II)*

IV. Einkommenspolitik und die Linke

Die für Schiller bisher so erfolgreich verlaufene konzertierte Aktion — spricht freiwilliger Lohnverzicht — hat auch in der deutschen Gewerkschaftsbewegung und unter deutschen Sozialisten die Diskussion über staatliche Einkommensplanung lebhafter werden lassen. Da die konzertierte Aktion — solange die Disziplinierung der Arbeiter nicht durch ein Arbeitslosenheer stattfindet — eine permanente und folgenreiche Erscheinung auf der politischen Bühne der BRD bleiben wird, ist eine detaillierte Auseinandersetzung darüber notwendig. Noch basiert die konzertierte Aktion wie in England bis zum Juli 1966 auf ‚freiwilliger Basis'. Das haben wir lediglich dem größeren Spielraum zu verdanken, den der westdeutsche Kapitalismus verglichen mit dem britischen noch besitzt. Die deutschen Diskussionsbeiträge zu diesem Thema ähneln in manchem bestimmten unbekümmerten britischen Ansichten, bevor es im Juli 1966 ernst wurde.[20]

Da ist die ‚Tauschstrategie', die auf der Illusion basiert, die Gewerkschaften könnten für ihre Bereitschaft, bei der konzertierten Aktion mitzuwirken, irgendwelche wesentlichen Konzessionen seitens der Regierung oder der Arbeitgeber einhandeln. So fragte P. v. Oertzen in April 1965 sehr weitsichtig: „. . . Bei dem Problem eines möglichen gesamtwirtschaftlich begründeten Lohnstops (das auch bei uns akut werden wird, ganz gewiß dann, wenn die SPD in die Regierung kommen sollte):
Soll die Gewerkschaftsbewegung jede Einschränkung ihrer Tarifbewegung radikal ablehnen oder soll sie einer sog. „Einkommenspolitik" zustimmen für den Fall, daß ihr reelle Konzessionen dafür gewährt werden?" v. Oertzen sprach sich gegen ein ‚radikales Nein' aus. Er forderte als Konzession „gläserne Taschen der Untenehmer". Noch klarer formulierte M. Vester diese Strategie: „Die Gewerkschaftsvorstände können, wie es die IG Metall inzwischen beginnt, konkrete Bedingungen für ihr Mitwirken bei einer konzertierten Wirtschaftspolitik stellen. Da die Regierung auf ihre Mitarbeit angewiesen ist, können sie mehr fordern als bisher."

* Fortsetzung des Aufsatzes aus nk 48/49 August 1968

[20] Vgl. etwa P. v. Oertzen, Arbeitshefte, 3. Jg. Nr. 6—8, S. 49, M. Vester, „Die Interessenpolitik der großen Koalition", Arbeitshefte, 5. Jg., Nr. 1, S. 19, A. Weerth, „express international, Nr. 43.

Ähnlich argumentiert auch A. Weerth im „Express International": „Es kommt also gar nicht auf das bloße Ja- oder Neinsagen zu konzertierten Aktion an. Es kommt darauf an, was man aus der Sache herausholt, welche Positionen die Arbeiterbewegung zusammen *mit geringeren oder* an Stelle von Lohnerhöhungen erringt.
Nur wenn sie überhaupt keine Forderungen stellen, nur wenn sie auf allen Fronten stillhalten, dann geben die Gewerkschaften wirklich sich selbst auf." A. Weerth fordert die Gewerkschaften auf, aus „der Not eine Tugend zu machen" und statt der rein lohnpolitischen Aktivität Forderungen auf anderen Gebieten der Tarifpolitik zu stellen, etwa zur inner- oder überbetrieblichen Mitbestimmung, zum Recht für Vertrauensleute, nach garantiertem Jahreseinkommen u. a.
Zunächst ist einfach zu fragen, was inner- und überbetriebliche Mitbestimmung, was gläserne Taschen, was größere Kontrollrechte überhaupt noch für einen Sinn haben, wenn die Gewerkschaften ihre Tarifautonomie vorher freiwillig aufgegeben haben. Staatliche Einkommensplanung und größere Rechte für die Gewerkschaften verhalten sich wie Feuer und Wasser zueinander. Ein Anschlag auf *das* Recht der Gewerkschaften darf nicht Objekt von Verhandlungen sein, die allenfalls so ausgehen können, wie die Geschichte vom Hans im Glück, der am Ende seiner Handelsreise anstatt eines Goldklumpens gar nicht mehr besaß.
Die folgende Diskussion der verschiedenen britischen Diskusionsbeiträge und Aktionsansätze der Linken zur Einkommensplanung und zum gesetzlichen Lohnstop soll als direkter Beitrag zur deutschen Diskussion verstanden werden, auch wenn sich bestimmte Probleme anders stellen. Man kann zunächst bei den verschiedenen Positionen grob drei Gruppen innerhalb der Linken voneinander trennen. Einmal bedingte Annahme des Lohnstops und der Einkommensplanung, dann „bedingte" Ablehnung des Lohnstops und schließlich unbedingte Ablehnung. Eine vierte Gruppe wäre die unbedingte Ablehnung durch die Wortradikalen, die sich aber von der ersten Gruppe nur verbal unterscheidet.
Diese Form der Aufzählung der verschiedenen Positionen zur staatlichen Einkommensplanung und ihre Kritik bleibt solange unbegründet, wie sie nicht über einen objektiven Maßstab verfügt. Dieser Maßstab soll durch Analyse bestimmter Veränderungen im Muster des britischen Klassenkampfes nach dem zweiten Weltkrieg gefunden werden.

Die britische Arbeiterbewegung nach dem 2. Weltkrieg
Die Konzentration des Kapitals in immer wenigeren Unternehmeneinheiten ist infolge des letzten Krieges und des folgenden allgemeinen Rüstungsbooms schnell fortgeschritten.
Industriegiganten wie ICI (Chemie), BMC (Autos), BP (Öl), Dunlop (Gummi) besitzen Tochterfirmen in vielen Ländern. Der britisch-holländische Konzern Unilever hat in den Jahren von 1949 bis 1961 seine Kapital-

anlagen mehr als verdoppelt. 1965 gab es nicht weniger als 54 britische Konzerne mit einen Jahresumsatz von mehr als 250 Mill. Pfund. Es geht hier nicht darum, diese Konzentrationsbewegung im Einzelnen zu beschreiben, sie ist evident! Wichtig ist aber, daß das typische und dominierende kapitalistische Unternehmen heute an Größe und damit an politischer Bedeutung in eine ganz andere Rangordnung fällt als der typische Ein-Mann-Besitzer-Betrieb des 19. Jahrhunderts. Die Giganten kontrollieren nicht nur weitgehend die Preisbildung auf nationaler Ebene. Zusammen mit den internationalen Finanzinstitutionen können sie einen enormen Druck auf ihre nationale Regierung ausüben. Das gilt besonders für Großbritannien mit seiner prekären Zahlungsbilanz. Die britische Regierung besitzt heute — trotz wirtschaftlichem Rahmenplan — weniger Kontrolle über die Geschäftswelt als jemals zuvor. Wichtige Entschlüsse der jetzigen Labourregierung (Verzögerung der Rentenerhöhung, Lohnstop, u. a.) sind nachgewiesenermaßen nicht von ihr selbst getroffen worden. Am deutlichsten hat diese Machtverlagerung ihren Niederschlag in der von Soziologen, Politologen und Juristen so oft beschriebenen Entmachtung der Parlamente gefunden. Auch im „Mutterland des Parlamentarismus", in England, hat „The House of Parliament" seit dem Krieg viel von seinem ehemaligen Glanz verloren. Wichtige politische Schritte, wie der Entschluß zur Herstellung einer britischen Atombomberflotte wurden nie vom Parlament verabschiedet. Noch heute ist es Staatsgeheimnis, wie der Entschluß zum Suezkrieg zustande kam. Die wirtschaftlichen Planzahlen bzw. Alternativvorschläge werden kaum im Parlament beraten, nie wird über sie abgestimmt. Wichtige Entschlüsse werden direkt zwischen der Regierungsverwaltung und den „Giganten" gefaßt.
Was für das Parlament gilt, gilt für die Abgeordneten. „Der Parlamentarier, Sozialist oder nicht, war niemals so machtlos: der „ehrliche Linke" ist heute auf nationaler Ebene allzu oft ein vereinzelter Hanswurst, während sein schrumpfender Anhang lokaler Parteigänger in ihm eine Art „Sozialfürsorge mit Verbindungen" sieht. Eventuelle Kämpfe (in seinem Wahlkreis, V. M.) berühren ihn kaum".[21]

Dezentralisierung von Reformen und Vergrößerung der Lohndrift

Diese Machtverschiebung vom Parlament hin zu den Riesenkonzernen hat auch die reformistische Arbeiterbewegung alten Stils im Herzen getroffen. Die Auseinandersetzung um Sozialreformen hat sich besonders seit dem zweiten Weltkrieg vom Parlament mehr und mehr in die Betriebe verlagert. Der Wandel der Labourparty von einer parlamentarischen Reformpartei der britischen Arbeiterklasse in eine Rationalisierungspartei der herrschenden Klasse ist auf diesem Hintergrund zu erklären. „Der typische Kapitalist des 19. Jahrhunderts verfügte über ge-

[21] Colin Barker, „The British Labour Movement, Aspects of Current Expenence". International Socialism Nr. 28, S. 14.

ringe Reserven und befand sich im eigenen Land in einer weit schärferen Wettbewerbungsposition als der typische Kapitalist heute. Wenn er Reformen konzedierte, dann nur unter der Bedingung, daß seine Konkurrenten ebenso belastet würden wie er. Reformen wurden daher zentral und indirekt über die Abgeordneten im Parlament durchgesetzt. Heute hat sich die Situation fundamental verändert. Der Direktor des gigantischen Industriekonzerns *und* die Belegschaft dieses Konzerns handeln Reformen kaum mehr indirekt über den Staat, bzw. ihre Abgeordneten aus, sondern vorwiegend direkt über Shop Stewards und Betriebsräte. Betriebliche Altersrenten, Gratifikationen, Urlaubsvergütungen, Krankenversicherungen sind zwar nicht gleichmäßig über alle Industriezweige verteilt, sind aber für die britischen Arbeiter insgesamt von immer größerer Bedeutung".[22] Gleichzeitig ist zu beobachten, daß die zunächst „freiwillig" (unter dem Druck der Arbeitsmarktverhältnisse) gegebenen betrieblichen Sozialreformen immer mehr zum Gegenstand kollektiver tarifähnlicher Auseinandersetzung werden.

Die gleichen Ursachen, die für die Dezentralisierung von Sozialreformen verantwortlich sind, haben auch zu einer Dezentralisierung der Lohnverhandlungen geführt. Dabei bleibt zwar das Aushandeln zentraler Minimallöhne durch die zentralen Gewerkschaftsorgane bedeutsam, aber auf der anderen Seite haben sich seit dem zweiten Weltkrieg zusätzliche Lohnverhandlungen auf betrieblicher und lokaler Ebene immer mehr ausgedehnt. Das Produkt dieser lokalen Verhandlungen ist die sogenannte Lohndrift, der Unterschied zwischen zentralen Tarifen und lokalen Reallöhnen. Man schätzt, daß die Lohndrift 1949 19% des britischen Durchschnittslohns ausgemacht hat, 1959 bereits 26%. D. h. aber, daß der Durchschnittslohn einer normalen Arbeitswoche um fast ein Drittel höher war als die zentral ausgehandelte Lohnrate.[23]

Die Bedeutung der Lohndrift von Industriezweig zu Industriezweig ist sehr verschieden. Sie ist am größten in den sogenannten Wachstumsindustrien, in denen der Konzentrationsprozeß auch am weitesten fortgeschritten ist; sie ist bedeutungslos in den öffentlichen Betrieben und im Staatdienst. Dezentralisierung beim Aushandeln von Sozialreformen und der Löhne hat tiefgreifende Veränderungen im Muster des britischen Klassenkampfes mit sich gebracht.

Wachsende Bürokratisierung der Gewerkschaften

Die englischen Gewerkschaften haben es, von einigen Ausnahmen abgesehen, nicht vermocht, sich diesen neuen Tendenzen anzupassen. Zentrale Tarifverträge waren sinnvoll auf dem Hintergrund der andauernden

[22] Angaben über die Dezentralisierungstendenzen findet man bei G. L. Reid und D. J. Robertson in „Fringe Benefits, Labour Costs and Social Security", London 1965.

[23] Vgl. Colin Barker „The Britisch Labour Movement: Aspects of Current Experience", International Socialism 28.

Massenarbeitslosigkeit zwischen den Weltkriegen. Mit den Arbeitslosenheeren vor den Betrieben konnten auf betrieblicher Ebene weder irgendwelche Reformen gewonnen werden, noch die Angriffe der Unternehmer auf den Lebensstandard der Arbeiter abgewehrt werden. Heute sind zentrale Lohnverhandlungen ein Hindernis für die Gewerkschaftsführungen, die für ihre Mitglieder günstige Arbeitsmarktlage voll zu nützen. Rühmliche Ausnahmen sind die kleineren und jungen Angestelltengewerkschaften. Hier ist es besonders die Gewerkschaft der Techniker und technischen Zeichner (DATA), die durch konsequente, betriebsnahe Tarifpolitik ein Höchstmaß an Flexibilität erreicht hat und die es als einzige Gewerkschaft im April 1966 gewagt hatte, die Einkommenspolitik der Regierung frontal durch Streiks anzugreifen; der es auch selbst in der Periode des totalen Lohnstops gelungen war, Lohnerhöhungen zu erkämpfen. Die zunehmende Dezentralisierung der Lohnverhandlungen bei anhaltender Zentralisierung der offiziellen gewerkschaftlichen Tarifverträge hat zu einem Bedeutungsschwund der untersten, lokalen Gewerkschaftsorganisationen, den „branches", geführt, die bisher die Basis der britischen Gewerkschaften gebildet hatten. Da die „branches" nicht im Betrieb, sondern am Wohnort der Gewerkschafter verwurzelt sind, sind sie für betriebliche Verhandlungen nicht geeignet. Das langsame Absterben der „branches" läßt wiederum die Kluft zwischen Gewerkschaftsmitgliedern und zentraler Führung noch größer werden.

Die Apathie der Mitglieder gegenüber den „branches" kommt der wachsenden Bürokratisierung der überlokalen Organisationen und der immer engeren Zusammenarbeit von Gewerkschaftsspitzen und Regierung entgegen. Von Regierungsseite wird eine solche Zusammenarbeit immer dann gesucht, wenn die Gewerkschaften auf Grund anhaltender Vollbeschäftigung stark genug sind, das „Gemeinwohl" zu gefährden. So kam es in der Periode während und nach dem ersten Weltkrieg zu einer engeren Bindung der Gewerkschaften an den Staat. In der Zwischenkriegsperiode, in der die Arbeitslosenzahlen kaum einmal unter die Millionengrenze fiel, wurde diese Kollaboration (da überflüssig) wieder aufgelöst. Seit Beginn des zeiten Weltkrieges und mit Anbruch einer neuen Periode anhaltender Arbeitskräfteknappheit haben sich die Integrationstendenzen wieder sprunghaft verstärkt. Das Prinzip der freiwilligen Einkommensplanung durch die TUC-Spitze selbst, wie seit August 1967 praktiziert, macht die weitere Zentralisierung der britischen Gewerkschaften notwendig, da der TUC, ähnlich wie der DGB in Deutschland, bisher keine wirkliche Macht über die einzelnen Gewerkschaften und besonders nicht über deren Mitgliedschaft besitzt. In mehreren Einzelgewerkschaften sind in letzter Zeit Versuche vorhanden, größere Kontrolle über die Mitglieder zu gewinnen. Solange diese Kontrolle nicht vorhanden ist, bleibt eine ‚freiwillige Einkommenspolitik' durch Minoritäten in den großen und durch einzelne radikalere kleine Gewerkschaften gefährdet. Im Devlin-Report der Regierung zur Neuorganisation der Docks verlangt die Regierung von der

Transportarbeitergewerkschaft, sie solle die Kontrolle über die Dockers zurückgewinnen!

Shop Stewards und inoffizielle Streiks

Die wachsende Unfähigkeit der britischen Gewerkschaften den Bedürfnissen ihrer Mitglieder Rechnung zu tragen, hat zur Herausbildung neuer Organisationsformen geführt, die ihre Wurzeln im Betrieb haben. Untersuchungen haben gezeigt, daß die Wahl der Shop Stewards weit höheres Interesse bei den Belegschaften erweckt als die Wahl lokaler oder zentraler Gewerkschaftsfunktionäre. Die Shop Stewards wurden für viele Belegschaften immer mehr das, was früher die reformistischen Parlamentarier und Gewerkschaftszentralen waren: die Eckpfeiler im Kampf um Sozialreformen und bei deren Verteidigung.

Die Kluft zwischen Gewerkschaftszentralen und Mitgliedern drückt sich aus in der wachsenden Zahl inoffiziellen Streiks. Das Arbeitsministerium schätzte kürzlich, daß 1936/37 die gewerkschaftlichen Streiks etwa ein Drittel aller Streiks ausmachten, heute aber nur ein Zwanzigstel und wahrscheinlich noch weniger. Diese inoffiziellen Streiks bleiben nicht nur inoffiziell, werden bis zu ihrem Ende nicht von den Gewerkschaften unterstützt, meistens sind es sogar Gewerkschaftsfunktionäre, die zur Beendigung der Streiks herangezogen werden. Die Streiks sind, verglichen mit denen der dreißiger Jahre, zahlreicher und kürzer geworden, was auf die wachsende Stärke dieser Kampforganisationen hindeutet.In den hochautomatisierten Betrieben etwa der Autoindustrie können selbst kleine Gruppen von Arbeitern den Unternehmern soviel Schaden zufügen, daß oft nur die Streikandrohung „genügt". Diese Kräfteverschiebung die natürlich eng mit der Vollbeschäftigung verbunden bleibt, spiegelt sich in der Streikstatistik wieder. Niemals zuvor in der Geschichte der britischen Arbeiterbewegung wurde so oft und so erfolgreich gestreikt wie in den letzten 15 Jahren.

Zusammenfassung

Die Konzentrationsbewegung des Kapitals und die anhaltende Arbeitskräfteknappheit haben dazu geführt, daß der Staat sein Monopol als Träger von Sozialreformen weitgehend verloren hat. Private betriebliche Sozialreformen aller Art machten im Jahre 1960 etwa 13 bis 14 % der Löhne aus, während öffentliche Sozialleistungen im gleichen Jahr 12,6 % des privaten Verbrauchs ausmachten. Der Schwerpunkt des Klassenkampfes hat sich dementsprechend verschoben: weg vom Parlament und den Gewerkschaftszentralen in die Großbetriebe. Folge dieser Verlagerung war, daß die Arbeiter den Kampf um Löhne und Reformen hauptsächlich auf lokaler und betrieblicher und nicht so sehr auf nationaler und parlamentarischer Ebene führen. Diese Verlagerung der Kampfszene hat große Nachteile: Die Zersplitterung und politische Apathie der britischen Arbeiterklasse waren vielleicht nie so groß wie heute. Berufliche und be-

triebliche Solidarität ist weitgehend an die Stelle der Klassensolidarität getreten. Sie hat aber auch Vorteile: Der Kampf liegt nicht mehr in den Händen von Repräsentanten und parlamentarischen Mißrepräsentanten. „Reformen von oben" sind durch „do-it-yourself" Reformen verdrängt worden. Wo immer Arbeiter um Reformen *selber* kämpfen und nicht, um den Rücken der Führer zu stärken, die *für* sie Reformen erkämpfen sollen, führt das zu einer enormen Stärkung des Selbstvertrauens der Arbeiterklasse. Die Shop-Stewards, deren Zahl seit dem Krieg sprunghaft gestiegen ist, sind die natürlichen Führer im Kampf um solche „do-it-yourself" Reformen.
Es geht nicht darum, ob man diese Entwicklung für „gut" oder „schlecht" hält. Es geht darum, daß eine sozialistische Strategie, die diese Kräfteverschiebung im britischen Kapitalismus und in der britischen Arbeiterbewegung nicht wiederspiegelt, scheitern muß. Ein politisches Programm muß, um Tendenzen verallgemeinern zu können, von den vorhandenen Tendenzen in der Bewegung ausgehen.

Die „Tribune"-Linke

Die völlige Desorientierung, in der sich die britische „Linke" seit Ankunft der Wilson-Regierung befindet, spiegelt sich in ihrer Haltung zum zentralen Punkt der Regierungspolitik, der Einkommenspolitik, wieder: „die Linke" — das ist für den ausländischen Beobachter vor allem die schwankende Zahl von Dissidenten der parlamentarischen Labourpartei und die ebenso schwankende Zahl der Gewerkschaften, die auf dem Jahreskongress des TUC „dagegen" stimmt. Ihre jeweilige politische Orientierung spiegelt sich am ehesten in der Wochenzeitschrift „Tribune" wieder, die seit 30 Jahren das Sprachrohr eines mehr oder weniger großen Teils der offiziellen Opposition ist. Sowenig die gesamte linke parlamentarische Opposition eine geschlossene politische Gruppe mit einer eigenen Strategie war oder ist, so schwankend war auch die Politik der Tribune-Gruppe. Die unkritische Bewunderung und Unterstützung Stalinrußlands während des Kriegs wich in der Periode des kalten Krieges einer „kritischen" Unterstützung der NATO. Sir Stafford Cripps Einkommens- und Wirtschaftspolitik von 1948 wurde von Tribune als Schritt zum Sozialismus verstanden. In der Suezkrise diente ihr ein zweifelhafter Pazifismus dazu, sich gegen die „Gewaltanwendung Nassers und der britischen Konservativen gleichermaßen" zu wenden. Der Ungarnaufstand wurde von Tribune als Hindernis auf dem Wege zur Liberalisierung des Stalinismus verstanden. Der Kampf gegen den britischen Beitritt zur EWG wurde von einer unverdeckt chauvinistischen Basis geführt. Wilson war für Tribune von Anfang an „unser Mann". Isoliert von den zahlreichen fragmenthaften Kämpfen, die nach dem Krieg auf betrieblicher und industrieller Ebene stattfanden, ist der Bedeutungsschwund und der Machtverlust der „Tribune-Left" unter der Wilsonregierung offen zutage ge-

treten. Nicht einen Zoll hat sie die Regierung von ihrem reaktionären außen- und innenpolitischen Kurs abbringen können. Die anfängliche Zustimmung zur Einkommenspolitik wich einer bedingten Ablehnung, die ihren bisherigen Kulminationspunkt in der Stimmenthaltung von 26 Abgeordneten zum gesetzlichen Lohnstop von 1966 fand. War es 1964 das Versprechen des damaligen Wirtschaftsministers George Brown, daß alle Arten von Einkommen kontrolliert würden, — auch Profite und Mieten — so beruht Tribunes augenblickliche Ablehnung der „Einkommensplanung" hauptsächlich auf dem Argument, daß die Kontrolle der Preise und Mieten nicht stattgefunden hat. An Tribunes Politik hat sich grundsätzlich dabei nichts geändert: die Illusion, daß Profite im Kapitalismus überhaupt kontrolliert werden können, bleibt Grundlage ihrer Politik. Von einer Reihe linker Ökonomen der Universitäten wurden ähnliche Positionen zur Einkommenspolitik in „Tribune" und der Zeitschrift „New Left Review" theoretisch untermauert.[24]
Was für die „Tribune-Linke" des Parlaments gilt, trifft ebenso auf den linken Gewerkschaftsflügel zu. Die Gewerkschaften, die auf dem Jahreskongreß des TUC und auf dem Kongreß der Labourparty den Lohnstop abgelehnt hatten, haben bis heute mit der bereits genannten Ausnahme der kleinen Angestelltengewerkschaft DATA (1964 ca. 65 000 Mitglieder) sich zu keiner Tat gegen den Lohnstop entschließen können. Anfang März 68 stimmte auch die größte britische Gewerkschaft, die Transportarbeitergewerkschaft, die auf den wichtigsten Gewerkschaftstagen 1966 die Opposition gegen den Lohnstop geführt hatte, *für* eine freiwillige Einkommensplanung als Alternative zur gesetzlichen. „Linke" und „rechte" Gewerkschaften unterscheiden sich bisher nur durch Worte. Ihre Praxis ist kaum zu unterscheiden. Das Verhalten der „linken" Transportarbeitergewerkschaft im Dockerstreik von 1967 macht das überdeutlich. Inoffizielle Streiks sind in den linken Gewerkschaften (wieder mit Ausnahme einiger kleiner Gewerkschaften) ebenso häufig wie in den „rechten". Eine wirksame Verteidigung gegen die geplanten Angriffe auf den Lebensstandard der englischen Arbeiter wird ebensowenig in den Gewerkschaften wie in der parlamentarischen Linken der Labourparty ihren *Ursprung* nehmen. Beide Gruppen betrachten die wachsende Shop Stewards-Bewegung und die von Shop Stewards geführten Streiks eher als Störfaktor, den es zu kontrollieren gilt, denn als Quelle einer Erneuerung der Arbeiterbewegung.

Die Kommunistische Partei

Die einzige politische Organisation, die heute in der Lage wäre, eine erfolgreiche sozialistische Opposition gegen den Lohnstop zu führen, wäre — so überraschend das zunächst klingen mag — die relativ kleine briti-

[24] Vgl. Michael Barret-Brown/Roy Harrison, „Tribune", 8. 1. 1965; Henry Collins, „Tribune", 24. Juni 1966; John Hughes, „An Economic Policy For Labour", „New Left Review", März-April 1964 u. a.

sche Kommunistische Partei. Bei weitem den größten und in sich geschlossensten Körper von klassenbewußten Shop Stewards, militanten Industriearbeitern und politischen Aktivisten findet man in der KP. Sie ist die einzige politische Organisation, die über ein Netz von radikalen Gewerkschaftlern verfügt und die in der Lage wäre, politische und ökonomische Aktivitäten im nationalen Maßstab zu führen. Das macht die englische KP im Augenblick zu einer politisch bedeutenderen und einflußreicheren Gruppe als den linken Labourflügel. Trotz ihrer kleinen Mitgliederzahl (ca. 30 000) hat die KP daher in der Vergangenheit innerhalb weiter Kreise der Labourparty und deren Gewerkschaften die Diskussion über Fragen des Sozialismus wesentlich bestimmt. Die Stärke der britischen KP lag von Anfang an in ihren betrieblichen und gewerkschaftlichen Unterorganisationen. Historisch aus der Betriebsrätebewegung des ersten Weltkrieges gewachsen hat die KP das Denken von mehr als einer Generation klassenbewußter Arbeiter geprägt, nicht nur in den eigenen Reihen, sondern auch in der Labourparty. Die Labourparty hatte dagegen niemals besonders enge Verbindungen mit dem industriellen Kampf „an der Basis", sondern hat sich stets als Wähler- und parlamentarische Reformpartei verstanden. Das gilt auch für ihren linken Flügel.

Trotzdem hat die KP den Gipfel ihres Einflusses längst überschritten. Der ostdeutsche Aufstand von 1953 und besonders der Ungarnaufstand hat die Basis, auf der die Partei ruhte, erschüttert: die fast religiöse Bewunderung der Sowjetunion existiert nicht mehr oder nicht mehr im gleichen Maße wie früher. Wie in anderen Ländern hat auch in England das Chinesisch-Sowjetische Schisma die Partei erschüttert.

Unzufriedenheit über den wachsenden „Parlamentarischen Reformismus" dürfte in der britischen KP eine geringere Rolle spielen als in der französischen oder italienischen KP. Die Partei ist auf Grund des Mehrheitswahlrechts mit keinem Abgeordneten im Parlament repräsentiert, und zudem dürfte das Verhalten von Parlamentariern bei der Masse der Industriearbeiter als Kriterium der Zustimmung oder Ablehnung einer Partei heute aus den oben genannten Gründen minimal sein. Der eigentliche Konfliktstoff in der britischen KP liegt in der wachsenden Kluft zwischen bezahlten Gewerkschaftsfunktionären und der breiten Mitgliedschaft der Gewerkschaften: Parteimitgliedern, aber auch linken Nichtmitgliedern hat die Partei eine Karriere in bestimmten Gewerkschaften eröffnet, was sich mit ihrer reformistischen Taktik deckt, Ämter mit ‚linken' Kandidaten zu besetzen. Einmal in Amt und Würden können viele dieser ehemals linken Funktionäre dem Rollenzwang ihres Amts nicht standhalten und verlieren ihre einstige Radikalität, die ihnen so viel Unterstützung eingebracht hatte, als sie noch im Betrieb arbeiteten. Man könnte hunderte von kleineren und größeren Streiks aufzählen, in denen kommunistische Gewerkschaftsfunktionäre ebenso versagt haben wie Labour-Funktionäre. Die Parteiführung, die hauptsächlich aus Gewerkschafts-

funktionären und Intellektuellen besteht, kann daher auf gewerkschaftlicher und betrieblicher Ebene ihre Ziele immer weniger durchsetzen. Bei den Präsidentschaftswahlen in der wichtigen Metallarbeitergewerkschaft (AEU) im Herbst 1967 unterstützte die Partei den Ex-Kommunisten und linken Labourkandidaten Hugh Scanlon, konnte aber nicht verhindern, daß im ersten Wahlgang über 10 000 Stimmen besonders in Nordlondon für den aus der KP ausgeschlossenen „Chinesen" Reg Birch abgegeben wurden. Ex-KP-Mitglied Reg Birch, der wie Scanlon Mitglied im AEU-Vorstand ist, besitzt wegen seiner konsequenten Gewerkschaftspolitik einen festen Anhang in vielen Betrieben. In dem Konflikt zwischen Parteiloyalität und Loyalität zur Betriebsrätebewegung hatten große Teile gerade der kommunistischen Arbeiterschaft der letzteren den Vorrang gegeben.

Die Partei hält heute den entscheidenden Schlüssel zur Erneuerung der britischen Arbeiterbewegung in der Hand. Da die Shop Stewards auf Grund des generellen Angriffs von Regierung, Unternehmern und Gewerkschaftszentralen in die Defensive gedrängt sind und deshalb heute die Notwendigkeit überbetrieblicher Komitees schnell begreifen, könnte die britische KP auf Grund ihrer einzigartigen Position als Organisation der klassenbewußten Shop Stewards und Industriearbeiter eine zentrale Rolle bei der Herausbildung einer neuen Betriebsrätebewegung und damit bei der Erneuerung der britischen Arbeiterbewegung spielen.

Sie benutzt diesen Schlüssel nicht. Die im Winter 1966 gemachten Versuche in einer Reihe von Städten lokale und regionale „Vereinigungskomitees zur Verteidigung der Gewerkschaften" zu bilden, wurden zwar hauptsächlich von kommunistischen Shop Stewards getragen, entstanden aber gegen den passiven Widerstand der KP-Führung. Im Unterschied zur linken Labourfraktion hat zwar die KP von Anfang an die Wilsonsche Einkommenspolitik abgelehnt. Aber über den Wortradikalismus führte diese Ablehnung bisher nicht hinaus. Zur Bildung einer gewerkschaftlichen und politischen Bewegung gegen die Wilsonsche Deflationspolitik, gegen die geplanten Anti-Gewerkschaftsgesetze und vor allem gegen die Einkommenspolitik hat die KP-Führung (wohl viele ihrer Mitglieder) nicht viel mehr beigetragen als die „linken" Labourabgeordneten.

„Keine Einkommensplanung ohne Arbeiterkontrolle?"

Der Unterschied zwischen den oben angeführten deutschen Stimmen zur „Konzertierten Aktion" und jener politischen Gruppe in England, die man im Hinblick auf die Einkommenspolitik vielleicht als „bedingende Neinsager" bezeichnen könnte — die Gruppe um die Zeitschrift „The Week" — besteht darin, daß es der englischen Gruppe nur um eine besonders wirkungsvolle Art der *Ablehnung* geht, während die zitierten deutschen Positionen (besonders A. Weerth) auf eine Bagatelisierung und „linke Abdeckung" der augenblicklichen Politik der Gewerkschaften in der Frage der konzertierten Aktion hinausläuft.

Die an Zahl und Intensität wachsenden Versuche der verschiedenen Regierungen, staatliche Institutionen zur Lohnkostenplanung zu schaffen, sind für die Gewerkschaftsbewegung allerdings von so zentraler Bedeutung, daß es sich bei der Diskussion nur um die eine Frage handeln kann: Welche Forderungen und welche Aktivitäten sind dazu in der Lage, eine möglichst starke gewerkschaftliche und politische Bewegung gegen die staatlich verordnete Integration der Gewerkschaftsbewegung in den kapitalistischen Staat zu erwecken.

„The Week" glaubt, daß dieses Ziel am ehesten zu erreichen ist, wenn man die Ablehnung der Einkommenspolitik mit „klassischen" Übergangsforderungen verbindet: Das hört sich vereinfacht etwa folgendermaßen an: Keine Einkommenspolitik ohne Offenlegung der Bücher! Keine Einkommenspolitik ohne Arbeiterkontrolle! Für die Praxis der Gruppe um „The Week" bedeutete das, daß ihre Hauptaktivität in den letzten drei Jahren sich darauf konzentrierte, eine Kampagne für „workers' control" (Arbeiterkontrolle) und Offenlegung der Geschäftsbücher zu führen.

Aus der Kampagne sind mehrere detaillierte Pläne zur Demokratisierung bestimmter Industriezweige hervorgegangen.[25] Ein Hauptargument der „Week"-Gruppe gegen die „radikalen Neinsager" ist, daß nicht die Negation, der bloße Abwehrkampf, sondern der Kampf um positive Ziele dazu geeignet seien, das Bewußtsein der Arbeiterklasse in ein sozialistisches zu transformieren. Die positiven Übergangsforderungen sollten so gestellt sein, daß sie sich gegen die Modifikationspläne der kapitalistischen Wirtschaft sperren, daß sie im Augenblick aber *nicht* zu verwirklichen sind, weil sie über das System hinausweisen. Sie dienen lediglich als Transformationsriemen zur sozialistischen Bewußtseinsbildung in der Arbeiterklasse.

Bei solchen „Übergangsforderungen" kommt es entscheidend darauf an, wer sie stellt, an wen sie gerichtet sind und zu welchem Zeitpunkt sie erhoben werden. Unter den augenblicklichen Umständen ist die Gruppe um „The Week" nicht in der Lage, selbst als Führung einer halbwegs funktionierenden politischen und gewerkschaftlichen Bewegung zu fungieren. Der Kampf geht nicht, wie ein Kritiker es formulierte, um die Übergangsforderungen, sondern darum, ihnen überhaupt erst Gehör zu verschaffen. Den Forderungen „Gehör verschaffen" heißt — wieder unter gegebenen Umständen — sich bei der linken Labourfraktion und vor allem in der „linken" Gewerkschaftsbürokratie Gehör verschaffen. Da man selbst nicht dazu in der Lage ist, die Übergangsforderungen erklingen zu lassen, kann man nur darauf hoffen, daß sie eines Tages von Teilen der Gewerkschaftsbürokratien aufgegriffen werden. Die Übergangsforderungen werden nicht von der Führung einer auch nur einigermaßen intakten Arbeiterbewegung an die herrschende Klasse gestellt, sondern

[25] Vgl. dazu: „Die Mitbestimmungsdiskussion in der gegenwärtigen britischen Arbeiterbewegung" Arbeitshefte, 3. Jg., Nr. 6/8.

von einer kleinen politischen Gruppe an die linke Gewerkschaftsbürokratie. Diese Politik trifft sich folgerichtig mit einer völligen Überschätzung dieser „linken" Bürokratien. So schreibt etwa Pat Jordan, einer der führenden Mitglieder der „Week"-Gruppe: „Die Wahrheit ist doch, ob wir sie mögen oder nicht, daß eine einzige kämpferische Regung seitens der „linken" Führung der traditionellen Arbeiterorganisation mehr bedeutet als eine ganze Jahresproduktion an Literatur der marxistischen Linken".[26]

Unter den oben skizzierten Kräfteverschiebungen seine Hauptaktivität auf die Beeinflussung bestehender linker Parlamentsgruppen oder Gewerkschaftszentralen zu richten, heißt aber, sich an die Stellen wenden, die in den letzten zwanzig Jahren immer mehr an Macht verloren haben und die heute machtloser sind als jemals zuvor in der Geschichte der britischen Arbeiterbewegung. Die größte Gefahr der Formulierung solcher Übergangsforderungen liegt aber im Augenblick darin, daß sie von den Gewerkschaftsbürokratien umfunktioniert werden könnten in Mitbestimmungsforderungen im deutschen Sinn, was auf nichts anderes als auf eine bewußt betriebene Integration der Shop Stewards in bestehende Machtstrukturen hinausliefe. Die Gewerkschaftsführer, die sich auf eine staatliche Einkommensplanung einlassen, müssen fürchten, daß ihre Stellung zwischen Regierung und inoffiziellen Betriebs- und Industrieorganisationen aufgerieben wird. So begründete etwa Clive Jenkins, der Vorsitzende der Angestelltengewerkschaft ASSET seine Ablehnung jeder staatlichen Einkommensplanung damit, daß sie zu einer Machtverschiebung führen könne „von denen, die sie (die Machtpositionen V. M.) formal innehaben auf die, die informell dazu bereit sind, sie auszuüben".[27] Und der Führer des linken Gewerkschaftsflügels, Frank Cousins, Vorsitzender der britischen Transportarbeitergewerkschaft, forderte im Mai 1967 auf einer Pressekonferenz: Es müsse in der Industrie akzeptiert werden, „daß erstens der Shop Steward Teil der Gewerkschaften ist, ... der in jenen Fertigkeiten ausgebildet werden müsse, die dazu erforderlich sind, *moderne* (!) Bedingungen in seinem Betrieb herzustellen". „Zweitens denken wir, daß es keine bösartige Idee wäre, wenn Arbeiter dazu ermächtigt würden, im Management eine Rolle zu übernehmen."[28] Die Befürworter einer „Einkommensplanung auf freiwilliger Basis" müssen in der Tat befürchten, daß die Lohndrift zur beißenden Flut wird, die die Position der Gewerkschaftszentralen weiter schwächen und umgekehrt die der Shop Stewards stärken würde.

Heute eine Kampagne für detaillierte Pläne zur Demokratisierung einzelner Industriezweige zu führen, heißt nicht nur den fünfzigsten Schritt vor dem ersten tun, geht nicht nur an der augenblicklichen Situation der britischen Arbeiterbewegung vorbei. Diejenigen, die sie führen, können

[26] Vgl. Pat Jordan, in „International Socialism" Nr. 19.
[27] Tribune, 30. 4. 1965.
[28] Times, 13. 4. 1967.

gegen ihren erklärten Willen nicht verhindern, daß ihre „antikapitalistischen Strukturreformen" in den Händen der Gewerkschaftsfunktionäre umfunktioniert werden in Strukturreformen, nach denen der Neokapitalismus verlangt. Der Plan zur Demokratisierung der Stahlindustrie, wie er auf einer der Konferenzen vorgelegt wurde, hat seine Wirkung gehabt. Jetzt haben die vereinigten Gewerkschaften der Stahlindustrie Pläne zur *Mitbestimmung* für die verstaatlichte Stahlindustrie vorgelegt, die sie bei der ersten Verstaatlichung der Stahlindustrie nach dem zweiten Weltkrieg noch abgelehnt hatten. [29] Eine Kampagne für Arbeiterkontrolle und „klassische" Übergangsforderungen gibt keine Antwort auf die drängende Frage, wie die bestehende, in tausend einzelne Guerillakämpfe zersplitterte Opposition gegen die Wilsonsche Einkommenspolitik zu einer solidarischen gewerkschaftlichen und politischen Bewegung transformiert werden kann, die mächtig genug wäre, erfolgreiche Abwehrkämpfe zu führen und die dann auch so stark wäre, in den offensiven Kampf um Übergangsforderungen überzugehen.

Die Shop-Stewards-Verteidigungskomitees

In der vergangenen Epoche des ununterbrochenen wirtschaftlichen Aufstiegs konnten die Arbeitnehmer in kleinen Gruppen auf betrieblicher Ebenen durch kurze Warnstreiks oder 'Arbeit nach Vorschrift' Reformen und Lohnerhöhungen gewinnen. Dabei sind die Arbeiter selbstbewußter als jemals zuvor geworden. Das Bild hat sich verglichen mit dem der zwanziger und dreißiger Jahre vollständig verändert. Der typische Kampf war damals der lange, bittere Abwehrkampf, der nur mit den offiziellen Gewerkschaftsorganisationen geführt werden konnte. Die heutigen Kämpfe kleiner Gruppen von Arbeitern auf betrieblicher Ebene, die die Stärke der Arbeiter widerspiegeln, führen nicht von selbst zur Vereinigung der Arbeiterklasse, weil diese Kämpfe von den Gruppen als *private* Kämpfe gegen *ihren* Boss verstanden werden. Sie rufen nur selten Solidaritätskundgebungen benachbarter Betriebe hervor. Ein anderer Ausdruck dieser „Privatisierung" des Klassenkampfes ist die politische Apathie der Arbeiter. Von den Parteien erwarten sie wenig oder nichts. Schwächere Teile der Arbeiterklasse werden „vergessen". Die Alten, die Kranken, die Arbeiter in absterbenden Industriezweigen und zurückgebliebenen Regionen sind die eigentlichen Verlierer der oben geschilderten Veränderungen. Solange die Arbeiter sich im bisherigen Kampf um Reformen und Erhöhung von Sozialleistungen in der Offensive befanden, sahen sie keine Notwendigkeit sich als Klasse „für sich" zu organisieren. Gerade die beiden letzten Jahre haben aber eine Anzahl von Musterbeispielen hervorgebracht, die gezeigt haben, daß die in den Jahren der Offensive gebildeten betrieblichen und überbetrieblichen Organisationen nicht stark genug sind, das Errungene zu verteidigen.

[29] Vgl. Industriekurier, 11. 4. 1967.

„Die Unternehmer und der Staat können ihrerseits beim Gegenangriff nicht einzelne Gruppen auswählen. Ihre Einkommenspolitik und ihre Gesetzgebung gegen inoffizielle Streiks, ihr Deflationshaushalt und ihr Angriff auf die Sozialausgaben berühren alle Arbeiter, nicht nur als Metaller aus den Midlands oder als Londoner Eisenbahner, sondern als Glied der Arbeiterklasse. Wirkliche Schritte auf dem Weg zur Einheit werden gerade dann getan, wenn sich Arbeiter auf Grund des gegen sie gerichteten allgemeinen Angriffs gezwungen sehen, Solidarität zu beweisen. Nicht an dem Punkt wo Offensiven verbreitet werden, sondern wo Defensivkämpfe ausgetragen werden. Das sind die Zonen, auf die Sozialisten sich in ihrer Propaganda vor allem konzentrieren sollten, die Punkte, an denen die Kampfkraft der Arbeiter vereinheitlicht werden kann." [30]

Die wichtigsten Kämpfe der letzten drei Jahre wurden alle aus ähnlichen Gründen verloren. Der Seeleutestreik im Mai/Juni 1966 mußte abbrechen, als die Dockarbeiter im entscheidenden Zeitpunkt nur teilweise, bzw. gar nicht mitstreikten.

Eine Reihe wichtiger inoffizieller Streiks ließe sich aufzählen, wo Isolation der Streikenden direkt für die Niederlage verantwortlich war. Auch die überbetrieblichen Shop Stewards-Vereinigungskomitees, die in den letzten Jahren in der Autoindustrie, in der Elektrizitätsindustrie, in großen Stahlbetrieben und in der Bauindustrie entstanden, waren nicht genug gefestigt und nicht weitgespannt genug, um Angriffe abweisen zu können.

In der Autoindustrie waren es im Herbst 1966 vorwiegend die Arbeiter, die sich auf Massenversammlungen *gegen* die von Shop Stewards vorgeschlagenen radikalen Abwehrmaßnahmen aussprachen. Die Isolation der klassenbewußten Shop Stewards und Arbeiter und der niedrige Bewußtseinstand weiter Teile der Arbeiterschaft, die den Lohnstop noch als notwendiges und vorübergehendes Übel betrachteten, war in den meisten Betrieben die Ursache für das Stillhalten und den Erfolg der Wilsonschen Einkommenspolitik. Das darf kein Alibi für die Aktivisten sein, die Hände in den Schoß zu legen. Die Kluft zwischen klassenbewußten betrieblichen Führern und Belegschaften muß überwunden werden. Die Zersplitterung der Arbeiterschaft in einzelne Grüppchen und Sektionen reicht bis in den einzelnen Betrieb und die einzelne Werkstatt hinein. Es geht jetzt darum, diese Kluft und Zersplitterung zu überwinden. Aber selbst wo in einzelnen Betrieben ein Höchstmaß an Einheit zwischen Führung und Belegschaften besteht, reichten die in der Aufschwungsphase gebildeten Organisationsformen nicht aus, den konzentrierten Angriff von Regierung und Unternehmerverbänden Stand zu halten. Ausbau und Festigung solcher Organisationen sind zwar Voraussetzung dafür, daß der Abwehrkampf auf einer allgemeineren Ebene geführt werden kann, sind selbst aber nicht dazu in der Lage, die generelle Zersplitterung der

[30] T. Cliff / C. Barker, a. a. O. S. 134.

Bewegung zu überwinden: das verlangt nach politischen Organisationsformen, die die verschiedenen Antworten, die in unterschiedlichen betrieblichen und gewerkschaftlichen Situationen gegeben werden, in einem gemeinsamen Rahmen koordinieren können. Die alten 'Trades Councils' (am ehesten vergleichbar mit örtlichen DGB-Ausschüssen) sind so schwach, wie die örtlichen Organisationen der Einzelgewerkschaften, auf die sie sich aufbauen. Sie besitzen kaum direkte Beziehungen zu den Betrieben. Den ersten und bisher einzigen Versuch zur Bildung solcher politischer Propagandaausschüsse stellen die 'Solidaritätskomitees' dar, die im Winter 1966/67 in einer Reihe von Großstädten entstanden sind. Sie sind jeweils aus einem oder mehreren lokalen Abwehrkämpfen hervorgegangen. So ist das erste dieser Komitees, das Londoner, aus einem Konflikt in einem Maschinenbaubetrieb Nordlondons (ENV) und einem inoffiziellen Streik mehrer Londoner Großbaustellen hervorgegangen. In der Hafenstadt Hull stand der Seeleutestreik Pate. In Liverpool die Konflikte in der Bauindustrie, in Newcastle Konflikte in der Maschinenbauindustrie. Die Komitees haben die politisch engagiertesten Arbeiter angezogen und es kann nicht genug betont werden, daß ihr erfolgreicher Aufstieg über den unmittelbaren Anlaß hinweg, allein p o l i t i s c h e n Aktivisten verschiedener Herkunft zu verdanken ist, die in den genannten Konflikten beteiligt waren. Die außerordentliche Bedeutung von politisch aktiven Arbeitern für diese Komitees erklärt auch ihre politische Buntscheckigkeit. So wurde das Londoner Komitee getragen von einer inzwischen aus der KP ausgeschlossenen „chinesischen" Gruppe, von mehr oder weniger linientreuen Kommunisten der unoffiziellen Londoner Dockarbeiterbewegung und einer der Labour Party angeschlossenen Gruppe um die Zeitschrift 'International Socialism'. Bei weiten die wichtigste Rolle in den meisten Komitees spielten kommunistische Shop Stewards (auch wenn sie nur in wenigen Fällen die eigentlichen Initiatoren waren).

Obwohl die Komitees in einer Reihe inoffizieller Streiks in der Periode des Lohnstops eine Rolle gespielt haben, ist ihr politisches Gewicht bisher sehr gering geblieben. Im Dezember 1966 wurde ein erster Versuch unternommen, die Shop Stewards Komitees auf nationalen Basis zu organisieren. Etwa 700 Shop Stewards nahmen an einer Wochenendkonferenz in London teil. Es erwies sich aber bald, daß die Ansätze zu solchen zentralen inoffiziellen Organisationsformen verfrüht waren. Die Komitees waren in der Erwartung gegründet worden, daß Lohnstop und wachsende Arbeitslosigkeit zu größeren, vorwiegend inoffiziellen Streikbewegungen führen würden, die dann in den Komitees ihren organisatorischen Ausdruck finden könnten. Diese Streikbewegung blieb jedoch aus. Aus diesem Grunde vor allem scheiterte der Versuch, die Komitees auf nationaler Ebene zusammenzuführen und aus diesem Grunde verschwanden eine Reihe der lokalen Komitees wieder. Inoffizielle Komitees mit stark heterogener politischer Zusammensetzung sind so labil, daß sie nur

dann bestehen können, wenn ein echtes Bedürfnis nach ihnen vorliegt. Sonst bleiben sie leere Organisationsschalen, deren Mitglieder sich im Aktivismus nur selbst bestätigen, die aber von jedem politischen Einfluß auf wirkliche Klassenkämpfe meilenweit entfernt sind.

Die Organisationsform der Komitees muß flexibel sein, der Struktur der Einzelkämpfe angemessen, in die sie eingreifen. Ihre Aufgabe ist es, diese Einzelkämpfe zu politisieren, zu verallgemeinern, ohne sich von diesen Streiks durch unzeitgemäße Forderungen zu entfernen. Im Dockarbeiterstreik vom November 1967 entstand kurzfristig ein Gerippe eines industrieweiten inoffiziellen Dockarbeiterkomitees: der Kampf gegen die Rationalisierungspläne der Regierung war eine nationale Angelegenheit und konnte nur auf nationaler Ebene aufgenommen werden. Alte Kontakte zwischen den Häfenstädten Hull, Liverpool, London und Necastle wurden erneuert und ausgebaut. Eine Dockarbeiterzeitung erschien, zwei nationale Konferenzen wurden abgehalten, auf denen einige gemeinsame Forderungen erarbeitet wurden. Aber diese Koordinationsversuche kamen zu spät, die Bedingungen in den einzelnen Häfen waren sehr verschieden und nur ein Maximum an Solidarität auf nationaler Ebene hätte diesen Streik erfolgreich beenden können, der von zeitweise 20 000 Dockarbeitern über sechs Wochen und ohne jede Streikunterstützung durch Gewerkschaften geführt wurde.

Einzelkämpfe solcher Art weiterzutreiben und zu politisieren, bestehende betriebliche Shop Stewardskomitees fester im Einzelbetrieb zu verankern, die fortgeschrittensten Komitees auf industrieweiter Basis (wie in den Docks) oder auf Distriktbasis (wie anläßlich des einjährigen Streiks in der amerikanischen Textilfirma Roberts Arundel bei Birmingham) zusammenzuführen — darin besteht heute die Hauptaufgabe britischer Sozialisten. Die Komitees können nur langsam in konkreten Kämpfen von unten nach oben wachsen. Ziel bleibt, sie auf nationaler Basis zu einer wirklichen Macht auszubauen.

Die Komitees können und wollen sich nicht als Ersatz für bestehende oder zukünftige politische Organisationen verstehen. Ebensowenig können sie Ersatz für die bestehende Gewerkschaftsbewegung sein. Dort, wo die Gewerkschaften Aktionen gegen die Einkommensplanung unternommen haben, hat sich gezeigt, daß im Augenblick nur sie dazu in der Lage sind, Lohnstop und Einkommensplanung zu brechen. Die Angestelltengewerkschaft DATA hat in mehreren Fällen gegen den Widerstand der Unternehmer durch eine konsequente betriebsnahe Tarifpolitik während der Periode des Lohnstops beträchtliche Lohnerhöhungen für ihre Mitglieder erkämpfen können. Sie ist aber bisher leider die einzige Gewerkschaft, deren Opposition gegen den Lohnstop auf nationaler Ebenen sich konsequent mit den lokalen Interessen ihrer Mitglieder deckt. Dort, wo das nicht der Fall ist, können die Komitees aber eine wesentliche Rolle bei der Erneuerung der Gewerkschaftsbewegung spielen. (So waren die Veränderungen in der Seeleutegewerkschaft, die dann 1965 zum Streik führ-

ten, ein direktes Ergebnis der aktiv und bewußt betriebenen Erneuerungspolitik eines inoffiziellen Komitees.)

Zusammenfassung

Die Bedürfnisse der Riesenbetriebe, knappe Arbeitskräfte an den Betrieb zu binden, hat nicht nur dazu geführt, daß das Parlament als Kampfarena für Sozialreformen immer bedeutungsloser geworden ist; auch die Gewerkschaftszentralen sind — soweit die Gewerkschaften sich über eine betriebsnahe Tarifpolitik nicht an die Entwicklung anpassen konnten — für die Arbeitnehmer relativ bedeutungsloser geworden. Ein immer größerer Teil des Arbeitnehmereinkommens wird direkt zwischen Belegschaften und Betriebsleitungen ausgehandelt. Die Shop Stewards verdanken ihren Machtzuwachs dieser Entwicklung. Eine politische Strategie gegen die Wilsonsche Einkommenspolitik, die diese für das Muster des britischen Klassenkampfes bedeutsamen Verschiebungen nicht zu ihrem Ausgangspunkt macht, die ihre Hauptaktivität darauf richtet, auf „linke" Parlamentarier und „linke" Gewerkschaftsbürokratien Druck und Einfluß auszuüben, wendet sich an die Institutionen, die weder willens noch fähig sind, den Kampf gegen die Einkommenspolitik zu führen. Dort, wo die Gewerkschaften Widerstand leisten, gehen sie nur soweit, wie sie von ihrer Mitgliedschaft gedrängt werden. Frank Cousins ist für Wilson ebensowenig eine Gefahr wie Michael Foot oder irgend ein anderer Führer der linken parlamentarischen Opposition.

Die wichtigste Forderung, die man an eine sozialistische Strategie stellen muß, ist, daß sie realitätsbezogen sein muß; d. h. daß sie von der Arbeiterbewegung ausgehen muß, *wie sie ist,* nicht wie sie unseren Vorstellungen nach sein sollte. Das trifft die für die augenblickliche Situation irrelevanten Forderungen (offensive Forderungen in einer defensiven Situation) ebenso wie die schematische Übernahme „bolschewistischer Lösungen". Beides trägt nicht dazu bei, die Bewegung, wie sie ist — potentiell stark, aber zersplittert und partikulär —, weiterzutreiben.

Organisationsformen, die ihre Wurzel auf lokaler betrieblicher oder überbetrieblicher Basis haben, sind die potentielle Kraft, von der eine revolutionäre Opposition gegen die Einkommenspolitik, gegen die geplanten Anti-Gewerkschaftsgesetze ihren Ausgang nehmen kann. Die Politik der Einheitsfront auf industrieller Basis mit den militanten kommunistischen Shop Stewards ist heute die einzige realistische Politik. Die Möglichkeit für eine solche Zusammenarbeit besteht heute wie niemals zuvor. Die Erfahrung der „Verteidigungskomitees" und der inoffiziellen Streiks von 1966 und 1967 hat gezeigt, daß auf der Basis einer gemeinsamen Opposition gegen die Wilsonsche Politik die besten Kräfte der KP in Aktivitäten hineingezogen werden können, denen die Partei weder offene Opposition noch offene Unterstützung entgegenbringt. Die Erneuerung der britischen Arbeiterbewegung bis hin zum Wiederaufbau einer marxistischen Arbeiterpartei kann hier ihren Ursprung finden.

Wolfgang Müller

Marxistische Wirtschaftstheorie und Fetischcharakter der Ware

Kritische Bemerkungen zum Hauptwerk Ernest Mandels

1968 ist endlich Ernest Mandels *Traité d'économie marxiste* in deutscher Übersetzung erschienen[1], seit langer Zeit der erste Versuch eines marxistischen Theoretikers, im „Kontakt zu der heutigen Wirklichkeit" für „die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts zu leisten, was Marx für das 19. geleistet hat" (S. 14). Mandel will mit seiner umfangreichen Arbeit endlich darüber hinaus kommen, die „ökonomische Beweisführung, die Marx im vorigen Jahrhundert erarbeitet hat", bloß abzukürzen und zusammenzufassen, wie es bisher die meisten Marxisten getan hätten (S. 15 und 14). Daher möchte er darauf verzichten „‚heilige' Texte zu zitieren und auszulegen"; „was wir zu zeigen versuchen, ist, daß man aus den empirischen Daten der heutigen Wissenschaft das gesamte ökonomische System von Karl Marx rekonstruieren kann. Mehr noch: wir werden uns um den Nachweis bemühen, daß allein die Marxsche Wirtschaftslehre diese Synthese aller menschlichen Wissenschaften erlaubt", nämlich der Ergebnisse der „namhaftesten Wirtschaftstheoretiker, Wirtschaftshistoriker, Ethnologen, Anthropologen, Soziologen und Psychologen unseres Zeitalters, soweit sie Erscheinungen der wirtschaftlichen Aktivität menschlicher Gesellschaften in der Vergangenheit, der Gegenwart oder der Zukunft beurteilen". (S. 16) Daß Mandel Marx vor allem als Theoretiker der Ökonomie versteht, geht auch aus seinen Bemerkungen zur marxistischen Methode hervor, deren große Überlegenheit er in der „dynamischen Verbindung von Wirtschaftsgeschichte und Wirtschaftstheorie sieht. (Vgl. S. 16—18 der Einleitung).

Der Untertitel von „Das Kapital" heißt „Kritik der politischen Ökonomie". Ökonomie ist hier in doppelter Bedeutung aufzufassen, einmal als die bestimmten Verhältnisse, unter denen in der bürgerlichen Gesellschaft die Menschen tagtäglich ihr Leben materiell erhalten, dann als die wissenschaftliche Untersuchung dieser Lebensverhältnisse durch die theoretisch Befähigteren unter ihren Agenten. Freilich ist in der von offenen Widersprüchen kaum bedrohten Aufstiegsepoche dieser Gesellschaft[2] das Selbst-

[1] *E. Mandel,* Marxistische Wirtschaftstheorie, Frankfurt (Suhrkamp) 1968, übersetzt von L. Boepple, 805 S., DM 36.—; im folgenden angeführt als *Theorie.*
[2] Vgl. *K. Marx,* Das Kapital, Bd. I, in: Marx/Engels, Werke, Berlin (DDR) 1962, Bd. 23, S. (12) 20 (Nachwort zur 2. Auflage). Nach dieser Ausgabe wird

bewußtsein ihrer gebildeten Repräsentanten so umfassend, daß diese grundsätzlich an einem Verständnis des gesamten gesellschaftlichen Lebensprozesses interessiert und dazu auch befähigt sind — in den Grenzen, die im Wesen dieser Gesellschaft begründet sind. So verzichtete keiner der frühen bürgerlichen Philosophen auf Umrisse einer politischen Ökonomie im Rahmen seines Systems, und andrerseits ist die klassische bürgerliche Ökonomie weit mehr als die heutige, sich einzelwissenschaftlich bescheidende Volkswirtschaftslehre. Vielmehr ist, nach dem methodischen Ansatz von Marx, die politische Ökonomie in ihrem doppelten Aspekt das Skelett der ganzen Gesellschaft, das der kritischen Anatomie den Weg einer umfassenden Auffassung weist. Und daher war für Marx der angemessene Ansatz für die Kritik die Aneignung jener wissenschaftlichen Selbstauffassung, wie sie gewissermaßen literarhistorisch in den Arbeiten der politischen Ökonomen von Petty und Locke bis zu Smith und Ricardo vorlag. In den Widersprüchen der wissenschaftlichen Bewußtseinsformen erst können die in der gesellschaftlichen Wirklichkeit bestehenden Widersprüche erkannt und analysiert werden.[3] In diesem doppelten Sinn ist das Marxsche Werk „*Kritik* der politischen Ökonomie" und damit durchaus nicht marxistische Wirtschaftstheorie. „Ein Blick in den ersten Band des Marxschen Kapital genügt, um sich von diesem vollständig veränderten Charakter der ökonomischen Wissenschaft zu überzeugen. Gleich die erste minuziöse Analyse der allgemeinsten ökonomischen Kategorien der „Ware" und des „Geldes" und der „Verwandlung von Geld in Kapital" bleibt nur noch scheinbar in dem „geräuschvollen, auf der Oberfläche hausenden und aller Augen zugänglichen Gebiet des Warenaustauschs oder der Zirkulation". Sie dient in Wahrheit vom ersten bis zum letzten Satz zugleich der kritischen Durchsichtigmachung dieser allgemeinen ökonomischen Kategorien, Enthüllung ihres „fetischistischen" Scheins und Aufzeigung des dahinter verborgenen besonderen gesellschaftlichen Charakters der bürgerlichen Warenproduktion."[4]

In diesem Sinn sollen auf den folgenden Seiten einige von Mandel verwendete Begriffe kritisch der Marxschen Intention konfrontiert werden; zu einigen anderen werden nur Hinweise gegeben. Mandel selbst hofft durch sein imposantes Werk eine „Ausweitung der Diskussion — und seien es auch nur kritische Beiträge —" herbeizuführen. Dieser Aufforde-

im folgenden zitiert, sofern nicht anders angegeben. Zitate aus dem 1. Band werden nach der Ausgabe des Dietz-Verlags Berlin 1947 u. ö. gegeben; die Seitenzahlen dieser Ausgabe werden an erster Stelle in Klammern angegeben.

[3] Vgl. *A. Schmidt*, Zum Erkenntnisbegriff der Kritik der politischen Ökonomie, in: 100 Jahre Kapital (vgl. Anm. 5), S. 34.

[4] *K. Korsch*, Karl Marx, London 1938, im deutschen Original Frankfurt/Wien 1967, S. 93; vgl. auch *R. Rosdolsky*, Zur Entstehungsgeschichte des Marxschen ‚Kapital', Der Rohentwurf des ‚Kapital' 1857—58, Frankfurt/Wien 1968, insgesamt, z. B. S. 516. — Diesen beiden Arbeiten verdanke ich die wesentlichen Anregungen zu den folgenden Bemerkungen.

rung verdankt der folgende Beitrag seine Entstehung, der nicht den Anspruch auf eine umfassende Würdigung des Mandelschen Werks erheben kann. Zweifellos ist eine umfassende Diskussion unerläßlich, soll eine für die Praxis fruchtbare Erneuerung der Ansätze von Marx und einiger seiner Nachfolger jenseits der revisionistischen und stalinistischen Versteinerungen stattfinden. Auf welche Schwierigkeiten schon die bescheidensten Versuche zur Herstellung einer gemeinsamen Plattform gerade im Zentralbereich des Marxschen Werks, der Analyse des Kapitals und der Kritik der politischen Ökonomie, stoßen, hat nur allzu deutlich das Colloquium gezeigt, das zum 100. Erscheinungsjahr des „Kapital" im Herbst 1967 in Frankfurt am Main stattgefunden hat: in babylonischer Verwirrung redeten oder schwiegen die Teilnehmer aneinander vorbei. Am tiefsten scheint die Kluft zwischen „Philosophen" und „Ökonomen"; insofern ist der vorliegende Diskussionsbeitrag ein besonderes Wagnis[5].

In seinem ersten Kapitel „Arbeit — Notwendiges Produkt — Mehrprodukt" resümiert Mandel die Ergebnisse der in den letzten Jahrzehnten erschienenen zusammenfassenden Arbeiten der Wirtschaftsgeschichte, Anthropologie usw. über die Geschichte der frühen menschlichen Gemeinwesen bis etwa zur neolithischen („metallurgischen") Revolution. Seine besondere Aufmerksamkeit gilt dabei den genossenschaftlichen Organisationsformen und der Möglichkeit der Entstehung von Produktionsüberschüssen. Im zweiten Kapitel überschreitet er die Grenze, jenseits derer die Tauschbeziehungen entstehen, und stellt die Entwicklung ihrer Formen dar. Ebenfalls historisch wird die Entstehung der ersten Formen der Produktion für den Austausch berichtet. Er kommt dann zur Darstellung des Prinzips der Ökonomie der Arbeitszeit, die nach seiner Auffassung erst den Begriff des Werts bzw. abstrakt menschlicher Arbeit möglich macht.

Sobald die Arbeitsteilung ihre ursprünglichsten Formen, vor allem die zwischen Mann und Frau, überschreitet, muß nach Mandel der Beitrag jedes Produzenten zur Gesamtarbeit bewußt nach einem objektiven Kriterium geregelt werden. Dieses Kriterium sei die Berechnung der Arbeitszeit, wie sie in zahlreichen primitiven Gesellschaften, etwa Dorfgemeinschaften, nachgewiesen ist. Erst wenn diese *Ökonomie der Arbeitszeit* entwickelt sei, könne der allgemeine Tausch, der Handel, stattfinden: „diese Tauschvorgänge (sind) von dem gleichen objektiven Maßstab bestimmt, der dem gesamten gesellschaftlichen Leben zugrunde liegt, d. h., *der Tauschwert der Waren (bemißt sich) nach der zu ihrer Herstellung*

[5] Dem neuerwachten Verwerterinteresse an Marxisma ist es zu danken, daß diese lehrreichen Verwirrungen jetzt im vollen Wortlaut studiert werden können: Kritik der politischen Ökonomie heute — 100 Jahre ‚Kapital'. Referate und Diskussionen vom Frankfurter Colloquium im September 1967, veranstaltet vom Institut für Politikwissenschaft der Johann Wolfgang Goethe-Universität und der Europäischen Verlagsanstalt, herausgegeben von Walter Euchner und Alfred Schmidt, Frankfurt/Wien 1968; vgl. z. B. S. 52, 79, 277 f.

notwendigen Arbeitszeit". (S. 67f.) Freilich gilt hier der „objektive Maßstab" der Ökonomie der Arbeitszeit „halb bewußt, halb unbewußt" (S. 68). Doch sind „*strenge Regeln der Gleichwertigkeit* zwischen den Erzeugnissen und den dafür ausgetauschten Waren . . . unabdingbar", wenn sich die Gesellschaft nicht auflösen soll, weil die benachteiligten Erwerbszweige von den Produzenten verlassen werden würden[6]. Die objektive Vergleichbarkeit der Waren, die dem Tauschwert zugrundeliegt, wird durch die Menge allgemeiner menschlicher Arbeit möglich, die in jeder Ware als Teil der gesellschaftlichen Gesamtarbeitszeit enthalten sei (S. 70). Diese Ökonomie der Arbeitszeit „wird" „umso gebieterischer" „durchgeführt" (S. 71), je mehr sich die Warenproduktion ausdehnt, auch wenn „in jener ersten Phase der Warenproduktion (die Menschen) sich nicht des Begriffs der ‚abstrakten Arbeit' bewußt werden konnten" (S. 70, Anm.). Die „Regeln" des „Wertgesetzes" bleiben jedenfalls in der einfachen Warenproduktion „ziemlich durchsichtig" (S. 74) und werden z. B. von Bauern und Handwerkern ganz bewußt angewandt, wie die in solchen Gesellschaften schriftlich oder auf andere Weise fixierten strengen Regeln über die Beziehungen von Arbeitszeit und Durchschnittsäquivalenten zeigen.

Die für unsere Kritik entscheidenden Sätze stehen ausdrücklich am Anfang des Abschnittes „Der Tauschwert der Waren" (S. 67-70): „Der allgemeine Tausch, der Handel, tritt erst auf einer Entwicklungsstufe in Erscheinung, die durch die Ökonomie der Arbeitszeit gekennzeichnet ist.

[6] Vgl. *Theorie* S. 69 (keine Hervorhebung im Original). Dieser Zusammenhang ist der Kern dessen, was in der fixierten marxistischen Terminologie als *Wertgesetz* bezeichnet wird; Mandel selbst spricht von dem zweiten Kapitel der *Theorie* als dem „Kapitel, das sich mit dem Wertgesetz beschäftigt" (Einführung in die marxistische Wirtschaftstheorie, Frankfurt (Verlag Neue Kritik) 1967, S. 9; im folgenden als *Einführung* angeführt). Gerade bei diesem Begriff ist die terminologische Festlegung bei Marx selbst nicht festzustellen (wenn er überhaupt von *Gesetz* spricht, so vom Gesetz der Ware(n), des Wertes, des Warenaustauschs, dem Arbeitswertgesetz usw.); darin ist angedeutet, daß sein Interesse nicht so sehr den quantitativen Beziehungen, der Größe des Werts, als seiner besonderen Form gilt. Welche Konsequenzen sich daraus für die Auffassung des sog. Wertgesetzes ergeben, mag das folgende Zitat aus Korschs Buch (vgl. Anm. 4) andeuten: „Die wirkliche, geschichtliche und gesellschaftliche Bedeutung des Wertgesetzes ergibt sich erst mit der vollständigen Abstreifung des fetischistischen Scheins, der diesem Grundgesetz der Politischen Ökonomie schon in der Darstellung seiner ersten Entdecker im 17. und 18. Jahrhundert anhaftete, und sie hat überhaupt nichts mehr zu tun mit den von der geschichtlichen und gesellschaftlichen Grundlage der ökonomischen Erscheinungen gänzlich losgelösten Vorstellungen der späteren Vulgärökonomen, die den Sinn des Wertgesetzes nur noch in der ‚Wertrechnung' erblickten, d. h. in der Beschaffung irgendwelcher theoretischer Grundlagen für die praktische Kalkulation des in der bestehenden kapitalistischen Gesellschaft seinen privaten Vorteil suchenden Geschäftsmanns oder für die wirtschaftspolitischen Maßnahmen des für das Gedeihen der kapitalistischen Plusmacherei im allgemeinen besorgten bürgerlichen Staatsmannes." Vgl. insgesammt die Paragraphen 6 bis 9 im II. Teil des Buches von Korsch.

. . . Es ergibt sich, daß diese Tauschvorgänge von dem gleichen objektiven Maßstab bestimmt werden, der dem gesamten gesellschaftlichen Leben zugrunde liegt, d. h., *daß sich der Tauschwert der Waren nach der zu ihrer Herstellung notwendigen Arbeitszeit bemißt*". Der objektive Maßstab der allgemein menschlichen Arbeit ist prinzipiell in jeder Gesellschaft gegeben, die eine „auf der Arbeitsdauer beruhende ökonomische Rechnungsführung" praktiziert[7]. Dagegen sagt Marx sehr deutlich: „*Das* quantitative Verhältnis, worin sich Produkte austauschen, ist *zunächst ganz zufällig*. Sie nehmen sofern Warenform an, daß sie überhaupt Austauschbare, d. h. Ausdrücke desselben Dritten sind. Der fortgesetzte Austausch und die regelmäßige Reproduktion für den Austausch hebt diese Zufälligkeit mehr und mehr auf[8]". Ganz offenbar ist für Marx das Entscheidende die *Form* des Austausches, durch die überhaupt erst Arbeitsprodukte zu Trägern der gleichen Qualität, des Wertes, also zu Waren werden. Die Tatsache der *quantitativen* Gleichsetzbarkeit setzt eine ge-

[7] Zitat *Theorie* S. 67. — Auffallenderweise setzt Mandel jedoch in seiner *Einführung* (S. 8—11) unter dem Titel *Das Wertgesetz* die Ökonomie der Arbeitszeit in engen Zusammenhang mit der Entwicklung der einfachen Warenproduktion: „Je mehr die Produktion von Waren sich verallgemeinert, je regelmäßiger die Arbeit wird, um so mehr organisiert sich die Gesellschaft um eine auf Arbeit gegründete Rechnungsführung." (S. 9). Jedoch auch hier deuten die angegebenen Beispiele sowie der ausdrückliche Hinweis auf seine *Theorie* darauf hin, daß er die „Rechnungsführung in Arbeitsstunden" als Kern des Wertgesetzes schon vor dem Beginn der Warenproduktion gegeben sieht. In beiden Arbeiten führt er das Beispiel des mittelalterlichen japanischen Dorfes an, wo es „in der Dorfgemeinschaft buchstäblich eine Berechnung in Arbeitsstunden" gebe (*Einführung* S. 9, vgl. *Theorie* S. 64f): aber hier werden eben von den einzelnen Familien wechselseitig geleistete, *unmittelbar nützliche Arbeitsstunden* gewissermaßen verliehen, systematisch verrechnet und bis zum Jahresende wieder durch Arbeitsleistung ausgeglichen, nicht jedoch Arbeitsprodukte *als Waren* getauscht. Es handelt sich um einen bewußten und kollektiven Akt der Produzenten, denen der Zusammenhang ihrer Produktion völlig klar bleibt. Vgl. auch *K. Marx*, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie (Rohentwurf) 1857—58, Moskau 1939/41, Berlin (DDR) 1953, S. 370 (künftig als *Grundrisse* angeführt).

[8] *Kapital* III, 342; vgl. ausführlicher *Kapital I*, (93f.) 102f.: „Der Warenaustausch beginnt, wo die Gemeinwesen enden, an den Punkten ihres Kontakts mit fremden Gemeinwesen oder Gliedern fremder Gemeinwesen. Sobald Dinge aber einmal im auswärtigen, werden sie auch rückschlagend im inneren Gemeinleben zu Waren. Ihr *quantitativen Austauschverhältnis* ist zunächst ganz *zufällig*. Austauschbar sind sie durch den Willensakt ihrer Besitzer, sie wechselseitig zu *veräußern*. Indes setzt sich das Bedürfnis für fremde Gebrauchsgegenstände allmählich fest. Die beständige Wiederholung des Austausches macht ihn zu einem regelmäßigen gesellschaftlichen Prozeß. Im Laufe der Zeit muß daher wenigstens ein Teil der Arbeitsprodukte absichtlich zum Behuf des Austausches produziert werden. Von diesem Augenblick an befestigt sich einerseits die Scheidung zwischen der Nützlichkeit der Dinge für den unmittelbaren Bedarf und ihrer Nützlichkeit zum Austausch. Ihr Gebrauchswert scheidet sich von ihrem Tauschwerte. Andrerseits wird das quantitative Verhältnis, worin sie sich austauschen, von ihrer Produktion selbst abhängig. Die Gewohnheit fixiert sie als *Wertgrößen*."

meinsame *Qualität* des Verglichenen voraus. Indem beim Tauschakt die Abstraktion der Wesensgleichheit sinnlich verschiedener Arbeitsprodukte vollzogen wird, wird zugleich auch von der in den Arbeitsprodukten verkörperten spezifischen, konkret verschiedenartigen Arbeit der einzelnen Produzenten abstrahiert und der Begriff der menschlichen Arbeit in abstracto gesetzt. Nicht die Quantität der in den Waren verkörperten Arbeitszeit, nicht die *Wertgröße* ist das Entscheidende am Begriff des Werts, sondern die von den konkreten Besonderheiten der Einzelarbeiten absehende „Dieselbigkeit", die *Wertform*. Mandel sieht also gerade von dem für Marx gegenüber seinen Vorgängern in der klassischen Ökonomie wesentlichen Aspekt des Wertes ab, indem er diesen bloß nach seiner quantitativen Seite bestimmt und damit kaum umhin kann, seine Vorstufen in nicht warenproduzierenden Gesellschaften aufzufinden — daß in jedem Arbeitsprodukt ein bestimmtes Quantum Arbeit enthalten ist, das in Relation zur Gesamtarbeitszeit einer Gesellschaft als Arbeitszeit gemessen und der bewußten Organisation zugrundegelegt werden kann, ist vielmehr gerade Charakteristikum der Nichtwarengesellschaft[9], oder auch des Industriebetriebs, innerhalb dessen die Produkte, da kein Tausch stattfindet, nicht zu Waren werden[10].

Marx hat seine kritische Weiterentwicklung des Wertbegriffs in mehreren Vorarbeiten zum „Kapital" dargestellt und zuletzt in seiner entwickeltsten, zugleich aber kompaktesten Fassung in der 2. Auflage des „Kapital" (1872) formuliert. Zur Belegung des bisher Ausgeführten folgen daraus einige Sätze:

„Erst innerhalb ihres Austauschs erhalten die Arbeitsprodukte eine von ihrer sinnlich verschiedenen Gebrauchsgegenständlichkeit getrennte, *gesellschaftlich gleiche Wertgegenständlichkeit*. Diese Spaltung des Arbeitsprodukts in nützliches Ding und Wertding betätigt sich nur praktisch, sobald der Austausch bereits hinreichende Ausdehnung und Wichtigkeit gewonnen hat, damit nützliche Dinge für den Austausch produziert werden, der Wertcharakter der Sachen also schon bei ihrer Produktion selbst

[9] Hier wird die durchaus aktuelle Bedeutung der Unterscheidung von Form und Größe des Werts deutlich: welche Rolle spielt der Wert in der sozialistischen Gesellschaft, welche bei ihrem Aufbau? Beschränkt man sich auf den quantitativen Aspekt, so ist das so verkürzte „Wertgesetz" ein durchaus auch im Sozialismus „anwendbares", neutrales Instrument zur Verteilung knapper „Ressourcen" — eine bekanntlich recht verbreitete Auffassung, der sich gerade zusammen mit Ernesto Che Guevara in der cubanischen Industriedebatte Mandel selbst entgegenstellt hat (vgl. Anm. 43), wie schon 40 Jahre zuvor der sowjetische Ökonom Preobraschenski der den Kampf zwischen dem Wertgesetz, als Inbegriff der Warengesellschaft, und dem Gesetz der ursprünglichen sozialistischen Akkumulation im einzelnen analysierte (englische Übersetzung The New Economics, Oxford 1965, insbes. S. 136 ff.).

[10] Darauf beruht die spezifische Form der Planung im industriellen Sektor Cubas, die auf Guevara zurückgeht (vgl. z. B. dessen Aufsatz Sobre la concepcion del valor, zuerst in Nuestra Industria—Revista Economica, Nr. 3, Oktober 1963; vgl. Anmerkung 43. Vgl. auch *Kapital* I (372) 376, (46) 56 f.

in Betracht kommt. . . . Die *Gleichheit* toto coelo *verschiedener Arbeiten* kann nur in einer *Abstraktion von ihrer wirklichen Ungleichheit* bestehen, in der Reduktion auf den gemeinsamen Charakter, den sie als *Verausgabung menschlicher Arbeitskraft*, abstrakt *menschlicher Arbeit* besitzen. . . . Indem (die Menschen) ihre verschiedenartigen *Produkte einander* im Austausch *als Werte* gleichsetzen, setzen sie ihre verschiedenen Arbeiten einander als menschliche Arbeit gleich. Sie wissen das nicht, aber sie tun es[11]".

In der gesellschaftlichen Arbeitsteilung mag die bei gemeinschaftlicher Produktion bereits in der selbstversorgenden Bauernfamilie notwendige Ökonomie der Arbeitszeit, die bewußte und planmäßige Aufteilung der Gesamtarbeit auf die einzelnen Gesellschaftsmitglieder, nach dem Maß z. B. von Arbeitsstunden, hoch entwickelt sein — die planmäßig aufgeteilte Gesamtarbeit bleibt eine Gesamtheit von mehr oder weniger *verschiedenen* Einzelarbeiten, die *Gebrauchswerte* für die Gemeinschaft erzeugen; sie bleibt eine bewußte, vielfach rituell verfestigte Zusammenstellung einer Mehrzahl von nützlichen Arbeiten. Die Gesellschaftsmitglieder sehen nicht von diesem nützlichen Charakter ihrer jeweiligen Einzelleistungen ab, auch wenn sie diese zur Steigerung des Nutzeffekts in bewußter Kooperation organisieren (z. B. beim Bau von Dämmen). Sie wissen, was sie tun — selbst wenn sie es als Knechte für ihre Herren und nach deren Kommando tun; der Sklave erhält keinen Lohn und weiß daher immer, daß er bloß stimmbegabtes Werkzeug ist.

Marx kennt ebenfalls den Begriff der *Ökonomie der Arbeitszeit*, doch betont er deutlich den qualitativen Unterschied der verschiedenen Einzelarbeiten, denen bloß durch Abstraktion von ihrer wirklichen Ungleichheit beim regelmäßigen Tausch die qualitative Gleichheit gegenübertritt, die dann erst eine quantitative Messung im Sinn des Wergesetzes möglich macht: „Ökonomie der Zeit, sowohl wie planmäßige Verteilung der Arbeitszeit auf die verschiedenen Zweige der Produktion, bleibt also erstes ökonomisches Gesetz auf der Grundlage der gemeinschaftlichen Produktion. Es wird sogar in viel höherem Grade Gesetz. Dies ist jedoch wesentlich verschieden vom Messen der Tauschwerte (Arbeiten oder Arbeitsprodukte) durch die Arbeitszeit. Die Arbeiten der Einzelnen in demselben *Arbeitszweig*, und die verschiedenen Arten der Arbeit, sind nicht nur *quantitativ*, sondern *qualitativ* verschieden. Was setzt der nur *quantitative* Unterschied von Dingen voraus? Die Dieselbigkeit ihrer *Qualität*. Also das quantitative Messen der Arbeiten die Ebenbürtigkeit, die Dieselbigkeit ihrer *Qualität*[12]".

Indem Mandel das, was Marx *menschliche Arbeit in abstracto* nennt, mit jener (mehr oder weniger bewußt) eingeteilten „*Gesamtarbeitszeit*", „*auf*

[11] *Kapital* I, S. (78 f.) 87 f.; vgl. auch S. (93 f.) 102 f.; keine Hervorhebung im ersten Satz des Originals.
[12] *Grundrisse* 89 f.

deren Ökonomie die Gesellschaft überhaupt beruht" (S. 70), identifiziert, verzichtet er also gerade auf jene spezifische Differenz, auf der nach Marx die Warengesellschaft im Unterschied von allen anderen Gesellschaftsformen beruht und die überhaupt erst den Wertbegriff möglich macht. Zugleich verstellt er sich das Verständnis für die Geldform des Wertes, bzw. den Fetischcharakter dieser ökonomischen Kategorie. Er leitet das Geld aus der historisch vielfach zu beobachtenden Verallgemeinerung der Tauschbeziehungen ab, wo nicht mehr bloß wenige Produkte in rituell streng festgelegten Verhältnissen ausgetauscht werden. „Zehn, zwanzig, dreißig verschiedene Berufe müssen nun regelmäßig ihre Arbeitsergebnisse wechselseitig einander gegenüberstellen. *Damit ein reibungsloser Tausch möglich wird*, müssen die Eigentümer ihre Güter loswerden können, bevor sie zufällig den Käufer finden, der ausgerechnet die Güter besitzt, die sie im Austausch erlangen wollen. Damit diese Tauschgeschäfte auf der Grundlage der Gleichwertigkeit stattfinden, muß es eine Ware geben, in der alle anderen Waren jeweils *ihren Tauschwert ausdrücken können*[13]".
Dieser Begründung, die durchaus dem historischen Augenschein entspricht, läßt Mandel eine Reihe von Beispielen für Waren folgen, die in verschiedenen frühen Epochen die Rolle des *allgemeinen*[14] Äquivalents gespielt haben, vom Vieh- und Sklavengeld bis zu den Metallen und schließlich deren Münzung. Die *Notwendigkeit von Geld als Zirkulationsmittel* dient ihm also zur Begründung des Auftretens von Geld; er bleibt damit prinzipiell bei der Erklärung der bürgerlichen Ökonomen stehen, die im Geld nur „ein pfiffig ausgedachtes Auskunftsmittel" erblicken, das die Schwierigkeiten beim erweiterten Tauschhandel bewältigen soll.[15]
Gerade wenn man diese historischen „Tatsachen" mit Mandel (und Marx) akzeptiert, muß das grundsätzlich andere Verfahren auffallen, das Marx schon hier, beim Übergang von der Kategorie der Ware zu der des Geldes, angewendet hat. Da alle Kategorien bloß Daseinsweisen einer bestimmten, historischen Gesellschaftsform sind, ist in ihnen, in ihren inneren Zusammenhängen und Widersprüchen, in ihrer Bewegung die wirkliche Entstehung und Geschichte dieser Gesellschaft resümiert. Umgekehrt gibt es keine Möglichkeit, die nackten Tatsachen objektiv zu registrieren — die „Wirklichkeit" konstituiert sich erst aus der Einheit von Sache und

[13] *Theorie* S. 75, am Anfang des Kapitels III „Geld — Kapital — Mehrwert". Keine Hervorhebung im Original.
[14] Vgl. Anm. 24.
[15] *K. Marx*, Zur Kritik der politischen Ökonomie, MEW Bd. 13, S. 36. Zur anschaulichen Begründung für die Notwendigkeit eines allgemeinen Äquivalents zitiert Mandel Sir Samuel Baker, der vor 100 Jahren berichtete, „wie er auf dem Markt von Nyoro in Uganda die Marktleute hat rufen hören: ‚Milch für Salz zu verkaufen! Salz gegen Speerspitzen! Billigen Kaffee für rote Perlen!'" (*Theorie* S. 75). „Die Entwicklung des internationalen Handels fällt zeitlich etwa mit der metallurgischen Revolution zusammen. Hauptobjekte dieses Handels sind die Metalle. Die Notwendigkeit eines allgemeinen Äquivalents macht sich von da an stärker bemerkbar." (ebda S. 80).

Begriff. In der literargeschichtlich vorliegenden Selbstverständigung der bürgerlichen Gesellschaft, der politischen Ökonomie seit dem 17. Jahrhundert, näherte sich Marx seinem „Stoff", den er nach der Aneignung im Detail in der komplementären Einheit von dialektisch-logischer *und* historischer Ableitung „darstellte".[16] Im 1. Kapitel des „Kapital" findet die Ableitung der fertigen Geldform aus den in der Ware enthaltenen Widersprüchen statt, d. h. also durch die Analyse der Wertform, wie sie im einfachen Wertverhältnis zum Vorschein kommt; hier liegt das Zentrum, „Geheimnis", letztlich der spezifischen Organisationsform der *gesellschaftlichen Arbeit*, deren Produkt Warenform hat. In der dialektisch-historischen Analyse wird der historische Prozeß der Genesis des Geldes in seinem „idealen Ausdruck", seinem „inneren, notwendigen Zusammenhang" „dargestellt". Jedoch ist diese „Darstellung" erst wirklich vollständig, wenn sie ausdrücklich bezogen ist auf die „historische Genesis" (2. Kapitel), wo die Entstehung des Geldes als *notwendiges* Produkt der Entfaltung des Austauschprozesses erscheint; diese Entstehungsgeschichte ist selbst schon in gewisser Weise idealisiert, kann aber durchaus von der begrifflichen Folgebeziehung abweichen. Erst beide Darstellungsweisen zusammen ergeben die vollständige dialektisch-materialistische Analyse. Mandel dagegen beschreibt bloß die „historische Genesis[17]".
Für Marx' „logische Behandlungsweise" (Engels) lag die „Schwierigkeit nicht darin zu begreifen, daß Geld Ware, sondern wie, warum, wodurch Ware Geld ist[18]". Aus dem Grund- und Anfangsbegriff der politischen Ökonomie wie der Warengesellschaft, der Ware, und den in ihr enthaltenen Widersprüchen leitet Marx als deren Erscheinungsform den Begriff des Geldes ab. Um jedoch den Fetischcharakter der fertigen Geldform enthüllen zu können, analysiert er jenes (historisch durchaus nachweisbare) einfache Verhältnis zwischen zwei Waren, in dem die Funktion der Wertdarstellung noch in keiner Weise mit einer bestimmten Ware verbunden ist (vgl. Anm. 15). Daher geht er, und zwar erst im „Kapital", von der Analyse der *einfachen* Wertform aus, wie sie polar als relative und als Äquivalent-Wertform im *einfachen Wertverhältnis zweier Waren* er-

[16] Zum Begriff der *Darstellung* bei Marx vgl. *A. Schmidt*, Zum Erkenntnisbegriff der Kritik der politischen Ökonomie, vgl. Anm. 3 und 5.
[17] Dieser notwendige Zusammenhang von dialektisch-logischer und historischer Ableitung als Charakteristikum der *materialistischen* Dialektik wird sehr klar herausgearbeitet von *J. Zeleny*, Die Wissenschaftslogik bei Marx und „Das Kapital", Berlin (DDR) 1968 (tschechische Fassung Prag 1962), insbes. S. 80 ff. Damit werden die bekannten Bemerkungen Engels' über die „logische" gegenüber der „historischen Behandlungsweise" (Rezension von „Zur Kritik ...", MEW Bd. 13, S. 474 f.) wesentlich präzisiert. Vgl. auch *Rosdolsky* aaO. (Anm. 4), insbes. Kapitel 5, u. *Grundrisse* S. 23. Bemerkenswert ist, daß Marx trotz wiederholter Einwände von seiten Engels' das Schwergewicht auf die begriffliche Ableitung legt; man vergleiche das ausführliche 1. mit dem mageren 2. Kapitel, von dessen 6 Seiten bloß etwa 1½ den Abriß der historischen Entstehung des Geldes geben.
[18] *Kapital* I, (98) 107.

scheint (20 Ellen Leinwand = 1 Rock; 1 Pfd. Butter ist wert 20 Zigaretten; x Ware A = y Ware B. „Das Geheimnis *aller* Wertform steckt in dieser *einfachen Wertform*", hier soll sich das Geheimnis der Geldform der Ware enthüllen — eine Aufgabe, die er offensichtlich für schwierig hält[19]. Gleich zu Anfang hebt er hervor, daß das Wertverhältnis „zunächst ganz unabhängig von seiner quantitativen Seite[19]", also abgesehen von den Wertgrößen der darin sich zueinander verhaltenden Waren zu analysieren sei. „Betrachtet man aber das Wertverhältnis der beiden Waren nach seiner *qualitativen* Seite, so entdeckt man in jenem einfachen Wertausdruck das Geheimnis der Wertform und daher, in nuce, des Geldes".[20] Erst im „Kapital" hebt Marx immer wieder ausdrücklich hervor, daß es entscheidend auf die Analyse der Formbeziehungen der Ware *innerhalb des Wertverhältnisses* zu einer anderen Ware ankommt. „Um herauszufinden, wie der einfache Wertausdruck einer Ware im Wertverhältnis zweier Waren steckt, muß man letzteres zunächst ganz unabhängig von seiner quantitativen Seite betrachten. Man verfährt meist gerade umgekehrt und sieht im Wertverhältnis nur die *Proportion* . . . ".[21] Die spezifische Form des Werts erscheint erst im Verhältnis von Ware zu Ware, in der Analyse ihrer Beziehungen und Widersprüche. Bis zur *abstrakten Gegenüberstellung* des Gegensatzes von Tauschwert und Gebrauchswert war auch Ricardo vorgedrungen — Marx läßt den *Widerspruch sich entwickeln*. „Statt auseinanderzufallen, reflektieren sich die gegensätzlichen Bestimmungen der Ware hier in einander". Hier wird der grundsätzliche Unterschied zu jenem Begriff von Wissenschaft deutlich, der auf der Forderung der logischen Widerspruchsfreiheit als oberster axiomatischer Grundforderung beruht.[21]a

[19] Gerade diesen Teil seines Buchs arbeitet er in der 2. Auflage (1872) deutlich um, vor allem um seine Verständlichkeit zu erleichtern; der Analyse der einfachen Wertform widmet er hier volle 15 Seiten. Vgl. sein Nachwort zur 2. Auflage. — Zitat: *Kapital* I, (53) 63.

[20] *Kapital* Bd. I, 1. Auflage 1867, nach dem Neudruck des Warenkapitels in: Marx/Engels-Studienausgabe, herausgegeben von I. Fetscher, Bd. II, Frankfurt (Fischer-Bücherei) 1966, S. 240.

[21] *Kapital* I, S. (54) 64; vgl. (55—57) 65—67, (61) 71, (66) 75, sowie in der 1. Auflage (vgl. vorige Anmerkung) S. 240. Von welch entscheidender Bedeutung dieser methodische Schritt gerade für die Analyse der spezifischen Form des Warenwerts ist, kann man deutlich erkennen, wenn man Marx' letzte Redaktion des Warenkapitels im „Kapital" mit seinen eigenen früheren Darstellungen vergleicht, z. B. in „Zur Kritik der Politischen Ökonomie". Hier ist schon begrifflich der Wert nicht klar von seiner Erscheinungsform, dem Tauschwert, geschieden (vgl. *Kapital* I, (65 f.) 75); ebenso ist die Formbestimmung des Wertverhältnisses nicht deutlich von seiner quantitativen Untersuchung getrennt (vgl. „Zur Kritik . . .", MEW Bd. 13, S. 25 ff.). Das trifft auch für die fast gleichzeitigen *Grundrisse* zu, was von *Rosdolsky* (vgl. Anm. 4) nicht herausgestellt worden ist. Vgl. dagegen den unten (Anm. 25) teilweise zitierten Brief vom 22. 6. 1867.

[21]a) Vgl. z. B. *K. R. Popper*, Logik der Forschung, Tübingen 1966, Abschnitt 24. — Zitat: Kapital I, 1. Auflage (vgl. Anm. 20), S. 229. Vgl. auch *Zeleny* (aaO., vgl. Anm. 17), S. 126 ff.

Worin drückt Ware A ihren Wert aus, ihr *Wesen* als allgemein menschliche Arbeit? Im Wert der Ware B? Nein, denn gerade als Wert ist diese Ware ihr ja qualitativ gleich — keine Ware kann sich auf sich selbst als Äquivalent beziehen. Verschieden sind dagegen beider Waren Gebrauchswerte: Ware A drückt ihren Wert in dessen Gegenteil, im Gebrauchswert der Ware B aus; die Naturalform von B ist die Wertform von A. „Aber, notabene, dies *quid pro quo* ereignet sich für eine Ware B (Rock oder Weizen oder Eisen usw.) *nur innerhalb des Wertverhältnisses*, worin eine beliebige *andre* Ware A (Leinwand etc.) zu ihr tritt, *nur innerhalb dieser Beziehung*".[22] Ware A drückt ihren Wertcharakter als etwas von ihrem Naturalkörper Verschiedenes aus — darin deutet sich immerhin an, daß dahinter eine nicht natürlich, sondern gesellschaftlich bedingte Eigenschaft steht. Dagegen dient Ware B, z. B. Rock, gerade in ihrer natürlichen Erscheinungsform als Äquivalent; daraus die Tendenz, daß die *Äquivalentform Natureigenschaft* der Ware B, daß Wert Rockgleiches zu sein scheint.[23] „Daher das Rätselhafte der Äquivalentform, das den bürgerlich rohen Blick des politischen Ökonomen erst schlägt, sobald diese Form ihm fertig gegenübertritt im Geld. Dann sucht er den mystischen Charakter von Gold und Silber wegzuerklären, indem er ihnen minder blendende Waren unterschiebt und mit stets erneutem Vergnügen den Katalog all des Warenpöbels ableiert, der seiner Zeit die Rolle des Warenäquivalents gespielt hat. Er ahnt nicht, daß schon der einfachste Wertausdruck, wie 20 Ellen Leinwand = 1 Rock, das Rätsel der Äquivalentform zu lösen gibt".[24] Diese und weitere Formulierungen lassen erkennen, daß Marx mit der Analyse der Äquivalentform im einfachen Wertausdruck das Zentrum seiner Kritik der Wirklichkeits- und Bewußtseinsformen der bürgerlichen Ökonomie erreicht hat, deren sukzessive Enthüllung wesentliches Ziel seiner „Kritik der politischen Ökonomie" ist. „Die Herren Ökonomen haben bisher das höchst Einfache übersehen, daß die *Form:* 20 Ellen Leinwand = 1 Rock nur die unentwickelte Basis von 20 Ellen = 2 Pfd. Sterling, daß also die einfachste Warenform, worin ihr Wert noch nicht als Verhältnis zu allen anderen Waren, sondern nur als Unterschiedenes von ihrer eigenen Naturalform ausgedrückt ist, das ganze Geheimnis der Geldform *und damit, in nuce, aller bürgerlichen Formen des Arbeitsprodukts enthält*".[25]

Marx verfolgt „das Geheimnis" von der ersten Eigentümlichkeit der einfachen Äquivalentform, daß der Gebrauchswert zur Erscheinungsform

[22] *Kapital* I, (61) 71.

[23] Viele Geldnamen lassen das noch deutlich erkennen, z. B. lateinisch *pecunia* (Viehartiges, Geld) von *pecus* (Vieh).

[24] *Kapital* I, (63) 72. Dagegen interessiert sich Mandel nur für das *allgemeine* Äquivalent, als mehr oder weniger fertiges Geld, unter Vernachlässigung seiner Form und deren Vorstufen.

[25] *Marx*, Brief an Engels, 22. 6. 1867, MEW Bd. 31, S. 306. Keine Hervorhebung im Original.

des Werts wird, zu einer zweiten und dritten Eigentümlichkeit, in denen der in der Ware eingeschlossene Widerspruch sich als der der Arbeit selbst (nämlich in der warenproduzierenden Gesellschaft) herausstellt. Schon am Anfang des „Kapital" war er bei der Analyse des Gegensatzes von Tauschwert und Gebrauchswert in der einzelnen Ware auf die Doppelnatur der Arbeit als konkret nützliche und als wertschaffende Arbeit gestoßen: „Diese zwieschlächtige Natur der in der Ware enthaltenen Arbeit ist zuerst von mir kritisch nachgewiesen worden"; sie sei der „Springpunkt, um den sich das Verständnis der politischen Ökonomie dreht".[26] Das im eigenlichen Sinn kritische Ergebnis zeigt sich jedoch erst in der Analyse der Äquivalentwertform — mit der Zwieschlächtigkeit praktisch und auch in gewissermaßen bewußtloser Bewußtseinsform umgangen waren auch schon seine Vorläufer in der politischen Ökonomie.[27] In ihrer Naturalform dient die Ware B dazu, abstrakt-menschliche Arbeit auszudrücken, und zwar durch die in ihr enthaltene bestimmte, nützliche Arbeit. Solange man feststellt, daß sowohl im Schneidern wie im Weben, soweit man von deren spezifischer Form absieht, allgemein menschliche Arbeit aufgewendet wird, vollzieht man bloß eine definitorische Operation. Arbeit als genus proximum zu den spezifischen Arbeitsweisen wäre im Sinne von Marx nur eine Reflexionsbestimmung. „Aber im Wertausdruck der Ware wird die Sache verdreht. Um z. B. auszudrücken, daß das Weben nicht in seiner konkreten Form als Weben, sondern in seiner allgemeinen Eigenschaft als menschliche Arbeit den Leinwandwert bildet, wird ihm die Schneiderei, die konkrete Arbeit, die das Leinwand-Äquivalent produziert, gegenübergestellt als die handgreifliche Verwirklichungsform abstrakt menschlicher Arbeit. . . . *daß konkrete Arbeit zur Erscheinungsform ihres Gegenteils, abstrakt menschlicher Arbeit wird*", ist zweite Eigentümlichkeit der Äquivalentform.[28] Ihre dritte, den Widerspruch auf die Spitze treibende und zugleich vermittelnde Eigentümlichkeit ist, daß die konkrete Arbeit der Schneiderei, sofern sie eben ihrem Gegenteil zum Äquivalent dient, der anderen Arbeit gleich gilt, und „daher, obgleich *Privatarbeit*, wie alle andere, Waren produzierende Arbeit, dennoch *Arbeit in unmittelbar gesellschaftlicher Form*" ist, also zur

[26] *Kapital* I, (46) 56; vgl. auch *Marx*, Brief an Engels, 8. 1. 1868, MEW Bd. 32, S. 11.

[27] Vgl. z. B. die von Marx zitierte und interpretierte Äußerung Benjamin Franklins: „‚Da der Handel überhaupt nichts ist als der Austausch einer Arbeit gegen andre Arbeit, wird der Wert aller Dinge am richtigsten geschätzt in Arbeit.' ... Franklin ist sich nicht bewußt, daß, indem er den Wert aller Dinge ‚in Arbeit' schätzt, er von der Verschiedenheit der ausgetauschten Arbeit abstrahiert — und sie so auf gleiche menschliche Arbeit reduziert. Was er nicht weiß, sagt er jedoch. Er spricht erst von ‚der einen Arbeit', dann ‚von der andren Arbeit', schließlich von ‚Arbeit' ohne weitere Bezeichnung als Substanz des Werts aller Dinge." *Kapital* I, (56) 65, Anm. 17a.

[28] *Kapital* I, (63 f.) 72 f.

Erscheinungsform ihres Gegenteils wird.[29] In der Warengesellschaft werden die Arbeitsprodukte privat, d. h. ohne Bezug auf einen gesellschaftlichen Produktionsplan, ohne unmittelbar gesellschaftlichen Charakter hergestellt; jedoch nicht für den privaten Bedarf des Erzeugers, sondern als „Gebrauchswerte für andere"[30]: sie müssen also diesen ihren „gesellschaftlichen Gebrauchswert"[30] erst erweisen. Daher stellt sich die Ware im Wertausdruck als Wert dar: die in ihr enthaltene *private* Arbeit stellt sich als ihr Gegenteil, als *gesellschaftliche* Arbeit dar, indem sie die in einer anderen Ware enthaltene private Arbeit zur *unmittelbar* gesellschaftlichen Arbeit macht. Weil die Ware in sich den Gegensatz von privater und gesellschaftlicher Arbeit nicht lösen kann, treibt sie ihn aus sich heraus: die Notwendigkeit der Darstellung der privaten Arbeit als gesellschaftliche ist die Notwendigkeit der Vermittlung, ist die Notwendigkeit einer Ware als Geld. „. . . der *gesellschaftliche* Charakter der Arbeit (erscheint) als das *Gelddasein* der Ware, und daher als ein *Ding* außer der wirklichen Produktion . . ."[31] Die Ware treibt zur Geldbildung, schon im einfachen Wertausdruck, hier allerdings in seiner Widersprüchlichkeit noch durchschaubar: die Verrücktheit des Ausdrucks „Leinwand bezieht sich auf Rock als die Verkörperung abstrakt menschlicher Arbeit" springt in die Augen.[32] Doch schon hier zeigte sich die Tendenz, daß das Ding Rock seine Äquivalentform unabhängig von der einfachen Wertbeziehung zu besitzen scheint. „Wir verfolgten die Befestigung dieses falschen Scheins", stellt Marx abschließend zur Geldform am Ende des zweiten Kapitels des „Kapital" fest und fährt dann fort:[33] „Er ist vollendet, sobald die allgemeine Äquivalentform mit der Naturalform einer besonderen Warenart verwachsen oder zur Geldform kristallisiert ist. Eine Ware scheint nicht erst Geld zu werden, weil die anderen Waren allseitig ihre Werte in ihr darstellen, sondern sie scheinen umgekehrt allgemein ihre Werte in ihr darzustellen, weil sie *Geld* ist. Die vermittelnde Bewegung verschwindet in ihrem eigenen Resultat und läßt keine Spur zurück. Ohne ihr Zutun finden die Waren ihre eigene Wertgestalt fertig vor als einen außer und neben ihnen existierenden Warenkörper. Diese Dinge, Gold und Silber, wie sie aus den Eingeweiden der Erde herauskommen, sind zugleich die unmittelbare Inkarnation aller menschlicher Arbeit. Daher die Magie des Geldes. Das bloß atomistische Verhalten der Menschen in ihrem *gesellschaftlichen* Produktionsprozeß und daher die von ihrer Kontrolle und ihrem bewußten individuellen Tun unabhängige, *sachliche* Gestalt ihrer eigenen Produktionsverhältnisse erscheinen zunächst darin, daß ihre Arbeitsprodukte *allgemein* die *Warenform* annehmen. Das

[29] *Kapital* I, (64) 73. Keine Hervorhebung im Original.
[30] *Kapital* I, (45) 55; vgl. *Rosdolsky:* K. Marx und das Problem des Gebrauchswerts in der Politischen Ökonomie, a. a. O. (vgl. Anm. 4) als 3. Kapitel, S. 98 ff.
[31] *Kapital* III, 533.
[32] Vgl. *Kapital* I, (81) 90.
[33] *Kapital* I, (98 f.) 107 f.

Rätsel des Geldfetischs ist daher nur das sichtbar gewordene, die Augen blendende Rätsel des Warenfetischs"[33a].
Mandel betrachtet das Äquivalent nicht in seiner *Formbestimmtheit* und erst dann, sobald es als allgemeines, als Geld handgreiflich und als Kategorie historisch unübersehbar ist; er wendet seine Aufmerksamkeit den *quantitativen* Beziehungen zwischen den Werten der Waren zu, die durch

[33a]Möglicherweise ist aus Marxens hier skizziertem Verfahren sein, als solcher freilich nicht bewußt ausgeführter erkenntnistheoretischer Standpunkt abzuleiten. Kategorien sind für Marx weder idealistisch-dialektische Begriffe, also im Sinne einer Identität von Subjekt und Objekt, noch Abbilder „der" Realität, die kontemplativ-abgeschiedenen Beobachtern nackte Tatsachen „beschreiben". Gegen den Idealismus beharrt Marx auf einem materiellen Substrat, der nicht angeeigneten Natur, die durch menschliche Arbeit nur geformt werden kann; gegen den mechanischen Materialismus faßt er die Wirklichkeit als „sinnlich menschliche Tätigkeit, Praxis" (1. Feuerbachthese), als von Menschen in gesellschaftlichen Arbeitsprozessen erzeugte auf. Die Kategorien, in denen die Wirklichkeit begriffen wird, sind daher immer historisch; sie entsprechen einem bestimmten Stand und einer spezifischen Form der Auseinandersetzung mit der unbewältigten Natur; sie entsprechen dieser Aneignungsweise nicht bloß, sondern gehören ihr als spezifische Bewußtseinsformen an, ja sie ermöglichen erst die Aneignung der Natur im Prozeß der Lebenserhaltung; und doch werden sie in diesem Prozeß erst konstituiert — ohne in diesem einfach aufzugehen, denn sonst wäre jede kritische Transzendierung einer bestimmten Gesellschaftsformation in Kritik und Kampf nicht möglich. In der Einheit des „werktätigen Umgangs" mit der Natur: durch die Dinge erst zubereitende und bearbeitende Werkzeuge und durch aussondernde und Klassen von Dingen bezeichnende Worte, erhalten sich in Gesellschaft lebende Menschen und konstituieren ihre Auffassung der Umwelt, nämlich einer von Menschen in je besonderer Weise bearbeiteten und als solche erst begriffenen Umwelt. Die Kategorien sind auf dieser Stufe zunächst Namen, die die Gebrauchswerte der Dinge im Hinblick auf sichere und lustvolle Lebenserhaltung bezeichnen. (Vgl. Randglossen zu Wagner, MEW Bd. 19, insbes. S. 362 ff.)
Die Verwandlung der Arbeitsprodukte in Waren bezeichnet hier einen tiefgreifenden Einschnitt, denn sie verändert die Gegenständlichkeitsform nicht nur der direkt instrumentaler Bearbeitung unterworfenen, sondern auch der nach dem gleichen Muster sprachlich bezeichneten Dinge ganz fundamental — sofern freilich das theoretische Verhalten der Menschen die Struktur ihres Verhaltens zum Produkt ihrer Arbeit ausdrückt. Über das, was die Dinge den Menschen jeweils unmittelbar bedeuten, schiebt sich unter Verhältnissen der Warenproduktion eine zweite und immer mächtigere Gegenständlichkeit, die der verdinglichten Erscheinung. Erst auf dieser Stufe wird die Unterscheidung zwischen Wesen und Erscheinung möglich — das scheint Marx in der Analyse der Zentralkategorie der Warenproduktion aufzuzeigen. Die Dialektik von Wesen und Erscheinung, von Inhalt und Form ist keine an sich bestehende und anwendbare Methode, sondern konstituiert sich mit dem massenhaften Auftreten von Warenaustausch und -produktion, und zwar als realer Widerspruch, der den Rahmen möglicher Erfahrungen und damit die Gegenständlichkeitsform der Dinge selbst in seine Zerrissenheit hineinzieht. Marx selbst hat seine Analyse der verdinglichten Bewußtseinsformen der Ökonomie, und insbesondere der Wertform des Arbeitsprodukts, nicht ausdrücklich auf die Konstitutionsproblematik bezogen. Was er nicht sagt, scheint er jedoch zu tun — zumindest hat er Späteren die Möglichkeit gelassen, ihn besser zu interpretieren, als er selbst es auf dem Entwicklungsstand der Wissenschaften seiner Zeit vermochte.

das allgemeine Äquivalent *gemessen* und daraufhin auch wirklich als Werte aufeinander bezogen, *ausgetauscht* werden können.[34] Wesentlich gilt sein Interesse also der Bestimmung der Wertgrößen. „Weswegen er die spezifische Form, worin die Arbeit Element des Wertes ist, nicht gefaßt hat, namentlich nicht, daß die einzelne Arbeit sich als abstrakt allgemeine und in dieser Form als *gesellschaftliche* darstellen muß. Den Zusammenhang der Geldbildung mit dem Wesen des Werts und mit der Bestimmung dieses Wertes durch Arbeitszeit hat er deshalb nicht begriffen".[35]

„Der Warenfetischismus und die Geldbildung sind (was in den Lehrbüchern der marxistischen Ökonomie gewöhnlich übersehen wird) nur zwei verschiedene Aspekte einer und derselben Tatsache . . ."[36]. „Die *Ware,* und in einer noch auffälligeren Form die als allgemeines Austauschmittel dienende besondere Ware: das *Geld,* weiterhin alle daraus abgeleiteten Formen der kapitalistischen Warenproduktion: *Kapital, Lohnarbeit* usw. erscheinen als solche fetischistischen Formen der gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse der gegenwärtigen Epoche. Das was Marx hier als den „Fetischismus der Warenwelt" bezeichnet, ist nur der wissenschaftliche Ausdruck für dieselbe Sache, die er früher in seiner Hegelianisch-Feuerbachschen Periode als die „menschliche Selbstentfremdung" bezeichnet hatte . . . "[37]. Mandel überschreibt in seiner „Einführung"

[34] Vgl. oben S. 10 („Tausch möglich wird", „Tauschwert ausdrücken können" — die Funktionen des Geldes als Zirkulationsmittel und Wertmesser in der umgekehrten Reihenfolge wie im 3. Kapitel des „Kapital" I, die von Marx hier und an anderen Stellen ausdrücklich als notwendig begründet wurde; vgl. auch *Theorie* S. 83, wo zudem die Differenz zwischen Maß der Werte und Maßstab der Preise verwischt ist, womit zugleich die erste Möglichkeit der Nichtübereinstimmung von Wert und Preis als Problem verschwindet.)

[35] *K. Marx,* Theorien über den Mehrwert, 3. Teil, Berlin (DDR) 1962, S. 135 f. — Das Zitat bezieht sich auf Ricardo. — Vgl. auch ebenda S. 129, und 2. Teil, S. 500.

[36] *Rosdolsky* aaO. S. 160.

[37] *K. Korsch,* Karl Marx, aaO. (Anm. 4) S. 97, mit Hinweisen auf wichtige Stellen in den Frühschriften. Vgl. ebda: „Der wichtigste inhaltliche Unterschied zwischen dieser philosophischen Kritik der ökonomischen ‚Selbstentfremdung' und der späteren wissenschaftlichen Darstellung desselben Problems besteht darin, daß Marx im Kapital (und schon in der Schrift ‚Zur Kritik usw.' von 1859) seiner ökonomischen Kritik durch die Zurückführung aller andern entfremdeten Kategorien der Ökonomie auf den Fetischcharakter der *Ware* eine tiefere und allgemeinere Bedeutung gegeben hat. . . . dieser besondere Fetischismus der *Ware Arbeitskraft*" im Verhältnis Lohnarbeit-Kapital, „hinter dem sich der Klassencharakter der bürgerlichen Produktionsweise verbirgt, erscheint in dieser letzten Fassung der ökonomischen Theorie von Marx nur noch als abgeleitete Form jenes allgemeineren Fetischismus, der schon in der Form der *Ware* selbst", „in der Wertform des Arbeitsprodukts als ‚Ware'", enthalten ist. Der Marxsche Angriff erweitert sich dadurch aus einem partikularen zu einem universellen Angriff auf die in der fetischistischen Form aller ökonomischen Kategorien erscheinenden Mangelhaftigkeit der kapitalistischen Warenproduktion, d. h. der ganzen gegenwärtigen bürgerlichen Produktionsweise und

einen eigenen Abschnitt mit „Die marxistische Theorie der Entfremdung".[38] Darin erörtert er kurz das, was Marx in seiner frühen Phase als Entfremdung im Akt der Produktion beschrieben hatte, freilich im wesentlichen verengt auf die „unheilvollen Folgen der Arbeitsteilung", im Unterschied von der vergleichsweise harmonischen, wenn auch von unmittelbarem Mangel und Katastrophen bedrohten Aneignung der Natur in früheren Gesellschaftsformen. Er scheint damit der vielfach ontologisch reduzierten Diskussion über die Entfremdung „des" Menschen in „der" modernen Gesellschaft den Tribut entrichten zu wollen — allerdings eben gerade in der für diese Diskussion typischen Separierung, die schon dem frühen Marx nicht gerecht wird und die vor allem die spätere umfassende Ausweitung auf die Produkte des Menschen als Agenten der Ware bzw. die daraus entspringenden verdinglichten Bewußtseinsformen nicht zur Kenntnis nimmt. Diese verkürzte Wiederbelebung des sogenannten frühen Marx ist nur die Kehrseite davon, daß fast alle „marxistischen Ökonomen" das Warenkapital des „Kapital" als Metaphysik und Hirnweberei abtaten und damit auch im übrigen Werk Marx' Intention gründlich verkannten. Dessen Intention würde man allerdings ebenfalls gründlich verkennen, wenn man die Gründe für diese Entwicklung in den ungenügenden Denkanstrengungen ganzer Generationen von Marxisten suchen würde, obwohl manche Bemerkungen von Marx selbst dies nahelegen könnten.[39]

Dies kann hier nicht weiter ausgeführt werden, ebenso wie die folgenden Punkte nur als Fragen angedeutet werden können, um die Fortsetzung der hier begonnenen Kritik auf andere Kategorien anzudeuten. Mandel stellt am Beispiel der Athener Ergasteria dar, wie „der Händler sein Geld dazu benutzen (kann), *eine Ware zu kaufen, deren Gebrauchswert die Eigenschaft hat, neue Werte zu schaffen: die menschliche* Arbeitskraft" —nämlich *Sklaven*![40] Ist damit nicht der spezifische Unterschied zwischen

darauf beruhenden Gesellschaftsformation überhaupt. Erst dadurch, daß er schlechthin *alle* ökonomischen Kategorien als einen einzigen großen Fetisch enthüllte, hat Marx in seiner neuen Theorie alle Formen und Phasen der bürgerlichen Ökonomie und Gesellschaftstheorie wirklich überschritten." usw. (S. 99 f.). Vgl. auch S. 104.

[38] *Einführung* S. 6—8. Bezeichnend, daß diese Theorie als „marxistische" ausdrücklich von anderen abgesetzt werden muß. In der *Theorie* ist ebenfalls ein Abschnitt („Freie und entfremdete Arbeit", S. 184—88) „der" Entfremdung gewidmet, über den grundsätzlich das gleiche wie über den relativ umfangreicheren in der *Einführung* zu sagen ist.

[39] Die Anleitung zu einer historisch-gesellschaftlich vorgehenden Untersuchung dieser Entwicklung kann man etwa in *Karl Korsch* „Marxismus und Philosophie" finden (1923; jetzt Frankfurt/Wien 1966); vgl. auch *H. Marcuse*, Die Gesellschaftslehre des sowjetischen Marxismus, Neuwied usw. 1964, insbes. z. B. S. 147.

[40] *Theorie* S. 93. S. 95 nennt er in einem Zug die „persönliche Bereicherung der Kaufleute und Fabrikanten durch die Ausbeutung der *geknechteten*, halbfreien *oder freien* Arbeitskraft" (keine Hervorhebung im Original) und vergleicht ausdrücklich Nikias von Athen und Fugger von Augsburg. Daran ist allerdings

Sklave, der als Person und auf Lebenszeit Eigentum des Herrn und daher rechtlich gar nicht Person ist, und freiem Lohnarbeiter, der seine Arbeits*kraft* auf vertraglich vereinbarte und *begrenzte* Zeit zu ihrem Wert (also ohne Übervorteilung — in der Zirkulationssphäre) verkaufen kann, rechtlich aber nicht muß, aufgelöst? Ist das nicht eine schlechte Anpassung an den Kapitalismusbegriff Sombarts und anderer, in dem der Unterschied zwischen modernem, durch das Verhältnis zur Lohnarbeit konstituierten Kapital und dem in zahlreichen früheren Epochen auftretenden Handels- und Wucherkapital untergeht? Bedurfte es dann noch der besonderen Mühe, mit der Marx die Kategorien *Ware Arbeitskraft* und *Arbeitslohn* als zugespitzte, in ihrer *Vorherrschaft* erst für die *kapitalistischen* Warenproduktion kennzeichnende Formen jenes Fetischismus enthüllte, dessen Grundform freilich in den Widersprüchen der Ware selbst angelegt ist?[41] Zur Erklärung der Möglichkeit von Krisen in warenproduzierenden Gesellschaften bezieht sich Mandel auf die Formulierungen Marx', wonach bereits im Grundwiderspruch von Wert und Tauschwert innerhalb der Ware bzw. in der Darstellung dieses Widerspruchs im Geld diese Möglichkeit angelegt sei[41]a; den Kern der Marxschen Argumentation[41]b scheint er jedoch zu verfehlen. Auch die „Beweise für die Richtigkeit der Arbeitswerttheorie"[41]c verdienten eine eingehende Erörterung.

Die Kritik an einigen der grundlegenden, von Marx als solche übernommenen Begriffen der „Marxistischen Wirtschaftstheorie" Mandels bezieht sich auf die Methode, die in seinem Begriff der Theorie zum Ausdruck kommt. Insofern kann diese Kritik nur partiell sein und dem umfassenden inhaltlichen Reichtum des Mandelschen Werks nicht gerecht werden. Ja in ihrer Intention selbst kann die Kritik an wesentliche Äußerungen Mandels anknüpfen. Gerade das Fortbestehen der „ökonomischen Kategorien" und vor allem der Kategorie der Ware selbst in „Gesellschaften im Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus"[42] hat er wie wenige andere als Problem erkannt, immer wieder zur

soviel richtig, daß die rechtlichen Unterschiede zwischen Sklaven und Freien im Athen des 4. Jahrhunderts durch das Absinken vieler Bürger zu Lohnarbeitern (vgl. aber folgende Anmerkung) an Bedeutung verloren; vielfach arbeiteten z. B. in Ergasterien Freie neben Sklaven (vgl. *F. M. Heichelheim,* An Ancient Economic History etc., Bd. II, Leyden 1964 S. 95, 115; 102 u. ö.).

[41] Wie wenig selbst die isolierte Tatsache der Arbeit für Lohn das Kapitalverhältnis setzt, führt Marx in den *Grundrissen* aus (S. 363—74, insbes. 367—73); das gilt nicht nur für die der herrschenden Klasse geleisteten Dienstleistungen „bis herauf zu den sämtlichen improduktiven Klassen, Staatsdiener, ... Advokaten, Gelehrte etc." (S. 372), sondern auch für die Arbeitsleistung freier Arbeiter, die zum Zweck der Produktion gekauft wird — der Produktion für den Luxus. — Zu Marx vgl. insbes. *Kapital* I, Kapitel 4 und 17.

[41]a *Theorie* S. 359 ff., insbes. 360 f., 368.

[41]b Vgl. insbes. *Kapital* I, 3. Kapitel, Abschn. a; *Theorien über den Mehrwert,* aaO., Teil 2, S. 495 ff.

[41]c *Einführung* S. 23.

[42] *Theorie* S. 598, 604.

Diskussion gestellt und an konkreten Problemen detailliert behandelt[43]. Hier eine Vertiefung der Argumentation zu erreichen, ist die wesentliche Absicht der vorliegenden Kritik. Das Gewicht der zu bewältigenden Aufgabe haben am nachdrücklichsten die cubanischen Revolutionäre ausgesprochen und zum Gegenstand täglicher Praxis gemacht: „Die neue, in der Entstehung begriffene Gesellschaft muß einen sehr harten Kampf mit ihrer Vergangenheit führen. Diese macht sich nicht nur im individuellen Bewußtsein bemerkbar, auf dem die Ablagerungen einer systematisch auf die Vereinzelung des Individuums gerichteten Erziehung lasten, sondern auch in dem Charakter dieser Übergangsepoche selbst, in der die durch die Ware vermittelten Beziehungen fortbestehen. Die Ware ist die ökonomische Zelle der kapitalistischen Gesellschaft; solange sie existiert, werden sich ihre Auswirkungen in der Organisation der Produktion und durch sie im Bewußtsein bemerkbar machen."[44]

[43] Z. B. durch seinen Beitrag zur Planungsdebatte in Cuba 1963/64, deren Protagonisten Guevara und Bettelheim waren. (Vgl. seine Zusammenfassung Le grand débat économique, in: partisans Nr. 37, April/Juni 1967, S. 24—30; sein Beitrag: Las categorias mercantiles en el periodo de transicion, in: Nuestra Industria, Revista Economica, Nr. 10, Dezember 1964, S. 9—36. Die wichtigsten Beiträge zu dieser Debatte werden demnächst in deutscher Übersetzung im Verlag Neue Kritik erscheinen.) Vgl. auch seine Diskussion mit Sowjetökonomen, die demnächst unter dem Titel: Zur Kritik der Sowjetökonomie, Aufsätze aus *Monthly Review* von Bettelheim, Dobb, Foa, Huberman-Sweezy, Mandel, Robinson u. a., im Verlag Klaus Wagenbach, West-Berlin, erscheinen wird, sowie seine Beiträge auf dem Frankfurter Colloquium (aaO., Anm. 5, insbes. S. 343 ff. — Fragen an die Kollegen aus der DDR), schließlich in der *Theorie*, wo er sich unter der Überschrift „Die ökonomischen Kategorien in der UdSSR" zu dieser Frage äußert; vgl. ebda. S. 710 ff.: „Das Absterben der Warenwirtschaft und der Geldwirtschaft."

[44] *Ernesto Che Guevara*, El socialismo y el hombre en Cuba, in: Obra revolucionaria, Mexiko-Stadt (Ediciones ERA) 1967, S. 630 (dies ist die z. Z. vollständigste Ausgabe der Schriften Guevaras auf spanisch, herausgegeben von R. Retamar); das Zitat in der deutschen (nicht Original-) Übersetzung: Mensch und Sozialismus auf Cuba, Köln (SDS) 1966, S. 44.

Wolfgang Fritz Haug

Sexuelle Verschwörung des Spätkapitalismus?[1]

„Resurrektion der Natur", wozu ja auch die Auferstehung des Leibes gehört, versprach dem sechsundzwanzigjährigen Marx der Kommunismus. Von der sexuellen Liebe heißt es im Kontext, in ihr sei „das Verhältnis des Menschen zur Natur unmittelbar sein Verhältnis zum Menschen, wie das Verhältnis zum Menschen unmittelbar sein Verhältnis zur Natur . . . In diesem Verhältnis zeigt sich auch, inwieweit das *Bedürfnis* des Menschen zum *menschlichen* Bedürfnis, inwieweit ihm also der *andere* Mensch als Mensch zum Bedürfnis geworden ist, inwieweit er in seinem individuellsten Dasein zugleich Gemeinwesen ist." Das Mißtrauen, das die herrschenden kommunistischen Parteien noch immer gegen den jugendlichen Zauber solcher Formulierungen empfinden, ist nicht ganz unberechtigt. Allzuviel Sonntagsmalerei und Entfremdungsgeschwätz holte sich beim jungen Marx Farben und Phrasen. Das Bild des Kommunismus als des ewigen Sonntags konnte als Waffe dienen gegen den allzulangen Werktag des sozialistischen Aufbaus. Der Antikommunismus wirkte immer schon arbeitsteilig. Neben dem weißen Terror — und zumal nach dessen Versagen — agierte eine Spielart von Antikommunismus im Kostüm des Idealkommunismus und machte den Kommunisten ihre Ideale verdächtig. Der Stalinismus hinterließ den Alptraum eines Kommunismus als Zuchtanstalt mit sittenstrenger, ja sinnenfeindlicher Hausordnung; der Garten wurde für viele zur Wüste. Ein rationeller Kern der puritanischen Hemmung mag die notwendige Disziplin des Aufbaus gewesen sein.

Für die sozialistischen Bewegungen in den Ländern, die noch immer kapitalistisch sind, ist der Kampf gegen die bürgerliche Sexualfeindschaft mit eingebauter Doppelmoral lebensnotwendig: der Faschismus hat vorgeführt, bis zu welchem Grade sexuell unterdrückte und deshalb von Sexualängsten und Zwängen beherrschte Menschen in ihrem gesamten gesellschaftlichen Dasein unterworfen und gegen ihre Interessen manipuliert werden können; zum andern mobilisiert die Perspektive der Befreiung vom sexuellen Elend erst einen guten Teil der revolutionären

[1] Meinem Freund Erich Wulff, mit dem ich die Probleme dieses Aufsatzes durchsprechen konnte, danke ich vor allem für seine Hilfe bei der Abfassung der psychiatrisch und psychoanalytisch relevanten Abschnitte.

Energie, die sonst im geschlossenen System der autoritären Persönlichkeit gebunden bliebe.
Wenn im folgenden ein Buch über Sexualität und Klassenkampf kritisiert und für durchaus mangelhaft befunden wird[2], so keineswegs der Thematisierung der Sache wegen. Beifall von der Seite der falschen Scham, die den Klassenkampf ins Zwielicht gerückt fühlt, würde auf einem Mißverständnis beruhen, das am besten gleich eingangs vermieden sei. Die sozialistische Bewegung darf sich die Reflexion über das Schicksal der Sexualität in der Klassengesellschaft nie wieder nehmen lassen, so wenig wie die Perspektive der körperlich-sinnlichen Befreiung der Menschen von den zur Unterwerfung stimmenden Ängsten und Zwängen, in denen das kapitalistisch gewordene Christentum sie gefangen hat.

I.

An Reiches Theorien über Sexualität und Klassenkampf kommt man nicht ohne weiteres heran. Wie man sich im Märchen durch einen Berg von Reisbrei „überzwerch hindurchfressen" muß, so durch einen Wust an verkorkster Sprache und verdrehten Sachen, um zu den Theorien des Reicheschen Buches zu gelangen. Wer über verbaute Sätze, über Druckfehler und Fehlleistungen willig hinweggegangen ist, den erwartet die undankbare Aufgabe, durch einen schnodderig dahingesprochenen Jargon durchzusteigen, der aus mehreren Wissenschaftssprachen zusammengeworfen ist. Dem Leser, der, von sozialistischem Vertrauen erfüllt, zu diesem Buch als zur „Theorie" greift, haut der Autor einen bombastischen Wortapparat um die Ohren. So ähnlich mögen im christlichen Feudalismus die lateinischen Worte von Pfaffen im Ohr der Bauern geklungen haben, die immer nur Hokuspokus verstanden. Reiches theoretisches Anglerlatein bedarf zuerst einmal der Übersetzung, und die Übersetzung fördert eine Menge Hokuspokus zutage. Erst nach Demontage eines theoretischen Popanz werden einige Erfahrungen, Beobachtungen und praktische Vorschläge sichtbar und können diskutiert werden.
Beginnen wir mit dem Selbstverständlichen: die Fakten müssen stimmen. Zunächst sind historische Daten von Belang. Nehmen wir stellvertretend für viel zu viele Punkte, an denen einzuhaken wäre, ein kurios-drastisches Beispiel: Vom französischen Bürgertum heißt es bei Reiche, es habe sich, um sein Sozialsystem durchzusetzen, mit Notwendigkeit „von allen utopischen, revolutionären und sozial-reformerischen Bewegungen, die mit der französischen Revolution und danach entstanden und die die Eheinstitution und die herrschenden Weisen des Liebeslebens einer grundsätzlichen Kritik unterzogen, alsbald distanziert und ihre Sprecher nur in

[2] Reimut Reiche: Sexualität und Klassenkampf. Zur Abwehr repressiver Entsublimierung. — Probleme sozialistischer Politik 9. Verlag Neue Kritik, Frankfurt/M. 1968 (172 S., kart., 9.— DM).

seinen Salons zugelassen. Das gilt sowohl für Rousseau, als auch, unterm Directoire, für Stendhal, Balzac und Georges Sand." In dieser Mitteilung über ein Stück Geschichte sind die Informationsteile in einer Wurstigkeit angeordnet, die phantastisch ist. Rousseau war seit mehr als einem Jahrzehnt tot, als die Bourgeoisie zur Macht kam; 1794 wurden seine Reste in beispiellosem Triumphzug nach Paris ins Nationalheiligtum überführt. Das Direktorium dauerte vom Oktober 1795 bis zum 9. 11. 99; als Napoleons Staatsstreich ihm ein Ende setzte, war Balzac noch kein halbes Jahr alt, Stendhal war sechzehn und Georges Sand noch nicht einmal geplant (sie wurde erst 1804 geboren). Hinzu kommt, dass Balzac nicht Sprecher der revolutionären Bewegung war — sondern der Restauration.

Was soll's? Trotz der historischen Fehler im einzelnen können Aussagen in der Tendenz richtig sein. Die Tendenz wird in Begriffe gefaßt, Reiche versucht es mit marxistischen — nicht ohne zu betonen, daß, wäre es so einfach, wie Marx und Engels es gesehen haben, „wir dem Studium von Marx und Engels, außer dem Versprechen, sie immer wieder zu studieren, nichts hinzuzufügen" hätten. So aber fügt Reiche der marxistischen Theorie wenigstens Verballhornungen hinzu. Nehmen wir zum Beispiel seine Theorie der „ursprünglichen kapitalistischen Akkumulation". Unter ihr versteht er einen „Wirtschaftsprozeß, bei dem immer größere Anteile . . . des gesellschaftlichen Reichtums *nicht* für den unmittelbaren Verbrauch . . ., sondern für die ‚erweiterte Reproduktion' verwendet wurden." Seine Definition bezeichnet, wenngleich von einem Standpunkt, der über die Unterschiede von Kapitalismus und Sozialismus hoch erhaben ist, nichts anders als die einfache Akkumulation. Die sogenannte ursprüngliche Akkumulation dagegen, von der Marx betont, daß man sie richtiger ursprüngliche Appropriation nennen müsse, ist kein kapitalistischer Wirtschaftsprozeß, sondern besteht aus „Eroberung, Unterjochung, Gewalt"[3]. Sehen wir zu, wie Reiche diesen, am Beginn der kapitalistischen Epoche ablaufenden Prozeß faßt. Der zentrale Vorgang in England, Schottland, Irland ist die Vertreibung der Bauernbevölkerung aus ganzen Landstrichen, die in Schafsweide, später in Jagdgebiete umgewandelt wurden. Die Vertreibung trug Züge der Gewalt und des Massenelends, wie die gegenwärtige Generation sie von der Kriegführung der USA in Vietnam kennt. Ungezählte Dörfer wurden ausgelöscht, alte Leute, die sich weigerten, ihr Dorf zu verlassen, in ihren Hütten lebendig verbrannt. Diese Art der Bereicherung der Herren erzeugte ein Heer von Bettlern. Bei Reiche sieht der Vorgang so aus, „daß die Menschen vom Land in die Stadt zogen, um dort ihren Tätigkeiten nachzugehen". In Wirklichkeit zogen sie auf den Bettel, waren vogelfrei, wurden in Arbeitszuchthäuser gesteckt und boten sich dar als das spottbillige Menschenmaterial, die Ware Arbeitskraft, die das Kapital sich einverleiben konnte.

[3] Vgl. „Das Kapital", Bd. I, MEW 23, S. 742.

Kommt es darauf an? Ihr Erfolg in der Stagnation hat manche Linken bescheiden gemacht. Es mag ihnen genügen, wenn eine Theorie wenigstens einen schematischen Begriff von Aufbau und Ablauf des Kapitalismus hat. Fangen wir, wie Marx es im „Kapital" tut, mit der Unterscheidung von Gebrauchswert und Tauschwert an. Nach Reiche gilt im Kapitalismus, „daß sämtliche menschlichen Tätigkeiten und Qualitäten reduziert werden auf ihre Verwendbarkeit im Produktionsprozeß, sie also allesamt auf ihre Tauschrelationen 'umgerechnet' werden". Nun sind fürs Produzieren nützliche Werte immer noch Gebrauchswerte. Sie stellen gerade die sinnliche Seite der Arbeitskraft dar und werden im Sozialismus erst recht gebraucht. Die banale Wahrheit ist, daß im Produktionsprozeß eben nicht getauscht, sondern produziert wird. Den Tauschwert der Arbeitskraft aber bestimmt, nicht anders als den Tauschwert einer jeden anderen Ware, das in ihr verkörperte Quantum gesellschaftlicher Arbeit. Im Tauschwert ist noch immer kein Atom Gebrauchswert enthalten. — Der falsche Grundbegriff findet rasche Verwendung. Die Sexualität verliere, klagt Reiche, „innerhalb dieser Tauschrelation jeden Eigenwert. Sie wird bemessen nach ihrer Zeugungsfunktion". Wird sie dann nicht allenfalls auf einen ganz bestimmten Gebrauchswert reduziert? — Gehen wir vom Tauschwert zur Warenform über. „Im Resultat", belehrt uns Reiche, „wird dabei die Sexualität radikal auf die kapitalistische Warenform gebracht; deren adäquater Ausdruck ihr Reklamewert und die unendliche Konsumsteigerung ist". Im Resultat bringt dieser Satz die Theorie der Ware radikal auf den Hund. Offenbar hält Reiche die Warenform für genießbar. Oder er verwechselt sie mit der „modernen Formgebung" der Absatztechniker. In Wirklichkeit meint der Begriff einfach, daß eine Sache einen Preis hat und also verkäuflich ist. Wenn diese Sache die Sexualität ist, handelt es sich eben um käufliche Liebe. Warum nun aber in deren Warenform die „unendliche Konsumsteigerung" beschlossen liegen soll, bleibt vorerst ebenso Reiches Geheimnis wie die phantastische sexuelle Potenz, die ja mit dieserart Konsum, soll er möglich sein, ebenso „unendlich" sich steigern lassen müßte. — Aber verlassen wir die Tauschsphäre und wenden uns der kapitalistischen Produktion zu: gähnende Leere. Die Produktion versteht sich offenbar von selbst. Nur von „sinnentleerter" Arbeit ist einmal die Rede. An andrer Stelle wird unterschieden zwischen manueller und nicht-manueller Arbeit, und die erste wird als spezifisch bürgerlich bezeichnet. Muß man hinzufügen, daß es die spezifisch proletarische ist? — Taucht vom kapitalistischen Produktionsprozeß kaum mehr als das Wort auf, so erscheinen doch wenigstens die Proletarier. Sie werden bestimmt als diejenigen, „die ganz unten im Produktionsprozeß standen". Man errät, was der Autor meint. Die Arbeiter müssen produzieren unterm Kommando der Kapitalisten und für deren Profit. Aber ist das Kommando selber produktiv? Innerhalb des Produktionsprozesses zählt die nützliche Arbeit, steht also nicht unten, sondern hoch im Kurs. „Unten" stehen die Arbeiter in der Gesellschaft, in

den Rangordnungen des Einkommens, des Einflusses, der Bildung. Sie produzieren alle Werte; die produzierten Werte aber begründen Macht und Stellung der Angehörigen einer anderen Klasse in einem System, in dem die Arbeiter „unten" stehen. Reiche bleibt in der bürgerlichen Soziologie gefangen, wo immer er die aus dem Grundverhältnis von Lohnarbeit und Kapital entwickelten Klassenbegriffe preisgibt zugunsten räumlich ausmalender Begriffe wie „Schicht" und „oben" und „unten".

Fällt der Produktionsprozeß aus, wie zeigt sich dann der Verwertungsprozeß des Kapitals? Vom spezifischen Charakter der Produktion des Mehrwerts, spezifiziert zumal für den durch hohe Kapitalkonzentration und eine für den ungestörten Ablauf des Gesamtprozesses unentbehrlich gewordene Rolle des Staates gekennzeichneten Kapitalismus der Gegenwart, ist keine Rede. Die Rede ist nur von einem „Sektor von Produktion und Konsumtion", auch „Arbeits- und Konsumwelt" genannt, ein wahrhaft programmatischer Titel für die sonderbare theoretische Mixtur, die hier geboten wird. — Welche Stationen des Verwertungsprozesses werden überhaupt wahrgenommen? Im Grunde nur der gesellschaftliche Supermarket und die Anstrengungen, bereits produzierte Waren an den Mann zu bringen, d. h. den in ihnen verpuppten Wert in Geldform umzusetzen. Mit einem Wort: soweit überhaupt ökonomische Probleme gestreift werden, sind es Realisationsprobleme. Daher überwältigt das Interesse für Reklame alle anderen Interessen. Indem versäumt wird, die Phänomene der Reklame auch nur annähernd funktionell zu bestimmen, also die Stelle im Gesamtprozeß zu zeigen, an der Reklame auftritt, zugleich die Teilfunktion zu bestimmen, die Reklame im Gesamtprozeß erfüllt, bleibt allein Reklame übrig; dieser Teil und seine Funktion werden zum Ganzen. Der Rest ist Auslegung von Reklame. — Doch nicht ganz: „Ökonomie" ist, als Reizwort und Metapher, reichlich im Text verstreut. „Ausbeutung", rückblickend gar „Ausplünderung", ist ein hartes und deshalb gern verwendetes Wort. Aber wer es wie Reiche verwendet, kriegt es weich. Wo das Kraftwort nicht nur schmückende Funktion hat, sondern so etwas wie eine Theorie andeutet, besagt diese, etwas vereinfacht: früher war es noch einfach, da wurden die Arbeiter „physisch ausgeplündert", heute werden sie „über den Konsum ausgebeutet". — Der Gedanke ist das, was man eine linke Masche nennt; als solche formt er weithin die theoretische Strickmode. Um mehrere Ecken herum ist irgendwie schon etwas daran. Welches sind die realen und theoretischen Schwierigkeiten, die diesem Gedanken zugrundeliegen, und wie spricht man über sie hinweg? Erraten wir das Problem. Es scheint darin zu bestehen, wie man bei Arbeitern, die sich mehr denn je Konsumdinge für ihren Lohn leisten können, noch davon sprechen kann, daß sie ausgebeutet sind, zumal sie, solange der Laden so lohnend läuft, offenbar nicht sich daran machen, ihn mit Gewalt zu übernehmen. Die Lösung ist nach vorliegendem Rezept ganz einfach. Wenn es aufgrund einer bestimmten Ursache schwer ist, die Ausbeutung aufzuweisen, erkläre man kurzerhand diese Ursache zum

Wesen der Ausbeutung selbst. Also werden die Arbeiter durch Konsum ausgebeutet. Als ob durch Konsum Mehrwert entstünde. — Werfen wir noch einen Blick zurück auf die Ausbeutung, wie sie früher war, in der „klassischen Klassengesellschaft" (Reiche). Die Massen, weiß unser Autor zu berichten, hatten „von jeher wenig zu verbrauchen". Man beachte, daß hierbei von einer Epoche die Rede, in der sich der Lebensstandard der arbeitenden Massen während eines ganzen Jahrhunderts fast kontinuierlich verschlechterte. Für den Zweck der kapitalistischen Akkumulation, so Reiches These, mußten bestimmte Verzichte, „im Sozialcharakter eines Volkes verankert werden", zumal in der Seele des arbeitenden Volks. „Die Einsicht in die Notwendigkeit des Aufschiebens für späteren Verbrauch war für die meisten Individuen von vornherein identisch mit dem Verzicht auf Verbrauch schlechthin." Den derart auf Verbrauch schlechthin verzichtenden Hungerkünstlern verblieb wenigstens die „Einsicht, daß nichts auf der Welt selbstverständlich ist außer der Arbeit ... und der mit ihr verbundenen Entlöhnung". So denkt sich einer das aus und vergißt die ständige Angst um den Arbeitsplatz und die Systeme der Lohndrückerei. An dieser Mixtur stimmt keine Zutat. Was Reiche aus der Seele des ganzen Volkes liest, stimmt, wenn man es nicht allzu genau nimmt, vielleicht für die Kleinkapitalisten. Die Arbeiter mußten keinen Verzicht verinnerlichen. Das kann nur, wer hat. Für sie war das Wort Aufschub sinnlos. Die ganze Klasse lebte von der Hand in den Mund.

Verlassen wir Reiches Idylle der „Ausbeutung", um einen kurzen Blick auf seine Sozialtheorie zu werfen. Es wird ein Schlagwortverzeichnis, worin, ohne Rücksicht auf Widersprüche, kaum einer der Modenamen fehlt. Mal ist von „Spätkapitalismus" die Rede, wie üblich, doch nicht von der Uhr, auf der die Tageszeiten des Kapitalismus abgelesen werden. Dasselbe heißt aber auch wieder „die Tauschgesellschaft", was die Sache um ein paar Jahrtausende zurückdatierbar erscheinen läßt. Dann wieder ist, wo von Momenten des kapitalistischen Verwertungsprozesses gesprochen wird, plötzlich unvermittelt vom „imperialistischen Weltsystem" die Rede. In den sexualpsychologischen Passagen freilich paßt sich der Autor den bürgerlichen Psychologenkreisen an, in denen er hier theoretisch verkehrt, und nennt die vielumschriebene Hauptsache schlicht „unsere Kultur". Linke Phrasen stellen aber unter Beweis, daß sie nicht weniger Phrasen sind als die bürgerlichen. Der Ausdruck „die gegenwärtigen repressiven Gesellschaften" meint in seiner nicht näher bestimmten Mehrzahl gleicherweise Kapitalismus und Kommunismus. Wer noch wähnt, der Ausdruck „repressiv" sei mehr als ein blosses Reizwort, den belehrt der Text im Fortgang rasch eines Besseren: da heißt es nur noch „die gegenwärtigen Gesellschaften", dann „die bestehenden Gesellschaften". Dann wieder wird „Herrschaft" als Reizwort herbeigezogen, um den marxistischen Schein zu wahren; so entsteht der Name „die herrschenden gesellschaftlichen Zustände"; der angestrebte Sozialismus heißt dementsprechend: „andere als die herrschenden gesellschaftlichen Zustände".

Die Prüfung der Basistheorie, der dem Buch zugrundeliegenden Theorie des Kapitalismus und seiner Entwicklung, mag den Aufwand nicht lohnen, zumal es so ernst nicht gemeint scheint. Aber der Verfall der Theorie, wie hier zu beobachten, ist symptomatisch. Daß er es ist, charakterisiert den inneren Zustand des hier besprochenen Buches: versucht man, seine Theorie und Terminologie zu fassen, zerfällt es in getrennte Sprachen, Vorbilder, Tendenzen. Es ist deshalb ebenso witzlos, dem Autor Widersprüche nachzuweisen, wie ihn auf bestimmte Tendenzen festzulegen. Es verhält sich hier wie beim Wettlauf zwischen Hase und Igel, denn unser Autor, hierin einer ganzen Igelfamilie gleich, ist immer schon da, weiß immer auch das klügere Gegenteil zu sagen. All dies charakterisiert einen Zustand der Theorie, der sich fast nur noch protokollieren läßt, kaum mehr analysieren. Philosophiert es sich auf einer Seite über das Wesen von Herrschaft schlechthin, so auf der nächsten über „unsere Kultur" und ihre Normen. Ab und an ein nicht funktional bestimmter Klassenbegriff, dementsprechend verblasene, ökonomievergessene Vorstellungen von Klassenkampf; dann wieder Schicht („die jugendlichen und intellektuellen Sozialschichten"), Gruppe, Sozialisation. Wo immer Schwierigkeiten der Verknüpfung von empirischer Beobachtung mit der theoretischen Totale sich ergeben, bewährt sich das theoretische Haushaltsgerät mit den vielen Anwendungsmöglichkeiten: das Wort „repressiv". Insgesamt zeigt sich Interesselosigkeit für die Analyse des Verwertungsprozesses; das Interesse scheint in Beschlag genommen hauptsächlich von der Auslegung dessen, was ich einmal Warenästhetik genannt habe.[4] — Schließlich sind zwei einander ergänzende Vorstellungen protokollierenswert, die für Sozialtheorie und politische Strategie gleichermaßen grundlegend sind: sowohl der Kapitalismus als auch der Mensch schlechthin erscheinen als absolut plastisch und anpassungsfähig. Der Kapitalismus scheint von teuflisch jugendlicher Kraft; jeder Widerspruch und Riß im Zusammenhalt wird ihm als besonders verschlagene List ausgelegt. Der Mensch erscheint als so grenzenlos plastisch, als total von der Gesellschaft produziertes Wesen, in dem kein Atom Natur zu finden ist, daß zum einen die Manipulation von Grund auf mächtig ist über die Menschen, zum andern die gesellschaftlichen Institutionen auch unabsehbar gegen die Perspektive einer zwanglosen Freiheit des Trieblebens recht behalten müssen. Es sind die Grundannahmen der konservativen bürgerlichen Anthropologie.

II.

Weitaus mehr Gewicht als den historischen und kapitalismustheoretischen Passagen gibt Reiche den psychoanalytischen und sozialpsychologischen. Hier fängt das gleiche Lied von vorne an. Die Sprache ist vollgestopft mit hochwissenschaftlich klingender Terminologie; ihr ist der bedauerns-

[4] Zum Begriff der Warenästhetik vgl. weiter unten Anm. 10.

werte Leser, der nicht die gleiche Fächerkombination studiert wie der Verfasser, hilflos ausgeliefert. Ihm wird zugemutet, vor so viel Wissenschaft zu kapitulieren. Schlimmer ist, daß diese Wissenschaft sehr wenig gewissenhaft betrieben wird. Falsch gebrauchte Begriffe, schiefsitzende Zitate, unzulässige Übertragungen von psychoanalytischen Begriffen in die allgemeine Sprache und andere Nachlässigkeiten übersteigen das Maß des Erträglichen.

Zunächst einige Beispiele für falsch verwendete Begriffe. Als „Reaktionsbildungen" bezeichnet die Psychoanalyse bestimmte Abwehrmechanismen, die einem „Trieb" seine Verkehrung ins Gegenteil entgegensetzen (zum Beispiel übergroße Freundlichkeit gegen untergründige Aggression; oder Schmutzangst gegen untergründig erhaltene „anale" Schmutzlust). Zum Wesen der Reaktionsbildung gehört also die Logik des Gegenteils. Reiche scheint dagegen unter Reaktionsbildung bestimmte Reaktionsweisen zu verstehen. Eifersucht, als „Reaktion auf drohenden oder wirklichen Liebesverlust", erklärt er demgemäß zur Reaktionsbildung. Ebenso bezeichnet er u. a. das Bettnässen als „Reaktionsbildung der Zwangsmasturbation". Freud benennt dasselbe Phänomen als „Ersatz" für Onanie bzw. als „Entsprechung" der Pollution; in einem späteren Werk spricht Freud vom Bettnässen als einem „Erfolg der Onanie".[5] — Nehmen wir als weiteren Beleg den Begriff des „Triebökonomischen". Freud führte den Begriff ein zur Bezeichnung des quantitativen, triebenergetischen Aspekts. Erklärungsversuche, die mit der Verteilung und Bewegung von Triebenergien operieren, können „triebökonomisch" genannt werden. Reiche verwendet den Begriff zur Bestimmung qualitativer statt quantitativer Aspekte. Er gebraucht ihn etwa dort, wo es darum geht, zur Erklärung einer bestimmten Perversion die Entwicklungsstufe anzugeben, auf der eine Fixierung zurückgeblieben ist; hier wäre eher der Begriff „genetisch" angebracht, wenn es schon eines gelehrten Namens für die theoretische Operation bedarf. An anderer Stelle heißt es bei Reiche, Freud habe einmal „triebökonomisch" unterschieden zwischen Ichtrieben und sexuellen Trieben. Wenn nicht angeführt wird, was hieran „triebökonomisch" sein soll, wäre es besser, das große Wort fallen zu lassen. Wahrscheinlich rührt die Vorliebe für das Wort daher, daß „Trieb" und „ökonomisch" zur Zeit Reizwörter sind, die hoch notiert werden; die Zusammensetzung ist vollends der Gipfel.

Man mag der Meinung sein, Fragen der Terminologie seien nebensächlich. Entscheidend bliebe die Anwendung. Fragen wir also, wie unser Autor mit den grundlegenden theoretischen Einsichten und Hypothesen der Psychoanalyse umgeht. Nehmen wir Reiches Variante der Theorie über Triebabwehr und Angst: „Die Triebüberschwemmung ist also auch eine Gefahr relativ zum Überich, das diese Tendenz des Es allererst als Gefahr interpretiert, darauf mit Angst antwortet und dann dem Ich die Aufgabe überträgt, gegen diese Angst Abwehrtechniken zu mobilisieren." Freud

[5] Vgl. S. Freud, Ges. Werke, Bd. V, S. 242; ebd. S. 90; und Bd. XIV, S. 22.

nimmt in allem so ziemlich das Gegenteil an. Nicht das Überich, sondern das Ich ist die Stätte die Angst; nicht die Angst wird verdrängt, sondern Angst ist der Motor der Verdrängung oder Vermeidung dessen, was Angst auslöst, seien es verbotene Triebregelungen oder damit assoziierte Gegenstände, soziale Situationen etc. Natürlich trifft es zu, daß Angst ein Unlustgefühl ist, das in der Regel unmittelbare Vermeidungsreaktionen auslöst. Wäre es anders, könnte Angst nicht als Motor der Verdrängung fungieren. In obiger Formulierung sind analytische Begriffe und phänomenologische Beschreibung durcheinandergeworfen. Für die Analyse konkretisiert „Angstabwehr" sich letztlich immer als Abwehr von etwas Ängstigendem.[6] — Nehmen wir als weiteres Beispiel Reiches Auffassung der Latenz. Von der latenten Homosexualität heißt es, sie trete „in ihrer gesellschaftlich vorherrschenden Form immer als unterdrückte Homosexualität auf". Gemeint ist wohl: als ins Unbewußte verdrängte. Im Kontext gibt Reiche die richtigen Bestimmungen selbst, nicht ohne neue Verwechselungen zu produzieren. Zunächst läßt er Freud sagen, „daß alle Normalen neben ihrer manifesten Heterosexualität ein sehr erhebliches Ausmaß von latenter oder unbewußter Homosexualität erkennen lassen" und daß derartige „Bindungen libidinöser Gefühle an Personen des gleichen Geschlechts als Faktoren im normalen Seelenleben keine geringere, und als Motoren der Erkrankung eine größere Rolle (spielen) als die, welche dem entgegengesetzten Geschlecht gelten". Reiche scheint aus dieser letzten Beobachtung Freuds den Schluß zu ziehen, es sei „die Neurosen-Rate im weitesten Sinne ... bei Homosexuellen tatsächlich höher als bei Heterosexuellen"; die gesellschaftliche Unterdrückung der Homosexualität wirke als „ein ‚auslösender Faktor' der Neurose, für den es bei den Heterosexuellen keine Entsprechung gibt". Das obige Freudzitat besagt freilich das Gegenteil: daß nämlich die latente Homosexualität gerade bei Heterosexuellen als zur Neurose führender Faktor die größere Rolle spielt. An anderer Stelle zitiert Reiche zudem eine weitere Einsicht Freuds, wonach Perversionen als das symmetrische Gegenstück und die Alternative zu Neurosen aufgefaßt werden können. Latente Homosexualität ist eben nicht = unterdrückte. Es ist also, geht man von den Einsichten der Psychoanalyse aus, gerade nicht anzunehmen, daß die Neurosenrate unter Homosexuellen höher ist als unter Heterosexuellen; das Gegenteil ist wahrscheinlicher. Die gesellschaftliche Unterdrückung dürfte eher zu dem führen, was die Psychiatrie depressive Verstimmungen nennt. Aber selbstverständlich könnten nur empirische Untersuchungen in solchen Fragen Klarheit schaffen.

Neben unzähligen Fehlern und Unklarheiten dieser Art wimmelt es von Kuriositäten. Da tritt auf ein „strafwürdiges Überich", „desuralisierte Leistungen" werden vollbracht, oder es hat der Mensch „anale Körper-

[6] Vgl. W. F. Haug, Theorien über die Angst (Argument Nr. 35/1965, 2. Aufl. 1968), insbesondere die Auseinandersetzung mit dem Aufsatz des — im Kielwasser der Gegenaufklärung schwimmenden — Psychoanalytikers Fischle: „Angst — Annahme statt Verdrängung" (aaO, S. 8 f).

zonen" — wieviele es sind, wird nicht angegeben. Glücklich ist aber erst, Liebe und Lust gewinnt nur, wer mit „einem bewußt objektlibidinösen Apparat" ausgestattet ist — was hoffentlich mehr ist als bloß ein Schwanz von Phrasen. Er befähigt seinen Besitzer zu „genitalen Friktionen" und anderen „sexuellen Verrichtungen". Den Vogel schießt ein Satz ab, der wahrscheinlich nur einem Schreibfehler sich verdankt. Reiche handelt über die „ödipale Situation". „Ihr zufolge" — statt einer Situation zufolge könnte es allenfalls heißen „Freuds Theorie der ödipalen Situation zufolge ..." — „ihr zufolge setzen die Eltern auf dem Höhepunkt der phallischen Phase das Gebot der Sexualbetätigung auf unbestimmte Zeit und innerhalb der Familie[7] für immer durch." Wo solches Gebot besteht, muß wohl in der Tat von „repressiver Entsublimierung" gesprochen werden. Wen wundert nun noch das von Reiche beobachtete „Zusammenbrechen breiter Gruppen der Bevölkerung unter den sozio-sexuellen Anforderungen, denen sie nicht gewachsen sind"?

Verlassen wir das Gebiet wahrhaft „desuralisierter" Sprachleistungen und wenden wir uns Reiches Zitiertechnik zu! Hierfür ein Beispiel aus einem Kapitel, in dem hauptsächlich Anna Freud verarbeitet wird. Von ihr wird der Begriff „Abwehr", der im Untertitel des Buches steht, übernommen. „Anna Freud hebt hervor", heißt es bei Reiche, „daß die Jugendlichen den physiologisch bedingten Libidoschub in der Pubertät vor allem durch zwei Mechanismen — ‚Pubertät' und ‚Intellektualisierung' — abwehren und schließlich verarbeiten." Schlagen wir, verwundert über Pubertät als Mechanismus von Pubertät, bei Anna Freud nach, dann sieht die Sache anders aus. Was Anna Freud an der betreffenden Stelle abhandelt, sind „Pubertätsaskese" und „Intellektualisierung" als „Einstellungen des Ichs dem Triebleben gegenüber". Ersetzen wir also im Text von Reiche „Pubertät" durch „Pubertätsaskese" und „Mechanismen" durch „Einstellungen gegenüber dem Triebleben". — Wenige Zeilen weiter unten bringt Reiche einen Satz von Anna Freud über das charakteristische Phänomen, daß Handeln und Denken in der Pubertät ganz getrennt erscheinen: das Handeln „‚geht unter anderen Dingen vor sich und braucht von den Ergebnissen des Denkens, Grübelns oder der Diskussion kaum beeinflußt zu werden.'" Im Zitat sind zu ersetzen „Dingen" durch „Bedingungen" und „kaum" durch „nicht". Reiche fährt fort: „Diese Form der Intellektualisierung hat aber für gewöhnlich einen bedeutsamen Nebeneffekt für die nachpubertäre Realitätsbewältigung des Jugendlichen." Zum Beweis folgt ein weiteres Zitat von Anna Freud, welches beweist, daß die Intellektualisierung für die nachpubertäre Realitätsbewältigung gewöhnlich k e i n e bedeutsamen Nebeneffekte hat: „Wenn Erhöhung

[7] Selbst wenn wir „Gebot" durch „Verbot" ersetzen, entsteht neuer Nonsens durch das Wort Familie. Das wäre eine tolle Gesellschaft, die über sexuelle Einschränkungen die Menschen zur Familiengründung führte, um ihnen zugleich die Sexualbetätigung in der Familie für immer zu verbieten. Wahrscheinlich ist hier „elterliche Familie" gemeint.

der Triebbesetzung jedesmal automatisch auch das Bemühen steigert, die Triebvorgänge intellektuell zu verarbeiten, dann verstehen wir, daß Triebgefahr den Menschen gescheit macht; in triebruhigen, also ungefährlichen Perioden kann das Individuum es sich eher erlauben, dumm zu sein." Der Sinn der Äußerungen von Anna Freud wird von Reiche in Fortführung seiner Argumentation ins Gegenteil verkehrt. Immerhin spricht Anna Freud im Kontext vom „Abnehmen der Gescheitheit des Kleinkindes in der Latenzperiode" und gibt zu verstehen, daß das Ende der Pubertät in der Regel die analoge Wirkung hat. Hier hört es auf, eine Frage bloßer Zitiertechnik zu sein. Denn aus der so verbogenen Theorie werden nun sexualpolitische Programmsätze abgeleitet. So wird nämlich der Schein kultiviert, die Menschen würden verdummt, wenn sie in der Pubertät die Sexualität nicht abwehren müssen, sondern Liebesspiele treiben dürfen.[7a]

Nehmen wir abschließend noch ein Beispiel für die ganz vereinzelte Kritik Reiches an Freud, den er im allgemeinen ebenso ausführlich wie kritiklos zitiert. Es ist aufschlußreich zu sehen, wo ihm die Geduld reißt. Freud unterscheidet einmal ganz formal drei Stufen der gesellschaftlichen Einengung der Sexualität:

„Eine erste, auf welcher die Betätigung des Sexualtriebes auch über die Ziele der Fortpflanzung hinaus frei ist; eine zweite, auf welcher alles am Sexualtrieb unterdrückt ist bis auf das, was der Fortpflanzung dient, und eine dritte, auf welcher nur die legitime Fortpflanzung als Sexualziel zugelassen wird."

Freuds in gutem Sinne vordergründige Unterscheidung ist wahrhaft aufklärerisch gegenüber der verkrampften Dialektik, die Reiche gegen sie anzettelt. In seiner Nachlässigkeit falle Freud hinter sich selbst zurück; „wirklich ernst zu nehmen" sei dagegen sein „beiläufiger Vergleich von ‚oral' und ‚kannibalisch'" etc. Immerhin könnte Reiche der Tatsache, daß auch die Kannibalen sich nicht durch den Mund sondern vermittels genitaler Sexualität fortpflanzen, etwas größeres Gewicht geben. Wo bereits die Freudianische Kulturtheorie zu kritisieren wäre, ist Reiche freudianischer als Freud je selbst. Wo er aber die sozialhistorische Anwendung der Begriffe dazuliefert, wird es vollends merkwürdig. „Wenn die Freudschen Kulturstufen überhaupt mit unterschiedlicher gesellschaftlicher und individuell-sexueller Befriedigung" — was eigentlich ist „gesellschaftliche

[7a] Im übrigen dürfte man Anna Freuds Theorien — bei aller Anerkennung — nicht einfach übernehmen. Zumal für Reiche müßte es sich verbieten. Geht doch A. Freud von der Annahme einer „angeborenen Feindschaft zwischen Ich und Trieb" aus. Folgt man A. Freud in dieser äußerst fragwürdigen Annahme, nimmt man auch nur an, daß die Aussage innerhalb des Bezugsrahmens gegebener sozialer Wirklichkeit und für die Zeit der Pubertät innerhalb dieser sozialen Wirklichkeit eine empirische, jederzeit wiederholbare Beobachtung beschreibt, dann kommt man wiederum zu anderen Schlüssen als Reiche. Denn diesesfalls müßte das Auftreten sexueller Objekte und Verhaltensangebote die Triebangst der Pubertierenden nicht zum Verschwinden bringen sondern steigern.

Befriedigung"? — „zusammenfallen, dann die erste noch am ehesten mit dem Feudalismus, die zweite mit dem Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus und die dritte mit dem durch den Puritanismus charakterisierten Kapitalismus." In Reiches Mittelalter also befriedigten die Leute sich in „polymorpher", „perverser" Promiskuität, in seiner Renaissance in unehelicher Zeugung? — Solcher Nonsens kommt zum einen dadurch zustande, daß Reiche einen auch von Freud nicht immer ganz vermiedenen Fehler ins Groteske übertreibt: die Übertragung der psychosomatischen Entwicklungsstadien auf Geschichte und Soziologie.[8] Zum andern verwechselt Reiche ständig „genitale Sexualität" mit dem ganzen Komplex charakterlicher Eigenschaften und sozialer Rollen, in die in bürgerlicher Gesellschaft die genitale Sexualität eingebaut ist. Daß diese Verwechslung für Aufbau und Schlußmoral seines Buches erforderlich ist, wird noch zu zeigen sein.

Die Kritik einer zusammenhängenden Theorie kann mit einem gewissen Vergnügen geschrieben werden. Wenn der Zustand des zu Kritisierenden die Kritik zu polemischer Beckmesserei nötigt, wird das Geschäft traurig. Hören wir also, um nicht trübsinnig zu werden, auf, Einzelheiten zu belegen. So wichtig das Thema ist, das Reiche bearbeitet hat, so richtig er entscheidende gesellschaftliche Tendenzen spürt, und so witzig manche seiner Beispiele und Histörchen sind, — insgesamt stimmt kaum etwas. Der Beweis für diese Behauptung nähme doppelten Umfang des Reicheschen Buches an. So sinnlos ein solches Unterfangen wäre, so sinnlos werden womöglich immer mehr Versuche erscheinen, dem Verfall der sozialistischen Theorie entgegenzuarbeiten. Reiches Buch ist nicht das Schlechteste aus der gegenwärtig in rasch anwachsender Zahl produzierten linken Literatur. Zumal Reiche schwankt. Aber der Schwankende zeigt an, wohin der Wind weht. Wir analysieren ein Buch als Symptom. Als solches ist es geeignet, als Vorwarnung zu dienen. McLuhan, der sprachliche Klarheit und sachliche Genauigkeit als Gedankenarmut diffamiert, scheint im Begriff, die Linke einzunehmen. Es genügt nicht mehr die Feststellung, dieses oder jenes Buch sei Mist. Der Mist wächst rasch an und füllt bald einen Augiasstall, der, wie in der Sage, nur noch durch eine Überschwemmung zu reinigen wäre, die Richtiges und Falsches gleichermaßen hinwegspülen würde.

III.

Der gegenwärtig vorherrschende Typus des Sozialcharakters und sexuellen Verhaltens ist nach Reiches Ansicht der Typus der „genitalen Fas-

[8] Das treibt dann solche Blüten hervor wie diese: die glücklichen „Naturvölker", die in klimatisch begünstigten Zonen leben, wo die Natur ohne menschliches Hinzutun jahraus, jahrein Nahrung im Überfluß hervorbringt, was Vorratbildung erübrigt und Kapitalismus gar nicht erst entstehen läßt, „verharren" nach Reiches Ansicht „auf einem vor-analen Niveau".

sade", auch „Scheingenitalität" genannt. Wer zu diesem Typus gehört — und das müßte fast jeder sein —, hat „eine volle Genitalstruktur niemals erreicht", ist „zu reifen Objektbeziehungen unfähig"; sein Verhalten wird gesteuert durch den „Charakter der zwangsweisen Erfüllung genitaler Normen ohne psychisch genitales Fundament"; er bleibt „infantil" und doppelt minderwertig: aus Schwäche pervers, ist er zu schwach, um die Perversionen auszuleben, und, zu schwach für „reifen" genitalen Verkehr, ist er gleichfalls zu schwach, um den genitalen Verkehr einzustellen. Dieser Typus der „genitalen Fassade" wurde vorherrschend im Rahmen einer qualitativ neuen ökonomischen Struktur und Herrschaftsstrategie des „Spätkapitalismus".

Die „kapitalistische Herrschaft" setzt sich gegenwärtig durch vermittels der Strategie der „repressiven Entsublimierung". Der Begriff, von Marcuse geholt, soll einen gesellschaftlichen „Zustand" bezeichnen, in dem die Menschen über den Genuß einer Unmasse von Objekten der Begierde beherrscht werden. Insbesondere die Heterosexualität wird freigegeben und zwar ebenso außerhalb der herkömmlichen Bereiche von Ehe und Prostitution, wie außerhalb der „normalen" Verkehrsart. Legitim werden nicht nur häufiger Wechsel der Sexualpartner und polymorph perverse Techniken, sondern im Gruppensex ist nach Reiche die „gegenwärtig modernste Variante der ehelichen Sexualanpassung" zu sehen. Dieser Abbau der Sexualhemmungen bewirkt, daß die Menschen „nicht mehr" die Fähigkeit zur „Sublimation" ihrer Triebe ausbilden können. Der Vorgang stellt sich so dar, als ob eine Zentrale der Herrschaft dem Sexualleben der Menschen immer größere Freiheit einräumte, um diese Menschen gar nicht erst auf den Gedanken kommen zu lassen, eine sozialistische Revolution zu machen. So erscheinen die Opfer der repressiven Entsublimierung „‚absichtlich' mit einem schwachen Ich ausgestattet und werden dann ab der Adoleszenz mit gezielten sexuellen Lockerungsübungen gefügig gehalten." Reiche ist offenbar der Ansicht, daß sie über ihr „Überich" von gesellschaftlichen „Sozialisationsinstanzen" total gesteuert und irgendwelchen Normen, die zudem fortwährend wechseln, unterworfen und angepaßt werden können. So gelten ihm die vorherrschenden Weisen der Triebbefriedigung als in jedem Augenblick „kontrolliert" und „repressiv".

Aus diesem neuen Sexualcharakter zieht der Spätkapitalismus des weiteren einen ökonomischen Nutzen. Hier ist der Ansatz der neuen Qualität von Ausbeutung. Durch die frühe Triebfreiheit bei dauerndem Partialkitzel von seiten der Werbung, der Illustrierten etc., werden die Menschen systematisch zu Perversen ausgebildet, die ihre Perversionen allerdings nur innerhalb der Fassaden eines „normalen" Geschlechtslebens betreiben. „Eigen ist ihnen aber gewiß ... eine Unfähigkeit zur sexuellen Befriedigung durch die Endlust ..."; so verbringen sie ihr gesellschaftliches Dasein in einem Zustand permanenter Lüsternheit und ebenso permanenter Frustration. Diese doppelte Disposition zwingt sie, fortwährend

Waren zu kaufen, von denen sie fortwährend enttäuscht sind, was sie zwingt, sogleich neue zu kaufen und so fort. Mit den Liebesobjekten geht es ihnen nicht anders; auch sie binden Interesse und reizen zur Liebe nur, solange man sie noch nicht hat.
Aus diesem Bild von der Gesellschaft leitet Reiche eine Verhaltensstrategie für die Linke ab. Die „Abwehrtechniken" Anna Freuds sollen in dieser Situation „eine revolutionäre Aufgabe übernehmen". Reiche sieht genau, daß ein „politisches Programm der Askese . . . immer reaktionär" wäre. Beim Versuch, eine progressive Antwort zu finden auf die Frage, was sexuell zu tun sei, und was zu lassen, formuliert er eine sibyllinische Auskunft, die man in jeder Rätselecke abdrucken könnte:
„Es kommt in jedem einzelnen Moment darauf an, zwischen ‚gesellschaftlich statthaft' und ‚wünschenswert für das Individuum' zu unterscheiden und so den Charakter der Befriedigung zu bestimmen. Die Positionen, von denen aus dies allein mit Erfolg versucht werden kann, sind die der Sublimierung in Anlehnung eines flexiblen Ich-Ideals."
Der Leser möge einen Augenblick innehalten und versuchen — und sei es in Anlehnung eines nicht allzu rigorosen Deutlichkeits-Ideals —, aus diesem Satz schlau zu werden oder gar sein Triebleben mit ihm in Einklang zu bringen.
Im Schlußkapitel wird Reiche deutlicher. Er empfiehlt, an den Idealen von Liebe und Treue festzuhalten und so dem gesellschaftlichen Trend, Sexualität als Genußmittel aus der Bindung an diese Ideale zu lösen, Widerstand zu leisten. Dagegen wäre nichts einzuwenden, wenn Liebe aus den Geliebten und wenn Treue aus Liebe begründet würde. Hier aber werden Liebe und Treue als Abwehrtechniken eingesetzt. Dementsprechend werden diese Ideale bei Reiche rigoros. Tautologisch beschwörend definiert er: „Die dauernde Liebe ist gleichermaßen dagegen gefeit, daß das Ältere abstumpft und das Neue geil ist." Hier wendet sich Reiche gegen Reich, von dem er unbesehen sonst vieles übernimmt, denn Reich spricht von der Möglichkeit, daß Liebesbeziehungen im Laufe der Jahre abstumpfen können, und lehnt es ab, „gelegentliche Beziehungen" zu Dritten auszuschließen. „Aber was für Verhältnisse sind das!" ruft hier unser Autor aus, „die durch ‚eine gelegentliche Beziehung' einen Nutzenzuwachs erhalten?" Reiches Antwort ist eine Moral, die freilich es nicht wahrhaben darf, daß sie eine ist, und die durch diese Selbstverleugnung noch an idealistischer Rigorosität gewinnt: ein Dezisionismus spontaner Normenkonformität. Wie so viele seiner Theorien montiert er auch diese Moral aus Fertigteilen zusammen, deren wichtigstes er von Adorno bezieht. „Nur der liebt", heißt es in Adornos — in ganz andrer Situation und Gebrauchsbestimmung verfaßtem — Aphorismus „Constanze", den Reiche als das entscheidende Schlußwort rezitiert, „nur der liebt, wer die Kraft hat, an der Liebe festzuhalten." Die Antwort ergeht, wenn Reiches Theorien über „Scheingenitalität" auch nur annähernd zutreffend sind, an einen massenhaft vorherrschenden Typus, der die Kraft nicht hat. So

bleiben Reiches Empfehlungen an die Linke fürs Praktizieren von Sexualität und Klassenkampf verwickelt in Adornos laokoonischer Figur:
„Der Befehl zur Treue, den die Gesellschaft erteilt, ist Mittel zur Unfreiheit, aber nur durch Treue vollbringt Freiheit Insubordination gegen den Befehl der Gesellschaft."

IV.

Wie kommt es zu dieser moralischen Idealisierung? Was bedeutet, bewirkt, nützt sie? Ein Anlaß ist zunächst die „Kommune I"; die von ihr repräsentierte Tendenz innerhalb der „antiautoritären Bewegung" soll abgewehrt werden. Fürs Programm der KI sowie „der überwiegenden Mehrheit der radikalisierten Randgruppen" ist der Versuch bestimmend, die bürgerliche Kultur zu zerschlagen und damit sogleich und bei sich selbst anzufangen. Dieses Programm läßt sich verwirklichen „zunächst nur im Protest gegen und in der Lockerung von ‚bürgerlichen' Eigenschaften und Charakterzügen wie Treue, Disziplin, rationale Autorität, ja selbst Aufrichtigkeit." Die dergestalt selber sich Abbauenden werden „immer weniger widerstandsfähig gegen repressive Entsublimierung". Der Versuch, innerhalb einer in Wohngemeinschaft zusammengeschlossenen Gruppe Triebfreiheit und befreiende Schamlosigkeit auszurufen und zu praktizieren, endet unweigerlich in perversem Terror der Kommune gegen ihre Mitglieder. Die Hemmungen, die jetzt gewaltsam weggerissen werden, boten, wie man nachträglich erfährt, auch Schutz. Auch verdirbt es den Genuß, ihn zur puritanischen Pflichtübung zu machen. Reiche sieht das Verhalten der Kommunemitglieder demgemäß charakterisiert durch „scheingenitales Protzen". Dieses wiederum scheint ihm „fast nur erklärlich als ein Überspielen homosexueller Wünsche, die (allem Vernehmen nach) bei der K I bezeichnenderweise tabuiert blieben".
Für viele Linke, die Reiches Buch gelesen haben, ist die Reaktion charakteristisch, daß sie die Beweisgänge des Buches fragwürdig finden oder gar falsch, daß sie die Resultate dennoch nicht nur für „theoretisch richtig" halten, sondern geradezu mit Aufatmen begrüßen. Die Empfehlung von Liebe und Treue scheint einem verbreiteten Bedürfnis entgegenzukommen. Diese Ideale üben eine unmittelbar spürbare Schutzfunktion aus. Die radikale Kritik an der Unterdrückung von Sexualität läßt eine radikale Zumutung an die Individuen ergehen, der sie sich nicht gewachsen fühlen. Je denkbarer allgemein freie Sexualität wurde, desto mehr wurden die inneren und äußeren Widerstände gegen ihre Ausübung als unüberwindlich erfahren, während zugleich das wirkliche Sexualleben ebensosehr an Lust wie an innerer Legitimität einbüßte. Das Ergebnis ist oft nicht größere Freiheit, sondern größerer Druck. Diese Verfassung macht krank. Es scheint, daß Reiches Buch in dieser Situation von vielen als geeignet empfunden wird, Entlastungsfunktion zu übernehmen. Wer die Überzeugung vom hohen Wert der Treue sich zu eigen macht, hat es leichter,

sein Verhalten wieder zu stabilisieren. — Die Idealisierung von Liebe und Treue ist, soweit wirksam, unbedingt dem derzeit so häufig zu beobachtenden Zergehen von Individuen in teils wahnhafte teils chaotische Verhaltensweisen vorzuziehen. Freilich übt das oben beschriebene Entlastungsbedürfnis indirekte Kritik an der bisher praktizierten sexualrevolutionären Agitation und Selbstaufklärung der Linken.
Was bewirken die ins Lebenslänglich-Monogame stilisierten Ideale, wenn man von der unmittelbaren Entlastung vom Zumutungsdruck polymorpher sexueller Möglichkeiten absieht? Ist ein Verhalten möglich — und zwar nicht nur in Ausnahmefällen —, das mit diesen Idealen übereinstimmt? Erzeugt das Liebesideal Liebe zwischen denen, die sich nicht lieben? — Man ist gut beraten, wenn man die verändernde Kraft bloßen Denkens nicht zu groß veranschlagt. Denken vermag zunächst bestenfalls Gedanken zu verändern, zumal dann, wenn es um soziale Praxis, wozu die Sexualität gerechnet werden muß, geht. Der Wunsch ist der Vater vieler Gedanken, von denen das Individuum, isolierter denn je, wenig bis nichts sozial zu realisieren vermag. Nach der einen Seite bedeutet dies: es wird die gedachte totale Revolutionierung der Sexualität kaum in geringen Ansätzen verwirklichen können. Hält es an den entsprechenden Vorstellungen fest, kann es sie allenfalls in Gestalt onanistischer Phantasien ausleben. Nach der andern Seite ist der Spielraum kaum größer: die Idealisierung der Normen, denen man sein eignes Verhalten unterwerfen will, verändert nicht so sehr das eigne Verhalten, als vielmehr die Einstellung zum eignen Verhalten. Abweichung von der Norm führt zur Selbstverurteilung[9].

V.

Es hat seine Logik: Herrschaft habe sich aus der Sphäre der Produktion in die Sphäre des Konsums verlagert — dementsprechend wird der Widerstand ebenfalls in der Konsumsphäre angesetzt. „Sexualität", bemerkt Reiche einmal in glücklicher Selbsteinschätzung seiner Theorie, „hat mit Ökonomie mindestens etwas zu tun". Von Ökonomie aber nimmt er wahr kaum mehr als die Grenze zwischen Zirkulationssphäre und der Sphäre des individuellen Konsums. Wenn er von „Agenten der Sozialisation" redet, so ortet er sie in dieser Zwischensphäre, dem gesellschaftlichen Ort der Warenästhetik.[10] Es ist die Sphäre eines Scheins, von dem Reiche

[9] Anmerkung für flüchtige Leser: nichts liegt mir ferner, als treue Liebe schlechtzumachen. Ich wende mich aber erstens gegen die Hypostasierung der Treue zur Norm, die ohne Rücksicht auf Liebe deren Dauer dekretiert, also z. B. eine Scheidung verbieten müßte; zweitens gegen die Umfunktionierung der Liebe zu einer Abwehrtechnik gegen „polymorphe" Sexualität.

[10] „Warenästhetik": ich habe den Begriff vor Jahren eingeführt beim Versuch einer Analyse der sprachlichen und bildhaften Erscheinungen, vermittels derer Waren zum Zwecke der Verkaufsförderung „schön und ansprechend" gemacht werden. Vgl. die beiden Aufsätze „Zur Aesthetik von Manipulation" (Das

alles über die Gesellschaft abliest und dessen ökonomische Funktionsbestimmtheit er doch nicht einmal im Ansatz zu begreifen scheint. Hier werfen die produzierten Waren Liebesblicke nach potentiellen Freiern. Wie im Tausch eine Ware zum Wertspiegel der anderen wird, so spiegeln die Waren den potentiellen Käufern deren Wünsche wider. Daß sie es tun, daß ihre Erscheinung den unbefriedigten Wunschbildern in den Seelen der prospektiven Kunden sich möglichst weit annähern, hieran arbeitet eine ganze Industriebranche. Auftraggeber des Vorgangs sind die individuellen — oder auch branchenweis korporierten — Kapitale. Ihnen muß es darum gehen, den in den Waren verkörperten Wert und Mehrwert möglichst rasch in Geldform zu erlösen, um ihn den nächsten Verwertungsumlauf beginnen zu lassen.

Was also soll das Phänomen? Es ist Mittel zum Absatz, nicht zur Sozialisation. Sie könnte allenfalls abgeleiteter Effekt sein, aber immer durchaus uneinheitlich: daß die Sphäre insgesamt polymorph sich darstellt, mit bloßem Geldnenner als abstrakter Identität, ist das einzige Einheitliche.— Der Kapitalist produziert nach Wunsch — wenigstens den Schein. Wirkungsgrund sind massenhaft vorhandene, aus der Latenz erweckbare Wünsche. Eine wütende Entschlossenheit, in allem unmittelbar das Werk von Herrschaft zu deuten, hält die Wünsche für restlos manipulierbar, wonach jeder erfüllte Wunsch gleich planmäßiger Manipulation. Erscheinen die Menschen auf der einen Seite als beliebig färb- und formbare Plastikpuppen, so der Kapitalismus als ein Sozialsystem von phantastischer Zweckmäßigkeit — nur eben von böser. Der Schein vom unterschiedslos bösen Zauber entsteht dadurch, daß die Konsumentenwünsche bloß immanent psychisch abgehandelt werden. Dagegen wäre so weit als möglich zu zeigen, wie diese Wünsche nicht einfach verrückt, sondern in „sozialen" Verhältnissen (wozu auch Sexualität zu rechnen) begründet sind.

Nehmen wir ein Beispiel, das bei Reiche eine hervorragende Rolle spielt: Mode und Reklame in der Textilbranche. Daß alles Kapital auf Profit aus ist, liegt im Kapitalverhältnis und nicht in der Waren-Ästhetik begründet. Welchen Wünschen paßt das Kapital in der Textilbranche sich

Argument Nr. 25, 5. Jg. 1963) und „Warenästhetik und Angst" (Argument Nr. 28/1964; 2. Aufl. 1968). Der Mangel an funktioneller Bestimmung der Warenästhetik innerhalb des kapitalistischen Gesamtprozesses führte in diesen Aufsätzen zur überdimensionalen Hervorhebung psychologischer Aspekte. Dies brachte mich zu der heute so verbreiteten Überschätzung der irrationalen Manipulierbarkeit. Als Korrektiv wirkte aber die Überzeugung, daß „an den Tricks und Fälschungen jeder Manipulation soviel auch wahr ist, als ihre Macht reicht. ... Manipulative Phänomene sprechen daher immer noch die Sprache wirklicher Interessen, wenn auch gleichsam als Fremdsprache der bis zur Unkenntlichkeit verzerrten und entfremdeten Interessen. Die Objektivität von Glück und Leid begründet die der Manipulation." — Vor allem der erste der beiden Aufsätze geht von verschwommenen und falsch gewichteten ökonomischen Annahmen aus. Diese Fehler beeinträchtigen weniger die inhaltlichen Analysen zur Warenästhetik; falsch wird jede unvermittelte Ausdehnung dieser Analysen in eine „Gesamttheorie".

an? Ein Faktor ist die Lust der Leute, sich, wenn sie sich kleiden, nicht nur zu verhüllen, sondern zu zeigen. Diese Zeigelust ist nicht etwa ein primärer, irrationaler Trieb im Einzelnen. Sondern sie spekuliert auf die Schaulust unbestimmter anderer — bzw. grob kategorial bestimmter anderer („Mädchen", „Männer", etc.) —. Das bloße Schauen und Zeigen wird von fast ausschließlicher Bedeutung sein, wo sexuelle Wünsche zwar an die Oberfläche gelangen, aber in der Schwebe bleiben müssen. Es sind zielgehemmte Formen, sexuelle Verhältnisse einzugehen. Es wäre durchaus rational, sich zu zeigen, wenn man damit Reaktionen auslöst, die man wünscht. Dadurch daß die Textilkapitale Ausdrucksmittel bereitstellen, bringen sie nicht die Herrschaft zum Ausdruck, sondern bewußte und unbewußte Strebungen der Käufer. Dadurch erst realisieren die Kapitalisten ihr Stück ökonomischer Macht.

Insofern ist der Vorgang ein notwendiges Ergänzungsstück zur Ausbeutung, aber eben nicht die Ausbeutung selbst. Hier, in der Sphäre der Waren und ihrer Ästhetik, herrschen andere Sprachen und andere Sitten als in der Produktionssphäre, welches die Sphäre der Ausbeutung. Andere auch als in den Institutionen der Sozialisation und dort, wo das Individuum unmittelbar mit dem Staat konfrontiert ist: in der Schule, bei Polizei, Justiz, Militär. Andere auch als in Kirche, Sportverein und hoher Kultur. Die Konsumsphäre ist die Sphäre des täglichen Urlaubs. Der Widerspruch zwischen Konsumsphäre und den offiziellen Sozialisationssphären spitzt sich gegenwärtig zu und nimmt Züge an, die dem Antagonismus von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen entlehnt sind. Denn im Produktionsverhältnis gilt, was Reiche übersieht, nach wie vor rigorose „Moral" und Triebfeindschaft. Da sind die sexigen Ladenmädchen und Tipsen, auf die Marcuse verweist[11], kein Gegenbeweis. Reiche irrt sich, weil er wie gebannt auf die Konsumsphäre starrt, wenn er meint, nurmehr die vorkapitalistischen Residualmächte seien sexualfeindlich. Sexualfeindlich sind die Sphären von Produktion und staatlicher Herrschaft. „Dazwischen", in den Sphären von Warenästhetik und individuellem Konsum, herrschen keine Moral und keine Prinzipien außer der Verkäuflichkeit und der Befriedigung. Dasselbe Interesse, das als allgemeines in Staat und Produktionssphäre Triebe unterdrücken muß, muß sie als besonderes, vermittelt durch den Absatz in der Sphäre des Konsums befriedigen um jeden moralischen Preis — solange nicht staatlicherseits für andere effektive Nachfrage gesorgt wird und die Massen durch Opferenthusiasmus und Terror zum Konsumverzicht gezwungen werden.

[11] „Ohne daß er aufhört, ein Arbeitsinstrument zu sein", heißt es bei Marcuse, „wird es dem Körper gestattet, seine sexuellen Züge in der alltäglichen Arbeitswelt und in den Arbeitsbeziehungen zur Schau zu stellen . . ." Marcuse verwechselt seine alltägliche Erfahrungswelt, in der neben Büros allenfalls Einzelhandels- und Dienstleistungsbetriebe angesiedelt sind, mit der Sphäre produktiver Arbeit.

Die Kapitalisten verkaufen absolut alles außer dem, was der Gesamtkapitalist über seinen Staat sich selbst verbieten läßt, weil es die Grundlagen auflöst. Wo immer solche Verbote nicht entgegenstehen, macht die Konkurrenz der einzelnen Kapitalien jede kapitalisierbare Wunschbefriedigung zum Gebot für alle. Darum besorgen die Kapitale auch den Protest als Geschäft und daher auch die Sexualität. Immer mehr Befriedigungsangebote sind käuflich, immer mehr Verhaltensweisen werden entabuiert. Es grenzt ans Paranoische, diesen Prozeß als primär kontrolliert und repressiv darzustellen. Dem Kapital geht es weder um Freiheit noch um Herrschaft, sondern um Profit. Um Herrschaft geht es seinen staatlichen Agenten und Herrschaftsapparaten, aber auch das Verhältnis der Einzelkapitale zu ihrer Gesamtrepräsentanz ist durchaus widersprüchlich, zumal im parlamentarischen System die staatliche Herrschaft ohne das Einverständnis der Mehrheit der Nichtkapitalisten nicht stabilisierbar ist, wodurch der Staatsapparat und das Parteienoligopol ein gewisses Eigengewicht gewinnen.

VI.

„Scheinbefriedigung" ist ein im neuen Jargon der Linken beliebtes Wort. Es soll heißen: daß System befriedigt die Leute, wenn auch nur scheinbar, und integriert sie dadurch; was es ihnen gibt, ist schlecht, aber sie halten es, weil im manipulativen Schein gefangen, für gut. Dies Argument ist nicht ganz frei von der schamlosen Trauer um die guten alten Zeiten des kapitalistischen Massenelends. Um an seiner Stelle wenigstens den totalen Massenbetrug zu sehen, erklärt es den Gebrauchswert der Waren für bloßen Schein. Kein Wunder, daß, wer so argumentiert, von denen, die von den Gebrauchswerten nicht genug erhalten, nicht — oder gar als Bedrohung — verstanden wird. „Scheinbefriedigung" ist aber auch anders zu verstehen: sie bedeutet erstens Befriedigung im Medium des Scheins, zweitens Befriedigung, die aus der Sphäre bloßen Scheins heraus und wirklich werden will. Als Zustand ist sie nicht stabilisierbar. Hieraus erklärt sich das allgemeine Anwachsen von Frustration, das Reiche registriert. In der Textil- und Modebranche etwa können symbolische Lizenzen gekauft werden, die bisher gültige Normen der Kanalisierung des Sexuellen auflösen oder doch umgehen. Symbolisch soll heißen: sie ermöglichen bisher unmögliche sexuelle Verhaltensweisen in der Form bloßen Scheinens; im allgemeinen Zeigen und Schauen bleibt das Sexuelle vorerst in der Schwebe. Der Vorgang kann als der Beginn einer kollektiven Icherweiterung gesehen werden: man ist bereits in der Lage, etwas undeutlich zu wollen und auszudrücken, was man noch nicht zu realisieren vermag. Viele inserieren sich z. B. in ihrer Erscheinung als „allgemein sexuelle" Wesen und sind in ihrem Verhalten doch noch unverändert ans eheliche Ziel gebunden. Viele inserieren sich als homosexuelle Objekte, ohne doch eine sinnliche Annäherung von ihresgleichen ertragen zu können.

In der Sphäre des Scheins ist vieles am System kollektiver Verdrängungen aufgehoben, was institutionell und individuell nach wie vor in Kraft ist. Die hierdurch entstehende Spannung spürt Reiche heraus, aber er deklariert sie zur repressiven Teufelei. Aus keinem andern Grund aber kann er von Repression sprechen, als weil sie gelockert ist. Was er für die letzten Strahlen der untergehenden Sonne hält, könnte doch zugleich die Morgenröte der Freiheit sein. Die Verwechslung wäre fatal. Reiches Moral setzt an bei den alten, kanalisierten Verhaltensweisen, um in dieser Rückzugsstellung den Befreiungsschein, der freilich erst wenig mehr als bloßer Schein ist, abzublenden. Hier wäre zu bedenken, ob diese Abwehrstrategie die Macht des Scheins nicht noch befestigt. Wäre sie nicht durch wirkliche Befreiung der Sexualität viel wirksamer zu brechen? Die Ursache für die Macht des Scheins — also auch der mit Bildern der Sexualität arbeitenden Reklame — ist die versagte Wirklichkeit. Gegen sie hilft kein noch so eingeschärftes Mißtrauen gegen Bild und Machination. In diesem Mißtrauen richtet man ein Stück eigener Aggression gegen sich selbst, gegen die eigenen Sinne, letztlich den eignen Leib. Die hieraus resultierende Zerrissenheit und Zerfallenheit der Menschen mit sich selbst gehört zum Erbe bürgerlicher Pathologie.

Außer der treuen Liebe fürs Leben verklärt Reiche nur noch die Selbstbefriedigung; die Arbeiter kritisiert er, weil sie in ihr keine „autonome Lustquelle" anerkennen. Der Ehrentitel klärt ironisch auf über den ärmlichen Reichtum der sexuellen „Autonomie" des bürgerlichen Individuums, das die leibliche Gesellschaft im Extremfall nur noch als Onaniephantasie erfahren kann. In der Selbstbefriedigung ist die Wirklichkeit wieder nur als Phantasie gegeben, kaum anders als in der Warenästhetik. Daß in der Onanie phantasiert wird, besagt, daß sie Quelle bloß formal autonomer Lust ist; ihre Lust verdankt sich phantasierter Heteronomie. In der Verklärung solcher Armut zu Autonomie verlängert sich ein letzter Rest von Herrenmoral, der Passivität als Schande und Frauenschicksal gilt. Kein Schicksal ist unter Bürgern ruinöser, als nicht mehr Herr seiner selbst zu sein; nur wer absolut Herr seiner selbst ist, vermag sich seinem Kapital so zu unterwerfen, daß er als dessen Agent fungiert; nur wer seine persönlichen Antriebe absolut beherrscht, vermag das Kapital zu personifizieren. Herrschaft und Konkurrenz stanzten die Sexualrollen aus, die das Weib zum Objekt machten, ihr Subjektsein aber und mehr noch das Objektsein des Mannes tabuierten. Die soziale Natur solcher Prägungen blieb für Freuds Standpunkt der Psychoanalyse fast gänzlich verborgen. Was davon sich zeigte, zeigte sich in mythischer Form, als Eros. Thanatos, Narziß, Ödipus. Reiche folgt Freuds Ansichten nicht nur kritiklos, er mystifiziert sie vollends. Dies gilt für Freuds Phasenlehre (oral, anal, phallisch — Latenz — genital); insonderheit aber gilt es für den Begriff der Genitalität. In ihn schmuggelt er die idealische Seite des ganzen Komplexes bürgerlicher Selbststilisierung ein. Während Freud redlicherweise den Begriff eng am Tatbestand körperlicher Sexualreife hält —

die Kriterien sind: Fähigkeit zur „Endlust" und „Ausscheidung der Sexualstoffe" —, füllt Reiche die sozialen Bestimmungen des bürgerlichen Individuums in den Begriff. An die so aufgefüllte „Genitalität" heftet er alle wünschenswerten Möglichkeiten höherer Kultur, differenzierten Bewußtseins, Selbstbewußtsein und Kritikfähigkeit ebenso wie Liebe und Lust. Von dieser idealischen Matrix aus beurteilt er den vorherrschenden Sexualtypus als bloße genitale Fassade, als Verfallsprodukt also und bloße Regression, als unfähig zum Fortschritt. Von hier aus auch verurteilt er die Homosexualität: „Kulturell stellt die Homosexualität *eine* Form des Steckenbleibens auf dem Weg von der biologisch ursprünglich richtungslosen Bisexualität zur gesellschaftlich geforderten genitalen Heterosexualität dar", und „individuell müssen mit der Homosexualität stets bestimmte Schädigungen der Triebstruktur zusammenfallen." Hier könnte man fragen, warum einem Autor, der doch das kompromittierte Ganze kritisiert, gerade jene „gesellschaftlichen Forderungen" so sakrosankt gelten, daß er das von ihnen unterdrückte sexuelle Interesse fürs eigne Geschlecht zur Schädigung erklärt. An dieser Stelle wird deutlich, wie ein zunächst befreiend aufklärerischer Gedanke: die Annahme einer ursprünglichen Bisexualität, von einem Instrument der Institutionenkritik zu einem der Institutionenrechtfertigung umfunktioniert wird in den Bahnen konservativer, ja reaktionärer bürgerlicher Anthropologie, der die schärfste Aufklärung als Waffe gegen Aufklärung dienen muß. In der Annahme der wesenlosen Plastizität der Menschen geht Reiche so weit, daß er selbst den Hinweis auf eine „natürliche Lustprämie" der heterosexuellen Liebe als „bis heute hauptsächlich Spekulation gebliebene Aussage" zurückweist. Da ist keine Natur mehr in Sicht, nur noch „gesellschaftliche Forderungen". So ist es bestenfalls ein Streit zwischen zwei verdinglichten Formen von Liebe, zwischen „Zwangsheterosexualität" (Ferenczi) und Zwangshomosexualität, den Reiche konformistisch entscheidet.

Nun ist aber das Tabu der Homosexualität ein zentraler Faktor in den von Reiche hauptsächlich beschriebenen Erscheinungen, in denen sich, nach seinem Verständnis, Herrschaft im Medium der Sexualität gegenwärtig konkretisiert: die Manipulation der „Partialtriebe" durch die Warenästhetik und die hierdurch erfolgende Schwächung der „genitalen" Sexualität. Seine Abwehr des Scheins bleibt aber ganz vordergründig: er entschließt sich, die Augen zuzumachen, statt zu ergründen, wie es kommt, daß der Schein so große Macht über die Menschen hat. Ein gut Teil der von Reiche beschriebenen Phänomene von Mode, Reklame etc. spielt sozusagen Wiederkehr der verdrängten Homosexualität, deren autistisch-„autonome" Form der heute so verbreitete modische und kosmetische Narzissmus sein dürfte. Der erzwungene Ausfall einer Erfahrung, die jedem möglich ist und fast so nahe liegt wie der eigne Leib, macht den Untergrund so mancher Faszination aus und bestimmt eine Spannung, in deren Ausbeutung Kulturindustrie und Politik nicht auseinanderzu-

halten sind. Die gleiche latente Energie speist das Verbrechen und den Kriminalfilm, die Kriegskameradschaft und den Western. Das vor allem bei den Männern in Latenz gedrängte Interesse fürs eigne Geschlecht trägt zur Manipulierbarkeit vor allem der Männer mehr bei als irgend eine andere Verdrängung. Nicht nur die homosexuellen Scheinlizenzen der Textilmode und Kosmetik beziehen ihre Macht aus diesem Komplex, sondern ein ganzes Bündel irrationaler Bindungen an Ordnung, Konkurrenz, Führer, Macht. Die Tabuierung der Homosexualität dürfte zudem einen wesentlichen Beitrag zur Schwächung der Heterosexualität leisten. Reiches Typus der „genitalen Fassade" und „Scheingenitalität" ist wahrscheinlich entscheidend bedingt durch diese Konstellation: Tabuierung der Homosexualität bei gleichzeitiger Lockerung von Randtabus. Das puritanische System von Vermeidungszwängen, dessen partielle Auflösungen Reiche als repressive Entsublimierung beschreibt, hat durchaus seine Logik gehabt. Teilemanzipationen, wie gegenwärtig zu beobachten, sind nicht ohne weiteres stabilisierbar. Die Dynamik der gegenwärtigen Instabilität ist demnach nicht die Dynamik von Herrschaft sondern ihr nolens volens einkalkuliertes Risiko. Die volle Freiheit der Sexualität ist mit der ökonomischen Herrschaft des Kapitals nicht zu vereinbaren. Sie steht in doppelter Frontstellung: gegen das Ausbeutungsverhältnis in der Produktionssphäre und gegen das Auftreten der Staatsmacht in Beziehungen direkter Herrschaft. Der in seinem Bestand durch ökonomische Krisen und Kampf der Arbeiter gegen das Kapital — und sei es auch „nur" um mehr Lohn und „Mitbestimmung" — gefährdete Kapitalismus und sein Staat werden u. a. wieder mit Sexualfeindschaft reagieren und mit der Mobilisierung sexueller Angst und sexuellen Neides. Die Sozialisten sollten diese Wendung zur neuen Prüderie, wie sie übrigens Schelsky fürs kommende Zeitalter erhofft und voraussagt, nicht selber vorwegnehmen. Sie würden dem Gegner das politische Geschäft dadurch erleichtern. Nur eine allgemeine Begeisterung für „klassische Ausbeutung" und „klassische Klassengesellschaft", weil dem Blick nach rückwärts die Fronten so klar scheinen, mag Reiche dazu gebracht haben, die sexualemanzipatorischen Tendenzen vorschnell als repressiv und reaktionär zu beurteilen und sich in der ganz unerlaubten Illusion zu wiegen, Sexualunterdrükkung und ihre Neurosen ergäben revolutionäres Potential. — Endlich setzt Reiche viel zu unbesehen „Frustrationstoleranz" als Wert. Er müßte aber auch bedenken, daß die Massen in der Vergangenheit eher zu viel als zu wenig „Frustrationstoleranz" bewiesen haben. Wenn sie sinkt bei wachsender Befriedigungsmöglichkeit, sinkt sie auch gegenüber kommenden „Frustrationen", die das System des Kapitalismus vor allem den lohnabhängigen Massen zufügen wird. Je weniger Mangel und Verzicht zur zweiten Natur geworden sind, desto ungeduldiger werden die Massen sich in kommenden Entbehrungssituationen verhalten. Was sie erst einmal richtig haben, kann ihnen nicht wieder weggenommen werden, ohne ihren Aufstand auszulösen.

Dokumentation

Wichtige Materialien, Fragen der Einheitsfront betreffend

Nachstehende Dokumente wurden von Genossen des Berliner SDS zusammengestellt, kommentiert und betitelt.

Als die Sozalistische Ordnungspartei Westberlins (SED-W) nach dem 2. Juni 1967 zu den 'Ereignissen' Stellung nahm, sah sie die Möglichkeit gekommen, sich aus dem Schattendasein zu lösen, das sie nach dem Faschismus im Kampf um Sitz und Stimme im Abgeordnetenhaus der Stadt bisher geführt hatte. Den bisherigen Höhepunkt ihrer Westberliner Schritt-für-Schritt-mit-den-Kräften-des-Friedens-nach-vorn-Politik sieht diese Partei noch immer in der machtvollen, glänzenden etc. Massendemonstration vom 1. Mai 1968, für deren Schlusskundgebung sie gleichwohl keinen Redner stellte, deren Tenor sie jedoch zu bestimmen meinte: unter dem Transparent mit der Aufschrift 'Vereint siegen — nicht getrennt unterliegen' zogen 40 000 Arbeiter, Schüler und Studenten durch Kreuzberg und Neukölln, ehemalige Hochburgen der KPD. Die politische Diskussion über Fragen der punktuellen Aktionseinheit mit der Partei, die vor und besonders nach dem 1. Mai öffentlich hätte geführt werden müssen und die nach dem 21. August und nach dem 4. November, 'Ereignisse', zu denen sich die Partei via Parteizeitung vernehmen ließ, ansatzweise in den Universitäten Westberlins begonnen wurde, wird in einer der folgenden Nummern der nk vom Berliner Landesverband fortgesetzt werden. Die hier vorgelegte Dokumentation soll den westdeutschen Genossen Gelegenheit geben, sich mit den besonderen Fragen, deren öffentliche und bestimmte Erörterung bisher nicht gelang, vertraut zu machen. Das Ausbleiben der öffentlichen Auseinandersetzung zwischen der Partei und uns, die die Briefe in der „Wahrheit" nicht ersetzen können, hat nicht zuletzt zur Folge, daß die Masse der Jungarbeiter, Schüler und Studenten, die seit dem Vietnamkongreß im Februar 1968 politisch mobilisiert sind, kaum noch bereit ist, die punktuelle Einheitsfront mit der SED-W unbefragt fortzusetzen. Daß das Vorstandsmitglied Ziegler, der von 1935 bis 1945 in Schweigehaft und KZ saß, während seines Redebeitrages auf der Kundgebung vom 14. Dezember 1968 vor dem Schöneberger Rathaus permanent durch Sprechchöre niedergeschrieen wurde, zeigt, vielleicht zu spät, die dringende Notwendigkeit der öffentlichen Auseinandersetzungen um diese Fragen.

Unsere Dokumentation setzt sich aus folgenden Beiträgen zusammen:

1. „Statt eines Leitartikels", Brief des Siemens-Arbeiters Klaus Biastoch,

abgedruckt in der „Wahrheit" vom 14.11.1968 auf S. 2.
2. „Der Antwortbrief" des Genossen Christian Semler, abgedruckt in der „Wahrheit" vom 22.11.68 auf S. 3.
3. „Zusammen mit Brecht gesungen", Brief des SED-W-Genossen Michael Klein, abgedruckt in der „Wahrheit".
4. Redebeitrag des SDS für die Kundgebung vom 14.12.1968, dessen Thesen auf einer Sitzung des Ermittlungsausschusses kollektiv erarbeitet wurden.

Statt eines Leitartikels

Von dem Siemensarbeiter Klaus Biastoch erhielten wir folgenden Brief, mit der Bitte, ihn zu veröffentlichen.

Werter Kollege Semler!

Ich glaube, ich darf Sie so nennen: denn zwischen Arbeitern und Studenten bestehen heute ja wohl keine großen sozialen Unterschiede mehr. Mit Interesse habe ich jeden Schritt der studentischen Bewegung verfolgt und war — ich gestehe das offen ein — manchmal mit bestimmten Aktionen nicht einverstanden. Ich arbeite bei Siemens, in einem Betrieb, in dem Zehntausende Arbeiter und Angestellte als Lohnabhängige ihre Tätigkeit ausüben. Da dachte ich mir, wenn die Studenten demonstrieren, kannst du als Arbeiter doch nicht abseits stehen. An der Mai-Demonstration in Neukölln habe ich aktiv teilgenommen, und nicht nur ich allein, sondern viele meiner Kollegen, wenn auch noch nicht alle. Von diesem Zeitpunkt an entwickelten sich in „unserem" Betrieb zögernd Zweifel an der Haltung des Senats gegen die studentische Bewegung. Was mich besonders beeindruckte, war die starke Teilnahme der Arbeiter an der Mai-Demonstration. Daraus schloß ich, daß zwischen Arbeitern und Studenten gemeinsame Interessen bestehen und daß sie zusammengehören.

Nun muß ich aber zu meinem großen Bedauern feststellen, daß es seit dem 1. Mai keine Steigerung der Gemeinsamkeit zwischen Arbeitern und Studenten gibt; denn Anlässe zu gemeinsamen Aktionen gibt es ja wohl genug.

Dann kam Montag, der 4. November; ich möchte gleich sagen, daß ich weder an der Seite des Senats noch an der Seite der Polizei stehe. Ich habe wohl beobachtet, daß der Polizeibeamte, der auf Benno Ohnesorg geschossen hatte, außerhalb der Strafverfolgung steht. Ich habe sehr wohl gesehen, daß die Polizei auch ohne Grund — wie in den Ostertagen — auf Demonstranten einschlägt, und ich habe das Gefühl, daß manche Politiker größere Zusammenstöße brauchen, um die Massen gegen die Bewegung aufzuwiegeln.

Aber Ihre Orientierung, Kollege Semler, scheint nicht zu stimmen. Sie sehen das Ziel von Demonstrationen in Zusammenstößen mit der Polizei. Ich sehe das Ziel von Demonstrationen in der Vertretung der Interessen der Arbeiterbewegung und der studentischen Bewegung. Woher kommt es denn, daß am ersten Mai 40 000 und am 4. November 400 demonstrierten? Das muß doch einen Grund haben. Sie behaupten, die Lohnabhängigen würden die Aktion vom 4. November verstehen. Welch eine verhängnisvolle Unkenntnis der wirklichen Lage und der Stimmung. Ich frage Sie: Was kann jemand in der sozialistischen Bewegung anrichten, der so weit ab von jeder realen

Einschätzung der wirklichen Situation und Stimmung bei den Lohnabhängigen ist?
Sie haben sich mit den „Rockers" solidarisiert; ich gebe unserer Gesellschaftsordnung daran schuld, daß es überhaupt „Rockers" gibt.
Aber die Frage steht so: Entweder Sie orientieren sich auf die Zusammenarbeit mit der Arbeiterklasse oder auf die Gemeinsamkeit mit den „Rokkers". Ich sage Ihnen das offen. Ihre Linie scheint mir grundfalsch zu sein. Nehmen Sie es mir nicht übel, wenn ich Ihnen sage, Sie schaden sowohl der studentischen als auch der Arbeiterbewegung. Meinen Sie nicht auch, daß die Stimmung wenigstens eines Teiles unserer Bevölkerung eine andere gewesen wäre, wenn Sie mit Ihrer Aktion nicht Wasser auf die Mühlen der CDU und der Springer-Presse geleitet hätten. Man spürt doch ordentlich, mit welcher Begierde fast die gesamte bürgerliche Presse den 4. November aufgriff, um vom CDU-Parteitag und der Kundgebung in der „Neuen Welt" abzulenken.
Sie spielen sich als Oberrichter über alle Linken auf, die mit Ihrer Ansicht nicht übereinstimmen, Haben Sie wirklich so viele Erfahrungen, um gültige Entscheidungen über das, was richtig und was falsch ist, treffen zu können?
Mit Gruß Klaus Biastoch

Der Antwortbrief
Lieber Kollege Biastoch,
Ich habe Ihren Brief erhalten und möchte kurz auf Ihre Fragen und Vorwürfe eingehen.
Die Aktion vom 4. November war nicht meine Aktion, wie Sie schreiben, sondern sie wurde von 1200 Teilnehmern der Veranstaltung gegen die Klassenjustiz Freitag, den 1. November, an der TU beschlossen, also von jener Gruppe, die die Aktion vom 4. im wesentlichen auch trug. Unser Kampf gegen die Polizei, insbesondere der Steinhagel, mit dem wir uns die Polizeiketten vom Leibe hielten, war eine spontane Widerstandshandlung, die allerdings während der Demonstration geordnete Formen annahm. Bislang war es das Privileg der bürgerlichen Presse gewesen, Rädelsführer zu ermitteln, wo in Wirklichkeit kollektiv beraten und kollektiv gehandelt worden war. Wir sollten der Bourgeoisie dieses Privileg auch weiterhin überlassen.
Kollege Biastoch, Sie machen mir zum Vorwurf, ich sähe das Ziel von Demonstrationen nur in Zusammenstößen mit der Polizei. Wie kommen Sie zu dieser Behauptung? Sollten wir nicht zuerst den politischen Zusammenhang erörtern, in dem die Aktion vom Montag stand? In der BRD und in Westberlin laufen jetzt Tausende von Prozessen an, mit deren Hilfe Arbeiter, Schüler und Studenten ihrer politischen Aktivitäten wegen kriminalisiert werden sollen. Unsere Aufgabe als unmittelbar Betroffene ist es, gegenüber diesem Angriff eine umfassende Gegenwehr zu entwickeln, eben die Kampagne gegen die Justiz als gegen ein Instrument der imperialistischen Bürokratie. Die Kampfformen innerhalb dieser Kampagne reichen, soweit unsere Stärke und unsere politische Phantasie reichen. Sie umfassen die Aufklärung über die Funktion der Klassenjustiz in Massenveranstaltungen, Broschüren und Flugblättern, Störaktionen im Gerichtssaal, Verhinderung von Verhandlungen und Urteilssprüchen, Ironisierung der Justizrituale,

Anprangerung exemplarischer Faschisten, Errichtung einer Roten Hilfe, Schutz der Verurteilten vor dem Strafvollzug, Go-ins in die Gerichte und Demonstrationen wie die vom Montag. All diese Aktionen bedingen einander, haben das Ziel, den Mythos von der Dritten Gewalt gründlich zu entlarven, die Widersprüche im westdeutschen Justizapparat aufbrechen zu lassen, den nackten Terror zu denunzieren, mit dem die Justiz den staatsmonopolistischen Kapitalismus stützt. Dies, Kollege, müssen unsere Mittel im Kampf gegen die Justiz als Agentur des Staatsapparates sein, im Kampf an anderen gesellschaftlichen Fronten — der Universität, den Schulen und Lehrwerkstätten, den Betrieben — werden Kampfformen wechseln. Wir alle wissen, daß es keinen Weg gibt, der uns geradeswegs von Straßenschlacht zu Straßenschlacht in den bewaffneten Aufstand führte. Die bürgerliche Presse wie der „Spiegel" vom Montag, dem 11. 11., will ihren Lesern weismachen, die Demonstration vom 4. November oder ich gingen von einer solchen Vorstellung aus. In Wirklichkeit vertreten wir die Auffassung, daß von der Konfrontation und Provokation, die den Machtapparat bloßstellen, über friedliche Massendemonstrationen bis zu Streik und Besetzung wir alle Kampfmittel beherrschen müssen, die geeignet sind, „die versteinerten Verhältnisse zum Tanzen zu bringen".

Wir haben also das Problem der Militanz des 4. November im Rahmen der Justizkampagne zu analysieren. Unsere Erfahrungen lehren uns, daß die Demonstration vor dem Kriminalgericht anläßlich des Teufel-Prozesses ebenso wie die Montagdemonstration von den Schülern, Lehrlingen und jungen Arbeitern, die wir erreichen können, unterstützt wird. In bezug auf die arbeitende Klasse im Ganzen müssen wir unmittelbare Reaktionen im Betrieb, von denen Sie ausgehen, von langfristigen Prozessen unterscheiden, die zur Einsicht in den Unterdrückungscharakter der imperialistschen Institutionen führen. (Armee, Polizei, Beamtentum, Justiz). Die wirkliche Lage und Stimmung der arbeitenden Massen ist keine Konstante, sondern durch umfassende Aktionen wie z. B. die Justiz-Kampagne veränderbar. Wollen Sie, Kollege Biastoch, etwa davon ausgehen, daß die elementare Einsicht in den Klassencharakter von Justiz und Polizei bei den werktätigen Massen verlorengegangen ist?

Sie kritisieren, daß wir uns mit den Rockern solidarisiert haben. Wie Sie wissen, sind fast alle Rocker Arbeiter. Ihre Auflehnung gegen die kapitalistische Gesellschaft ist noch nicht bewußt, noch nicht politisch. Die Rokker von der Arbeiterklasse abzutrennen, wiederholt nur die bürgerliche Trennung vom Kriminellen und Nichtkriminellen in einer kriminellen Gesellschaft. Die Rocker werden, wenn es gut geht, von uns lernen, und wir werden von ihnen lernen, so daß wir zum Schluß alle gute Kommunisten sein werden. Selbstverständlich haben wir nicht die Absicht, über die Rocker am Revolutionisierungsprozeß der Arbeiterklasse teilzunehmen. Die sozialistische und anti-autoritäre Bewegung hat dieses Jahr auf die Schüler, Lehrlinge und jungen Arbeiter übergegriffen. In der Ausbreitung und Konsolidierung der Revolte, in der Hilfe bei der Organisation der Selbsttätigkeit sehen wir unser vordringliches Ziel. Wir brauchen deshalb, glaube ich,

nicht umständlich zu betonen, daß die revolutionäre Arbeiterklasse für uns die wesentliche Voraussetzung für den Sturz des kapitalistischen Herrschaftssystems und die Errichtung der demokratischen Diktatur des Volkes bildet.

Die gegenwärtige Entfremdung zwischen den Genossen der SED und dem SDS liegt nicht in der sektiererischen Politik einzelner „Führer", sondern darin begründet, daß über einige grundlegende Fragen wie den friedlichen Weg zum Sozialismus, die gegenwärtige Funktion des Parlamentarismus, das Programm der Arbeiterkontrolle als Alternativ-Lösung zur Mitbestimmung und die Leninsche Theorie der friedlichen Koexistenz sowie deren gegenwärtige Deutung keine offene Debatte stattgefunden hat. Ich entsinne mich keines Ausspruchs, aus dem geschlossen werden könnte, ich werfe mich zum Oberrichter über sozialistische Theorie und Praxis auf. Dieser Vorwurf trifft mich insofern hart, als ich schon einfache Richter nicht ausstehen kann.

Lieber Kollege Biastoch, ich mache Ihnen den Vorschlag, die von Ihnen aufgeworfenen Fragen zusammen mit Genossen, Freunden und Kollegen weiter zu diskutieren.

Mit sozialistischen Grüßen
Christian Semler

Zusammen Brecht gesungen

Lieber Genosse Semler, erlaube mir, Dich Genosse zu nennen, da wir vor nicht langer Zeit in Moabit nebeneinander auf der Anklagebank gesessen und nach der Urteilsverkündung gemeinsam mit anderen Angeklagten das „Solidaritätslied" von Brecht gesungen haben. Zu Deiner Antwort an den Genossen Biastoch möchte ich Dir auch ein paar Worte sagen.

Wenn wir die Aktionen des SDS und anderer Gruppen der APO vom 4. November kritisieren, so deshalb, weil wir meinen, daß sie keine vorwärtstreibenden Aktionen waren. Es gibt keinen historischen Beweis dafür, daß militante Aktionen den unbewußt Handelnden quasi automatisch revolutionäres Bewußtsein vermitteln. Deshalb meinen wir, daß es gefährlich ist, die Rocker vorzuschicken, damit sie bei Konfrontationen mit der Polizei den Drall in Richtung revolutionäre Arbeiterbewegung bekämen. „Die Idee wird zur materiellen Gewalt, wenn sie die Massen ergreift." Wir meinen, daß dieser Satz heute mehr denn je aktuelle Bedeutung besitzt. Daher bemühen wir uns, die Kleinarbeit zu leisten, damit die Idee die Massen ergreift. Den umgekehrten Weg halten wir für abenteuerlich. Eine militante Bewegung ohne die Ideologie der Arbeiterklasse kann in alle Richtungen gehen.

Die letzte Zeit hat gezeigt, daß bestimmten Gruppen der APO die Orientierung fehlt, daß ein prinzipienloser, unsicherer Aktivismus betrieben wurde, der der antiimperialistischen Bewegung geschadet hat. Wer nicht zu verhindern sucht, daß Demonstrationen — wie die vom 9. November — unter antisowjetischen Losungen laufen, den kann man nicht als Revolutionär bezeichnen. (Waren es doch nicht die Parolen der Westberliner APO, sondern sowjetische Abwehrwaffen, die den erfolgreichen Kampf gegen die amerikanischen Terrorbomber in Vietnam ermöglichten, und Blutkonserven von DDR-Studenten, die manchem Vietnamesen das

Leben retteten.) Wer dazu beiträgt, daß der Manipulation durch die Herrschenden die Desorientierung der kleinbürgerlich Opponierenden hinzugefügt wird, handelt objektiv gegen die revolutionäre Bewegung.

Im übrigen ist das Konzept der „Antiautoritären" und die Fehleinschätzung der „Propaganda der Tat" so alt wie die Arbeiterbewegung. Die Geschichte hat gezeigt, daß eine revolutionäre Bewegung immer dann erfolgreich werden konnte, wenn eine starke revolutionäre Partei imstande war, den gegen das alte Herrschaftssystem opponierenden Massen die richtige Richtung zu geben. Dazu ist eine realistische Einschätzung der gegebenen historischen Situation notwendig und die Suche nach Methoden der Aufklärung, die die Masse der Abhängigen sicher und handlungsfähig macht. Daher sind auch nur solche Aktionen zu vertreten, die die Lohnabhängigen verstehen können. Wer sich von den Beherrschten, die er aufrütteln will, entfernt, handelt sektiererisch und schadet der antikapitalistischen Bewegung..

Wir haben nicht deswegen etwas gegen Steine als Argumente, weil wir die Unantastbarkeit der Repressionsinstrumente der Bourgeoisie respektieren, sondern weil sie von der Mehrheit der Beherrschten und Manipulierten nicht verstanden werden können. Wir meinen auch, daß es den Herrschenden nur recht sein kann, wenn die gegen das System Opponierenden und die, welche willig oder mit Unbehagen den Karren der Bourgeoisie ziehen (also die Polizei), sich gegenseitig zerfleischen. Revolutionäre Wirkung hätte es, wenn der Herrschaftsapparat unsicher gemacht würde. Wer aber den Haß des einfachen Polizisten und eine falsche — weil gegen die wahren Interessen der Polizisten gerichtete — Solidartät provoziert, so meinen wir, handelt leichtfertig. Denn von den Steinen wurden ja nicht die Alt-Nazis der Westberliner Polizei getroffen, die die hohen Posten innehaben, nicht die Einpeitscher in Senat und Gewerkschaftsspitze, nicht die Aktionäre und Villenbesitzer, sondern „einfache Polizisten". Man staunt, daß die sonst angeblich so differenziert denkenden Ideologen der „Antiautoritären" nicht bereit zu sein scheinen, die Masse der Polizei ebenfalls als manipulierte Opfer des Systems zu sehen.

Daß man aber die Revolution auf der Straße gleichsam wie ein Theaterstück probt, dagegen sind wir allerdings. Vor nicht langer Zeit schrie in dem Kino Bellevue, als in einer Nachtvorstellung der Film „Cuba si !" gezeigt wurde, ein Angehöriger des SDS, der dafür plädierte, daß man um Mitternacht auf die Straße gehe und für die mexikanischen Studenten demonstriere, er schrie: „Genossen, wenn wir heute nicht auf die Straße gehen, wird es nie einen Film über die Revolution in Berlin geben." Dieser Ausspruch scheint mir typisch für die eigenartig literarische Auffassung revolutionären Handelns mancher „Linker" zu sein.

Die „Antiautoritären" haben in der letzten Zeit mit den unwahrscheinlichsten Parolen und Behauptungen Verwirrung gestiftet: Es war die Rede von der „verratenen Revolution" in Frankreich, der tschechoslowakische Revisionismus in Verbindung mit der inneren und äußeren Konterrevolution hieß plötzlich „demokratischer, attraktiver Kommunismus", der pro-

letarische Internationalismus wurde „Sowjetimperialismus" genannt und die für uns alle lebenswichtige Politik der friedlichen Koexistenz „Verrat der Weltrevolution". (In der blumenreichen Phraseologie der chinesischen Superrevolutionäre um Mao Tse-tung heißt das verkürzt: „Sozialimperialistische Teufelei der sowjetrevisionistischen Renegatenclique" — Peking Rundschau 43/68.)

Genosse Semler, am Schluß Deines Antwortbriefes an den Genossen Biastoch bemerkst Du, daß die Entfremdung zwischen dem SDS (ich würde sagen, Teilen von ihm) und unserer Partei eingetreten sei, weil keine Grundsatzdiskussion zu bestimmten Fragen erfolgt sei. Ich muß aber feststellen, daß bei Gelegenheiten, bei denen eine solche Diskussion möglich ist, sich selten einer der „Antiautoritären" einfindet. Unsere Partei hat immer wieder ihre Bereitschaft zu Gesprächen und gemeinsamen Aktionen betont. In die Partei sind in den letzten Jahren junge Arbeiter, Studenten, Schüler und Angehörige der bürgerlichen Intelligenz gekommen, weil sie die Partei als Organisationsform ansehen, die ihnen als einzelnen den wirkungsvollsten Einsatz im Klassenkampf ermöglicht. Sie alle halten das Reden vom „Antiautoritarismus" für kleinbürgerliches Geschwätz, sie alle haben sich dem demokratischen Zentralismus verpflichtet und sehen im Marxismus-Leninismus ein theoretisches Instrument, mit dem der praktische Klassenkampf gemacht werden kann.

Keiner behauptet, daß unsere Partei ohne Fehler und Mängel sei, aber wir alle sind dabei, an der Beseitigung dieser Mängel zu arbeiten, unsere Organisation völlig mit dem revolutionären Inhalt der Arbeiterbewegung zu füllen. In der Diskussion der Partei über revolutionäre Strategie und Taktik, über die innerparteiliche Demokratie, über Formen der Agitation und Propaganda, über revolutionäre Kulturarbeit, in dieser Diskussion ist die Einheit von Arbeitern und Angehörigen der Intelligenz hergestellt, um die sich die „Antiautoritären" nur zu oft vergeblich bemühen.

Wir alle wissen, daß eine Zersplitterung der Bewegung nur der Reaktion nützt. Daher sollte jede Chance der Zusammenarbeit und gemeinsamen Diskussion genutzt werden. Man wird uns allerdings nicht zwingen können, uns in bestimmten Fragen prinzipienlos und opportunistisch zu verhalten, wie es ein Teil der „Linken" etwa in der Frage der CSSR getan hat.

Mit sozialistischem Gruß
Michael Klein

Redebeitrag des SDS für die Kundgebung vom 14.12.1968

Der Richter Oske und seine Angeklagten haben kein Hitlerbild auf dem Schreibtisch und keine Reitpeitsche im Schreibtischfach. Malen wir uns nicht das Bild eines Totschlägers, der die SS-Uniform unter der Robe trägt. Richter Oske ist kein Einzeltäter. Richter Rehse war kein Einzeltäter. Richter Oske teilt mit seinen Kollegen die genau umrissene Aufgabe, den Bestand des Staates zu schützen.

Welches Staates? Des Staates einer verschwindenden Minderheit von Ausbeutern, die im Verein mit den Arbeiterverrätern aus den SPD- und DGB-Bürokratien die Massen niederhält. Wann greift dieser Staat zur offenen Gewalt? Wenn er in seiner

Grundlage erschüttert wird. Oske belehrt uns: „In Krisenzeiten und besonders, wenn es um den Bestand des Staates geht, können auch besondere Maßnahmen zur Abwendung von Gefahren nötig werden." Das hieß für das Jahr 1943: Wenn sich bei Stalingrad der Sieg im Volkskrieg gegen die hitlerfaschistischen Angreifer abzeichnete. Das heißt für das Jahr 1968: Wenn die arbeitenden Massen sich nicht von der DGB-Spitze disziplinieren lassen, wenn die Studenten die Produktivkraft Wissenschaft massenhaft gegen die Herrschenden wenden, wenn die Schüler und Lehrlinge dem brutalen Druck ihrer Ausbilder widerstehen. Das hieß nach 1918: Staatsnotstand, nach 1933: Ermächtigungs- und Ausnahmegesetz, nach 1968: Notstandsgesetze. Wir danken Ihnen, Richter Oske, daß Sie auch diesen Zusammenhang erwähnt haben.

Zur Zeit bringt die SPD ein Gesetz zur Vorbeugehaft ein, selbstverständlich nur für Schläger, Rocker, Diebe und Betrüger. Aber der Westberliner Polizeipräsident Hübner hat gestern dankenswerterweise festgestellt, was wir sowieso alle wußten, daß dieses Gesetz für uns alle bestimmt ist, für Störer, die gegen die Ruhe und Ordnung der Ausbeutung kämpfen.

Genossen! Wir haben die Staatsmaschine des westdeutschen und westberliner Imperialismus, die Polizei- und Militärmaschine, die Beamten und die Richter nicht vereinzelt und moralisierend anzuklagen. Der Slogan 'Neonazis raus aus Westberlin' ist unsinnig, weil der Richter Oske kein Anhänger Hitlers, sondern ein fügsamer Diener seines Staates, seiner Urteilsmaschine ist. Sein einziger Fehler war seine Ehrlichkeit. Warum heult die Springerpresse auf, warum erregen sich die aufrechten Neubauer-Demokraten? Weil ihre wahren Absichten enthüllt werden. Weil Schluß gemacht wird mit dem rechtsstaatlichen Mäntelchen. Daraus haben wir zu lernen. Der Apparat unserer Unterdrücker, unsicher geworden angesichts des beginnenden Widerstands, schickt sich an, zum offen Terror überzugehen.

Genossen! Die Bourgeoisie und ihr Staat werden freiwillig keinen Zentimeter zurückweichen. Sie wird es nicht zulassen, daß eine linke Parlamentsmehrheit sie einfach abschafft. Über diese Idee hat Lenin sich schon lustig gemacht. Er hat uns auch die Richtung unseres Kampfes gezeigt. Dieser Kampf gipfelt in der Zertrümmerung des kapitalistischen Staatsapparats und der Errichtung der Diktatur des ganzen arbeitenden Volkes über seine Peiniger.

Die sozialistische Bewegung der Arbeiter, Lehrlinge, Schüler und Studenten hat das Erbe einer Geschichte angetreten, die der deutsche Faschismus mit der Zerschlagung der Klassenorganisation der Arbeiter für beendet hielt. Aber nach dem Ende des 2. Krieges haben die Sozialisten sowenig an der abgebrochenen Tradition der Arbeiterbewegung ihre Reorganisierung angefangen, sowenig der deutsche Faschismus seine bankrotte Herrschaft wiederaufgerichtet hätte. Noch in den fünfziger Jahren glaubten einige, der Kampf gegen den Faschismus in der deutschen Bundesrepublik setze den Kampf des antifaschistischen Widerstands einfach fort. Und bis heute glauben noch immer einige, die Sozialisten könnten wenigstens ihre Haut retten, wenn sie nach der Entfernung von alten Nationalsozialisten aus den

Führungscliquen des Regierungsapparats, den Zentren des Monopolismus, aus den staatlichen Bürokratien insgesamt und aus dem Militär schreien. Innerhalb unseres Kampfes ist aber der Ruf nach der Entfernung dieser alten Nationalsozialisten eine Stimme im monopolistischen Chor, der die Erinnerung an die historische Bedeutung des antifaschistischen Widerstands verschlingt. Den staatlichen Bürokratien, den Spitzenverbänden der Wirtschaft, der neuen Generalität, die alle längst mit jüngeren besetzt sind, kommt es aber nur auf die Selbstreinigung vor den Augen der Verbündeten im imperialistischen Lager an. Es kommt ihnen darauf an, sich vor den Augen der US-Imperialisten als die Repräsentanten der zweiten deutschen Republik vorzustellen, die mit lästigen Anachronismen aus der Herrschaft des deutschen Faschismus schon fertig werden. Sie errichten aber gleichzeitig unter dem Schutz von Miltärbündnissen und Wirtschaftsabkommen mit dem imperialistischen Lager diejenige Form von politischer Herrschaft, die unter dem Schleier des bürgerlichen Parlamentarismus die glattere, reibungslosere, weniger Aufsehen erregende Herrschaft des Kapitals im internationalen Rahmen sichern und festigen soll.

In diesem Bemühen ist ihnen die sogenannte Dritte Gewalt die sicherste Hilfe. Die „unabhängige" Richterschaft, nach dem 2. Krieg wieder auf Lebenszeit in ihre Ämter eingesetzt, glaubte sich schon vor den Schatten der Vergangenheit sicher, als Kommunisten, die nach dem Parteiverbot noch von sich hören ließen, mit hohen Gefängnisstrafen zum Schweigen gebracht worden waren. Aber der Kapitalismus ist so einfach, noch immer so mangelhaft organisiert und vor Massenbewegungen noch immer so wenig abgesichert, daß sein Lügengebäude ins Wanken gerät, sobald er an einer empfindlichen Stelle getroffen wird. Die deutsche Richterschaft schickte sich zum ersten Male im Jahre 1967 an, offen die ihr in der Klassengesellschaft zugedachte Rolle zu spielen.

Aber sie sah und sieht sich nicht mehr alten Kämpfern gegenüber, die sie aus der illegalisierten Bewegung isolieren konnte. Sie stellt mit Schrecken fest, daß die in den Kämpfen gewonnene Solidarität, daß die in den Kämpfen gewonnenen politischen Einsichten vor den Schranken der Justiz nicht haltmachen.

Die von der sozialistischen Studenten- und Schülerbewegung begonnene, auf die jungen Arbeiter und Lehrlinge übergesprungene Justizkampagne hat die Ebene des Protest gegen rechtsstaatliche Übergriffe längst abgestreift. Wir alle haben erfahren, daß wir genau in dem Augenblick mit der ganzen Gewalt, die der Justiz im organisierten Polizeiapparat und dem kapitalistischen Staat insgesamt in den militärischen und paramilitärischen Organisationen bis hinunter zum Werkschutz in den Fabriken zu Gebote steht, gegen die Massenbewegung der sozialistischen Arbeiter, Schüler und Studenten rechnen müssen, wenn wir die Agenturen des kapitalistischen Staats an ihren empfindlichen Stellen treffen, wenn wir sie offen zu bekämpfen beginnen. Genossen! Was haben wir vom 4. November, dem Tag der Demonstration am Tegeler Weg, gelernt, was hat die bürgerliche Presse, was haben die Kapitalisten gelernt? Daß wir ihnen ihre

Reformpläne aus den Händen schlagen, weil die Grundlage dieser Gesellschaft, die kapitalistische Produktionsweise und ihre Produktionsverhältnisse von der Bourgeoisie und ihren weltweiten Verbündeten im imperialistischen Lager nicht friedlich reformiert werden kann. Daß wir die Rolle der Opfer nicht länger spielen. Der kapitalistische Staat der deutschen Bundesrepublik, das Parteienkartell sucht die nachfaschistischen Organisationen zurückzudrängen, zu verbieten, gibt sich alljährlich einige Male die Gelegenheit, Mitleid mit den Opfern des Faschismus zu heucheln. Aber die deutsche Richterschaft und ihre Komplizen in der Politischen Polizei schafft Hunderte von Strafprozessen, die sich mit jeder Verhandlung vervielfältigen in dem Maße, wie wir den Widerstand verdoppeln und verdreifachen.

Es gibt aber einige, die sagen, daß die spontane offene Gewalt gegen den Staat der Bourgeoisie uns schade. Die so reden, zählen die Massen bloß nach Köpfen und fallen in den Chor der bürgerlichen Propagandisten ein. Die so reden, haben vergessen, daß ein Funken einen Steppenbrand entfachen kann. Umgekehrt: Sie unterstützen wie die freiwillige Feuerwehr die staatliche beim Löschen der Funken und lassen sich bescheinigen, als wie nützlich sie sich gegebenenfalls erweisen. Und die so reden, auf deren Widerstand wird der Staat der Bourgeoisie nicht rechnen dürfen.

Der antifaschistische Kampf hat ein verändertes Gesicht. Er setzt eine Geschichte fort, indem er sie kämpferisch verändert. Überall ist der Kampf der Arbeiter, Schüler und Studenten ein Beispiel für diese Veränderung. Die Justizkampagne, die wir begonnen haben, klärt auf in dem Maße, wie sie in einer massenhaften Anstrengung die Justiz als ganze zu beseitigen sich anschickt.

Was werden wir machen? — Es gibt wiederum einige, die fallen in den Chor der bürgerlichen Propagandisten ein, indem sie nach Kriminellen und Nichtkriminellen trennen. Sie sagen, wir müßten schon wissen, ob wir uns mit Arbeitern o d e r mit Rockern verbünden wollten. Die so reden, Genossen, erweisen dem Kapital und seinem Staat einen guten Dienst. Wir aber wissen, daß die wirklichen Opfer der Klassenjustiz die Arbeiterinnen und Arbeiter sind, die Arbeiterkinder, die nach Eigentumsdelikten schutzlos dem beispiellosen Zynismus der deutschen Richter ausgeliefert sind.

Wir wissen, daß die wahren Opfer der Klassenjustiz auch die Rocker sind, junge Arbeiter und Lehrlinge in ihrer überwiegenden Zahl, in denen der Kapitalismus die Kehrseite eines Marktes vernichten will, von dem er lebt, nämlich des Apparats der Vergnügungsindustrie, der die Jugend bei der Stange halten soll.

Zusammen mit allen, welche die Überreste des linksliberalen Bewußtseins in ihren Köpfen getilgt und im Kampf ein sozialistisches Bewußtsein entwickelt haben, haben wir begonnen, die Justiz der herrschenden Klasse überall da offen anzugreifen, wo sie sich zeigt. Die Prozesse in Westberlin und Westdeutschland zeigen, wie der Justizapparat zittert. Offensive Maßnahmen gegen die Stätten des Strafvollzugs, gegen die Jugendhöfe und Zuchtanstalten, in denen Menschen in ungeheurer Zahl seelisch und körperlich verkrüppelt werden, das ist die

Antwort auf die permanente Gewalt des kapitalistischen Staats.

Genossen! Wir haben gelernt, daß wir nur die zeitweilige Vorhut im Kampf gegen den kapitalistischen Staat sind, daß wir nicht ruhen werden, bis die Unterdrückten und Geknechteten sich organisiert erheben, um den ganzen Plunder von sich abzutun. Dazu gehört auch, daß wir die Ausbildungsstätten für den Nachwuchs der deutschen Richterschaft lahmlegen, die Ausbildung selber abschaffen werden. Unsere sozialistische Gesellschaft wird sich ihre eigenen Gesetze geben, die ausschließlich von den Formen des freien Zusammenlebens der Menschen diktiert sind.

Genossen! Von den auf unserer Seite gefallenen Genossen seit der Ermordung von Rosa und Karl wird uns ein Abgrund trennen, wenn wir uns in ihren Kämpfen nicht wiedererkennen. Jede antifaschistische Feierstunde vergrößert diesen Abgrund. Die während des Faschismus unter dem Henkersbeil starben hatten erst begonnen, das Kämpfen zu lernen. Die Bourgeoisie verschweigt sie oder versucht sie stumm zu machen, indem sie sie verklärt. Wir müssen dort fortfahren, wo unsere gefallenen Genossen nicht weiterlernen und nicht weiterkämpfen konnten, wo ihr Weg zum Kommunismus abbrach.

Genossen! Jedes Opfer des unmenschlichen imperialistischen Systems muß unseren Kampf unerbittlicher machen. Die Genossen, die im Untergrund lehrten und forschten, die den Widerstand organisierten, die im Wedding nachts Plakate klebten, die die Munitionszüge der Faschisten in die Luft sprengten, die in ganz Europa den Faschisten mit der Waffe in der Hand Widerstand leisteten, sie allein bilden unser revolutionäres Erbe!

Nieder mit der Klassenjustiz!

Nieder mit dem imperialistischen Unterdrückungsapparat und seinen Helfershelfern, den Arbeiterverrätern von Noske bis Hübner!

Der kapitalistische Staatsapparat muß zerschlagen werden!

Hoch die kämpfenden und lernenden Arbeiter, Schüler und Studenten!

Es lebe die sozialistische Weltrevolution!

12/13 Heidelberger Blätter
1/2 Diskus Express

ZUM POLITISCHEN SELBSTVERSTÄNDNIS DER ZEITSCHRIFT

Kommentare

E. Osborg & R. Roth, Wer herrscht über die Legalität? Reimut Reiche, Hat der autoritäre Staat noch eine Massenbasis? Gisela Mandel, Viva la Revolution Cubana! Franco Mogni, Verceremos! Mario Cogoy, Die neue italienische Studentenbewegung J. Wieszt, Autonome Gewerkschaft? Juristische Gegenvorlesung in Frankfurt Wissenschaftskritik der Germanistik in Frankfurt Theorie und Praxis der Psychologie in Tübingen und Frankfurt H. D. Suckale, Revolte der Ingenieurstudenten

Rahmenthema

GEWERKSCHAFTLICHE LOHNPOLITIK UND ANTIKAPITALISTISCHE STRATEGIE –

WIRTSCHAFTSSYSTEM, WIRTSCHAFTSPOLITIK UND GEWERKSCHAFTEN (I)

Elmar Wolfstetter, Verteilungstheorie, Lohnpolitik und Gewerkschaften Elmar Altvater, Vermögenspolitik und Gewerkschaften Bruno Trentin, Aktuelle Tendenzen des westeuropäischen Kapitalismus und die Strategie antikapitalistischer Strukturreformen F. Deppe, H. D. Doll, R. Haase, D. Hoss, K. Kullmann, D. Löber, V. Mosler, U. Rödel, A. Schell, E. Schudlich, H. Schwab, Das Ende des „Wirtschaftswunders" und die Gewerkschaften Kajo Heymann, Springer-Presse und Streik Hanspeter Riesche, Der Dunlop-Streik in Hanau – Ein Beispiel Manfred Liebel, Betriebsdemokratie und Sozialismus – Zu Anker-Ording's „Betriebsdemokratie in Norwegen"

Rezensionen

RECHT UND POLITIK

O. Kirchheimer, Politische Justiz (H. Rottleuthner) Hirsch / Rehbinder, Studien und Materialien zur Rechtssoziologie / Max Weber, Rechtssoziologie (Theo Schiller) Lutz Lehmann, Legal und opportun (E. Osborg)

STUDENT UND HOCHSCHULE

Hitpass, Studentenschicksal des Immatrikulationsjahrgangs 1958 (E. Grüne Rabehl/Dutschke/Lefevre, Rebellion der Studenten (A. Grunenberg) Dannemann/Schoeps, Die rebellischen Studenten (U. Daub) Wissenschaftsgutachten Medizin (P. Creil) Hitpass, Studienschicksal des Immatrikulationsjahrgangs 1958 (E. Grünewald) S. Leibfried, Die angepaßte Universität (U. Daub) Kursbuch 13: Die Studenten und die Macht (R. Roth)

HEIDELBERGER BLÄTTER werden herausgegeben von der Sozialwissenschaftlichen Vereinigung Duisburg e. V. und der Gewerkschaftlichen Arbeitsgemeinschaft Hochschulgruppe Heidelberg in Zusammenarbeit mit den übrigen gewerkschaftlichen Studentengruppen in der BRD.

DISKUS EXPRESS wird als Expreß herausgegeben von Diskus, Frankfurter Studentenzeitung.

Dieses Heft kostet im Einzelverkauf DM 3,50. Im Abonnement der HEIDELBERGER BLÄTTER DM 2,50 zuzüglich Porto.

Bestellungen richten Sie an

Verlag Heidelberger Blätter

Wolfstetter & Brock, 6 Frankfurt/Main, Untermainanlage 9, Tel. (0611) 23 16 37

Wenn es
um
Drucksachen
geht

sei es
des Termines
oder der
Qualität wegen

DRUCKEREI
ALFRED W. DUNKER

6 Frankfurt am Main
Lange Straße 31
Telefon 28 25 64